

# Preußische Allgemeine



Nr. 21 · 24. Mai 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



## Bedrohlicher Sonderweg

Während muslimische Migranten offen ein Kalifat fordern, steht der Sozialstaat vor dem Kollaps. Die Krise der deutschen Zuwanderungsgesellschaft wird immer offensichtlicher **Seiten 3, 5 und 6**



**Ablösung** Die Folgen der jüngsten Rochade in der Moskauer Führung **Seite 8**



**Gedenken** Die Kulturwelt erinnert an den Maler Werner Tübke **Seite 10**

### IN EIGENER SACHE

## Neue Abo-Preise ab dem 1. Juli 2024

Im Sinne des Titels dieser Zeitung sowie des damit verbundenen Gebots des Maßhaltens und der Sparsamkeit sind Redaktion und Verlag der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* stets bemüht, die Kosten für die Herstellung dieser einzigartigen Stimme in der deutschen Medienlandschaft – und damit auch die Verkaufspreise für unsere Leser – möglichst niedrig zu halten. Gleichwohl zwingen uns allgemeine Kostensteigerungen – etwa für den Druck und den Vertrieb sowie auch die Folgen der Energiepreisanstiege in letzter Zeit – leider immer wieder zu einer Anpassung unserer Preise.

Aus diesem Grunde auch ist es erforderlich, zum 1. Juli 2024 die Verkaufspreise für die Druckausgabe und die digitalen Angebote anzupassen. Der Inlands-Abonnement-Preis für die Druckausgabe beträgt ab dann 18 Euro im Monat, also 216 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 20,50 Euro monatlich (24,50 Euro bei Versand per Luftpost). Der Preis für das Online-Abo beträgt ab Juli 12 Euro pro Monat, das Kombi-Abo aus Druck-/E-Paper kostet dann 19,50 Euro im Monat. Im Einzelverkauf am Kiosk kostet die PAZ künftig 4,40 Euro. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir die Abonnenten um die rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser Preisanpassung bleibt die PAZ deutlich günstiger als vergleichbare Zeitungen.

Redaktion und Verlag Ihrer Preußischen Allgemeinen Zeitung

### UKRAINE

## NATO und EU eröffnen eine brandgefährliche Debatte

Die Forderung nach Entsendung westlicher „Berater“ in den Ukrainekrieg ruft böse Erinnerungen an die Eskalation des Vietnamkriegs hervor

VON RENÉ NEHRING

Ist der Westen bereit, den sprichwörtlichen Rubikon zu überschreiten – und tatsächlich eigene Truppen in den Ukrainekrieg zu entsenden? Das zumindest äußern Artikel der „New York Times“ und der „Berliner Zeitung“ aus den letzten Tagen zu entsprechenden Überlegungen in der NATO.

Die „Welt am Sonntag“ berichtete, dass es auch auf EU-Ebene „konkrete Überlegungen“ gäbe, „die Ausbildung ukrainischer Soldaten nicht länger nur auf dem Gebiet der Europäischen Union, sondern spätestens ab Anfang 2025 auch auf dem Territorium der Ukraine durchzuführen“. Dabei erwähnte die „WamS“ ein Treffen der 27 Generalstabschefs der Mitgliedstaaten im sogenannten Militärischen Ausschuss der EU (EUMC) Tage zuvor sowie eine entsprechende Forderung des Chefs des Militärstabs der EU (EUMS), Michiel van der Laan, vor ranghohen Militärvertretern der EU-Länder.

Auch wenn es in den Überlegungen von EU und NATO offiziell nur um „Berater“ geht, die vor Ort die Ukrainer ausbilden sollen, so wäre die Umsetzung dieser Pläne zweifellos ein „Schritt, der eine weitere Verwischung einer früheren roten Linie bedeuten würde und die Vereinigten Staaten und Europa noch direkter in den Krieg hineinziehen könnte“ („New York Times“).

Die Wortwahl weckt indes Erinnerungen an den Vietnamkrieg, wo die USA anfangs ebenfalls nur „Berater“ entsandten, die den südvietnamesischen Verbündeten im Kampf gegen das kommunistische und von Moskau unterstützte Nordvietnam Hilfestellungen leisten sollten. Auch damals waren US-Bodentruppen im Kriegsgebiet zunächst ausgeschlossen worden. Als sich jedoch die Lage für den Süden verschlechterte, griffen die Amerikaner mit gezielten Luftschlägen in das Geschehen ein. Als auch dies den Norden nicht nachhaltig schwächen konnte, gingen sie über zu Flächenbombardements. Und als auch das die Nordvietnamesen nicht brechen konnte, schickten die USA letztlich doch eigene Bodentruppen in den Krieg.

### Erinnerungen an den Vietnamkrieg

Natürlich hinken historische Vergleiche immer, doch zeigt der Vietnamkrieg nicht nur in Bezug auf die Entsendung von „Beratern“ aufschlussreiche Parallelen zur Gegenwart. Da ist unter anderem die Begründung für das eigene Engagement. Galt es in Vietnam für den Westen, allen voran die USA, nach den kommunistischen Machtergreifungen in China, Korea und Kuba im Sinne der Domino-Theorie ein rotes Indochina zu verhindern, so wird heute damit argumentiert, dass ein Nachgeben in der Ukraine die Russen dazu ermuntern würde, weitere europäische Länder – einschließlich einiger NATO-Staaten – anzu-

greifen. Ob Russland tatsächlich zu einem solchen Angriff bereit oder überhaupt in der Lage wäre, spielt dabei keine Rolle.

Eine weitere Parallele zum Vietnamkrieg ist die Verzweiflung darüber, dass all die materielle Unterstützung gegen einen Kriegsgegner, den man für technisch unterlegen gehalten hatte, nicht die gewünschten Erfolge bringt. In Vietnam führte dies nicht nur zu einer zahlenmäßigen Ausweitung des Engagements der Amerikaner, sondern – siehe den Einsatz von Entlaubungsgiften wie „Agent Orange“ – zu einer immer größeren Enttarnung bei der Wahl der eigenen Mittel.

Hier ist der Westen von heute noch lange nicht. Doch zeigt die nun eröffnete Debatte über die Entsendung westlicher Soldaten in die Ukraine, wie die Enttäuschung darüber, dass all die geleistete Unterstützung, all die als „Gamechanger“ gepriesenen Waffensysteme die strategische Lage nicht zugunsten der Ukraine verändern konnten, abermals eine Bereitschaft zu Schritten auslöst, die eben noch undenkbar waren.

Wo Vietnam- und Ukrainekrieg übrigens keine Parallele aufweisen ist der Charakter des Gegners. In den 60er und 70er Jahren kämpfte die USA auf dem Schlachtfeld gegen den Stellvertreter einer Atommacht. Würden NATO und EU demnächst tatsächlich Truppen in die Ukraine entsenden, stünden diese auf dem Schlachtfeld direkt einer Atommacht gegenüber.

### IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Das BSW zwischen guten Umfragen und Präsenzproblemen im Wahlkampf **Seite 4**

**Kultur**  
In Potsdam zeigt das Museum Barberini Werke von Amedeo Modigliani **Seite 9**

**Das Ostpreußenblatt**  
Die Wiederherstellung der Ordensburg Schönberg schreitet voran **Seite 13**

**Lebensstil**  
Gradierwerke in Thüringen laden ein zum Einatmen des Wundermittels Salz **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Boeing-Krise** Im Zuge von Untersuchungen durch das US-Justizministerium, der US-Flugsicherheitsbehörde und Mitarbeitern kam zu Tage, dass in dem Konzern und den Zuliefererbetrieben bedenkliche Zustände herrschen

## Koloss in schweren Turbulenzen

Minderwertige Ersatzteile, fehlende Lagerbestände und unerfahrene Fachkräfte mit dramatischen Folgen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Viele Jahre lang stand der Name Boeing für technischen Fortschritt und Sicherheit auf höchstem Niveau. Deshalb sind heute weltweit noch mehr als 10.000 Passagierflugzeuge aus den Werken der Boeing Company im Einsatz und machen knapp die Hälfte der Flotte aller Fluggesellschaften rund um den Globus aus.

Allerdings sorgten Boeing-Maschinen in letzter Zeit zunehmend für Negativschlagzeilen. Der Reigen begann am 29. Oktober 2018 mit dem Absturz einer nagelneuen Boeing 737 Max 8 der indonesischen Gesellschaft Lion Air mit 189 Toten. Dann stürzte am 10. März 2019 eine Maschine des gleichen Typs, welche der Ethiopian Airline gehörte, kurz nach dem Start in Addis Abeba ab, wobei nochmals 157 Menschen starben. In beiden Fällen lag die Ursache im Versagen des computergesteuerten Trimmsystems „Maneuvering Characteristics Augmentation System“ (MCAS), dessen Existenz Boeing in den Bedienhandbüchern für die Piloten verschwiegen hatte. Die Folge waren weltweite Flugverbote für die 737 Max und ein Auslieferungsstopp, der zu einem Konzern-Quartalsverlust von 2,9 Milliarden US-Dollar führte, dem bis dahin größten in der Firmengeschichte von Boeing.

### Folgeschwere Ausfälle

In der Zeit danach kam es zu etlichen weiteren, glücklicherweise weniger folgenschweren Pannen. Dazu gehörte ein spektakuläres Vorkommnis während des Alaska-Airlines-Fluges 1282 am 5. Januar 2024. Damals verlor die Boeing 737 Max 9 mit dem Kennzeichen N704AL einen ihrer Notausstiegsverschlüsse. Verantwortlich hierfür war der Bruch mehrerer Befestigungsbolzen nach nur 510 Einsatzstunden. Infolgedessen eröffnete das Justizministerium der Vereinigten Staaten im März ein Ermittlungsverfahren gegen den Flugzeugbauer.

Kurz darauf ereigneten sich neue Zwischenfälle: Mal löste sich während des Starts einer Boeing 777 ein Rad, und mal brannte das Triebwerk einer Boeing 737. Andere Maschinen von Boeing verloren Teile der Triebwerksverkleidung oder mussten ihren Flug abbrechen, weil es bedrohliche Geräusche an Bord gegeben

hatte. Ebenfalls wurden Notlandungen wegen Fahrwerksdefekten und der Brand einer Boeing 737 im Senegal gemeldet. Allein im März 2024 lag die Zahl derartiger Pannen bei 14.

Im Zuge der Untersuchungen durch das Justizministerium und die parallel eingeschalteten US-Behörden National Transportation Safety Board (NTSB) und Federal Aviation Administration (FAA) berichteten gleich vier Whistleblower über bedenkliche Zustände im Boeing-Konzern und dessen Zulieferbetrieben wie Spirit AeroSystems.

Die Qualitätsmanager Joshua Dean, John Barnett, Sam Salehpour und Ed Pierson bemängelten vor allem grobe Montagefehler, hochriskante Verkürzungen von Kontrollverfahren und den Einbau minderwertiger Teile, um Produktionsverzögerungen bei Lieferproblemen zu vermeiden. Gleichzeitig erklärte Salehpour vor einem Untersuchungsausschuss des US-Senates zur Aufklärung der Sicherheitsprobleme bei Boeing, auf seine Beschwer-

den hin habe ihm das Management mitgeteilt, er solle „den Mund“ halten, sonst könne ihm etwas zustoßen. Und tatsächlich sind Dean und Barnett inzwischen tot: Ersterer starb – obzwar bislang kerngesund – am 30. April an einer mysteriösen Lungenentzündung und Letzterer schoss sich am 9. März selbst in den Kopf. So lautet zumindest die offizielle Version.

### Profit geht vor Sicherheit

Die von den Whistleblowern enthüllten Zustände bei Boeing erklären Kritiker des Konzerns mit systemischen Schwächen, die auch bei anderen großen Firmen zu finden seien. So hätten nicht mehr die Ingenieure das Sagen, sondern auf Kostenreduzierungen erpichte Betriebswirtschaftler und Finanzvorstände. Daraus resultiere unter anderem der Abbau der Lagerbestände, der sich im Falle von Lieferkettenschwierigkeiten sofort negativ auswirke. Außerdem ersetze Boeing erfahrenes Fachpersonal gezielt durch schlechter bezahlte Berufseinsteiger.

Angesichts dessen fragen sich nun viele Menschen, wie sie es vermeiden können, mit einer Boeing-Maschine zu fliegen. Das ist jedoch alles andere als einfach. Immerhin verfügen auch die großen europäischen Airlines wie die Lufthansa oder die Air France-KLM Group über eine Riesenflotte von Boeing-Modellen. Das gilt gleichermaßen für Ferienflieger wie TUIfly und SunExpress. Allenfalls besteht die Chance, auf eine Maschine vom Typ Airbus auszuweichen.

Die europäische Airbus S.A.S. ist der größte Konkurrent von Boeing und liefert seit 2019 deutlich mehr zivile Flugzeuge pro Jahr aus. Doch viel risikoloser ist das Fliegen mit einem Airbus aktuell jedenfalls nicht: 136 gemeldeten Sicherheitsvorfällen mit Boeing-Beteiligung seit Anfang 2024 stehen immerhin 113 bei Airbus gegenüber. Und die Bilanz der letzten 50 Jahre ist sogar noch frappierender: Auf 20 Abstürze von Boeing-Verkehrsmaschinen kamen 29 Totalverluste von Flugzeugen aus dem Hause Airbus.



Eines der beliebtesten Passagierflugzeuge, das weltweit bei vielen Fluggesellschaften im Einsatz ist: Die Boeing 737, hier in den Farben der Southwest-Airlines in Palm Spring  
Foto: imago images/ZUMA Wire

### GESCHICHTE

## Von großen Erfolgen verwöhnt

Die Geschichte der Boeing Company begann im Jahre 1915, als der deutschstämmige Erfinder Wilhelm Eduard Böing, der sich ab 1900 William Edward Boeing nannte und über keinerlei technische Ausbildung verfügte, gemeinsam mit George Conrad Westervelt ein Wasserflugzeug namens B & W Seaplane baute. Im Juli 1916 gründete Boeing die in Seattle ansässige Pacific Aero Products Company, die er 1917 in Boeing Aeroplane Company umbenannte.

Diese produzierte zunächst Passagierflugzeuge, wobei die ab 1938 verfügbare viermotorige Boeing 307 Stratoliner die erste zivile Serienmaschine der Welt war, die eine Druckkabine besaß. Im Zweiten Weltkrieg stellte Boeing massenhaft Bomber her, darunter 12.731 B-17 Flying Fortress und 3898 B-29 Superfortress. Dazu kamen im Kalten Krieg die düsengetriebenen Modelle B-47 Stratojet und B-52 Stratofortress. Manche der B-52, die bis 1963 vom Band rollten, flogen nach wie vor und sollen sogar noch in den 2050er Jahren bei der US-Luftwaffe Dienst tun.

Um die Reichweite der Bomber zu vergrößern, schuf Boeing das vierstrahlige Luftbetankungsflugzeug KC-135, das ab 1954 zum Langstreckenverkehrsflugzeug Boeing 707 weiterentwickelt wurde. Dieses revolutionierte zusammen mit der DC-8 des Konkurrenten Douglas die zivile Luftfahrt und leitete Boeings Aufstieg zum zeitweise größten Produzenten von Passagiermaschinen ein.

Die Erfolgsgeschichte des Konzerns setzte sich mit den Modellen B 727, B 747, B 757 und B 777 fort. Von der B 727 entstanden 1832 Exemplare und der „Jumbo-Jet“ B 747 wurde 1574-mal gebaut und von 90 Fluggesellschaften rund um die Welt erworben. Außerdem lieferte Boeing 1050 B 757 und 1729 B 777 aus. Noch gewinnbringender war indes die B 737 mit einer Stückzahl von 11.743 Exemplaren bis Ende April 2024 – allerdings erweisen sich die modifizierten Boeing 737 Max 8 und 9 nun als ausgesprochen problemträchtig, was dem Ruf des Konzerns enorm schadet. W.K.

### PANNENSERIE

## Im Wettlauf bei neuen US-Raumschiffen fällt Boeing zurück

Verzögerung durch technische Mängel beim „Starliner“ – „Crew Dragon“ des Konkurrenten SpaceX ist bereits im All unterwegs

Das Image der Boeing Company hat in letzter Zeit nicht nur aufgrund der Probleme mit Verkehrsmaschinen aus der Produktpalette des Konzerns gelitten, sondern ebenso wegen diverser Fehlleistungen auf dem Gebiet der Raumfahrt-technik.

Dabei zählte Boeing früher auch hier zu den Branchenführern. Beispielsweise fertigte das Unternehmen die gigantische Startstufe der Mondrakete Saturn V, das Mondauto für die Apollo-Astronauten namens Lunar Roving Vehicle (LRV), zentrale Segmente der Internationalen Raumstation ISS sowie den wiederverwendbaren unbemannten Raumgleiter X-37. Im Jahr 2010 beteiligte sich Boeing

am Wettbewerb um die Entwicklung eines neuen US-Raumschiffes für bis zu sieben Astronauten, welches das in die Jahre gekommene Space Shuttle ablösen sollte. Hier gelangte der Konzern zusammen mit Elon Musks SpaceX in die Endrunde. Die letztere Firma erhielt anschließend nur halb so hohe staatliche Zuschüsse wie Boeing, war aber dennoch deutlich schneller: Das SpaceX-Gefährt „Crew Dragon“ absolvierte seinen bemannten Jungfernflug bereits im Mai 2020, während die Boeing-Kapsel CST-100 „Starliner“ bis heute keine einzige Mission mit Astronauten an Bord unternahm. Stattdessen gab es unzählige blamable Pannen.

Beim ersten Test der Rettungssysteme im Rahmen eines simulierten Startabbruchs im November 2019 versagte einer der Hauptfallschirme. Sechs Wochen später flog der „Starliner“ ohne Besatzung in Richtung ISS. Allerdings misslang die geplante Ankopplung wegen gravierender Softwareprobleme, die 80 „Korrekturmaßnahmen“ erforderten.

Im Anschluss an die zweite unbemannte Mission zur ISS im Mai 2022 entdeckten die Boeing-Ingenieure weitere Fehler am Gurtsystem der Fallschirme sowie brandgefährlich installierte Kabelbäume. Und momentan verzögert sich der erste Flug mit zwei Astronauten an Bord aufgrund etlicher weiterer techni-

Genauso zäh wie die Entwicklung des „Starliners“ verlief die der neuen NASA-Schwerlasttraktete Space Launch System (SLS)

scher Mängel. Der nächste Startversuch sollte im Mai erfolgen, während die Kap-

sel „Crew Dragon“ von SpaceX mittlerweile gerade wieder einmal für 180 Tage an der ISS hängt, nachdem sie bereits zum achten Mal Astronauten zur Station transportiert hat.

Genauso zäh wie die Entwicklung des „Starliners“ verlief die der neuen NASA-Schwerlasttraktete für Mondflüge Space Launch System (SLS), an der Boeing maßgeblich mitbeteiligt ist. Hier erfolgte der erste unbemannte Testflug fünf Jahre später als geplant – und mit einer vollbesetzten „Orion“-Raumkapsel der Lockheed Martin Corporation an der Spitze wird das SLS wohl frühestens 14 Jahre nach der Auftragsvergabe in Richtung Mond starten. W.K.

# Ohne Kurs und Kompass

Obwohl der deutsche Sonderweg in der Migrationspolitik längst den inneren Frieden im Lande gefährdet, wird er vonseiten der Politik kontinuierlich fortgesetzt. Ein Grund dafür sind – neben ideologischen Motiven – auch materielle Interessen

VON WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Der Philosoph Peter Sloterdijk hat in einer seiner jüngeren Aufzeichnungen einen denkwürdigen Befund festgehalten: „Es heißt, es gebe 670 Arten von Regenwürmern, davon seien 120 Migranten. Als solche durchwühlen sie fremde Böden.“ Man muss kein Rassist oder Fremdenfeind sein, um dies unterirdische Faunenbild mit oberirdischen Vorgängen aus der selbsterlebten Menschenwelt zu assoziieren und sich dabei der Vorstellung hinzugeben, wie die zugewanderten Wümerscharen mit vielleicht sogar gewalttätigeren Wühltechniken den „immer schon dagewesenen“ Altwümmern die gewohnte Wühlerei madig machen.

Gehört man zu den Privilegierten, die nicht nur Sloterdijk-Fans, sondern auch „FAZ“-Leser sind, stellt sich mit diesem Bild eine Verbindung zu den migrationspolitischen Betrachtungen des „FAZ“-Redakteurs Reinhard Müller her. „Der Massenzustrom ist keine Erfindung hysterischer Politiker oder Medien, und er hat Folgen mit Sprengkraft, die erst nach und nach spürbar sind“, spricht dieser stets um Klarheit und Besonnenheit bemühte Journalist die „Mutter aller Probleme“ unserer Zeit an.

Dabei handelt es sich um einen grundlegenden Paradigmenwechsel der deutschen Politik, der beginnend mit der Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel und verschärft seit der Regierungsübernahme der für die Migrationspolitik zuständigen rot-grünen Koalitionäre vollzogen worden ist. Mit Verweis auf die jüngere deutsche Geschichte und einer angeblich durch sie begründeten Kollektivschuld (die seit Adenauer über Willy Brandt und Helmut Schmidt bis zu Helmut Kohl stets zurückgewiesen worden war), trat das in der Verfassung vorgegebene Primat, dem Wohl der eigenen Bevölkerung zu dienen, hinter den nunmehr als historisch empfundenen Auftrag zurück, sich zuvörderst helfend der leidenden Menschheit des „Globalen Südens“ zuzuwenden.

## Auswechslung der Stammwählerschaft

Durch diesen Umbruch hat sich das Alltagsleben vor allem jener Deutscher, die in den Ballungszentren der Zuwanderung von deren negativen Begleiterscheinungen am stärksten betroffen sind, erheblich verändert. Dass dies für weite Teile des Landes aufgrund geringer und damit erträglicher Zuwanderungsdichte nicht zutrifft, hat zu einer Betroffenheitsspaltung in der Bevölkerung geführt, die erklärt, weshalb die Unerträglichkeit der Zuwanderungsfolgen für den betroffenen Teil bisher nicht zu einer harten Ablehnungsfront bei allen geführt hat. Für die Gesamtheit aber gilt, dass die bedingungslose Grenzöffnung „für jeden aus aller Welt“ mit zunehmender Dauer eine schleichende Auflösung jener Staatlichkeit zur Folge hat, die seit dem Entstehen der mittelalterlichen Stadtrechte für die Bürger neben der Gewährung von Rechtssicherheit im Innern immer auch mit Schutz vor äußeren Gefahren verbunden war.

Daher wird die von beiden Bundesregierungen seit fast einem Jahrzehnt zugelassene unkontrollierte massenhafte Zuwanderung von immer mehr Bürgern als politische Nötigung empfunden, die in vielfältigen Einschränkungen, Belastungen und Zumutungen und als Antwort darauf in einem grundlegend veränderten Wahlverhalten Ausdruck findet. Die traditionsreiche Volkspartei SPD hat mit einer Halbierung ihres Wählerzuspruchs auf Bundesebene die härteste Quittung für ihren migrationspolitischen Rigorismus erhalten. Dass dieser Einbruch in der Wählergunst auf absehbare Zeit unumkehrbar sein dürfte, hat seinen Grund ganz offensichtlich in einer tendenziellen Auswechslung ihrer Stammwäh-



Gehört zu den Profiteuren der Zuwanderung: Die Immobilienbranche

Foto: imago/Funke Foto Services

lerschaft: weg von den einheimischen Werktätigen, die am intensivsten unter den Folgen einer beispiellosen Unterschichteneinwanderung zu leiden haben, hin zu den vor allem aus dem Nahen Osten und aus Afrika zuwandernden Muslimen, die mit der Zeit eine machtvolle Migrant lobby herausgebildet und Schlüsselpositionen im Parteiapparat der SPD eingenommen haben.

Ein markantes Beispiel, das wie eine Comedy-Überzeichnung der Migrationskrise aus der ZDF-„heute show“ anmutet, ist die Werbeaktion des SPD-Parteimitglieds Reem Alabali-Radovan, die als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung und zugleich im Auftrag des Auswärtigen Amtes von Kairo aus über die Internet-Plattform X in arabischer Sprache das „moderne deutsche Staatsangehörigkeitsrecht“ anpreisend den erleichterten Erwerb doppelter Staatsangehörigkeit für arabische Muslime anbietet. Besonders markant gestaltete sich der Auftritt der muslimischen Funktionärin Khola Maryam Hübsch, die sowohl der SPD als auch dem Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks angehört und die in einer politischen Talkrunde der ARD ihre Vorstellung verbreiten durfte, dass die Einsetzung eines Kalifats auch in Deutschland wünschenswert und die Sharia mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

## Verwerfungen im politischen System

Es verwundert nicht, dass sich angesichts des ausufernden Aktivismus, den Islam nach den Vorstellungen von Alt-Bundespräsident Christian Wulff zu einem Teil der deutschen Identität zu machen, zunehmend politischer Widerstand aufbaut. Noch nie in der 80-jährigen Nachkriegsgeschichte hat es vergleichbare Verwerfungen im politischen System des Landes gegeben, wie sie sich als Antwort auf Migrationswucht und Islamisierungsanspruch sowohl im Wählereinbruch bei den etablierten als auch im Zuspruch zu neuen Parteien wie AfD, BSW und Werteunion niederschlagen.

Das hat im öffentlichen Bewusstsein zu erheblichen Spannungen geführt, weil das in Normalzeiten auf Vertrauen angelegte Verhältnis von Bürger und Staat massiv gestört ist. Man kann sogar von einer vergifteten Atmosphäre sprechen, wenn etwa ein Vizepräsident des Deutschen Bundestags den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz für dessen „Einmischung in eine öffentliche Debatte“ kritisiert und der langjährige „stern“-Redakteur Hans-Ulrich Jörges feststellt, dass der Chef des Inlandsgeheimdienstes „das düstere Reich des autoritären

Staates“ betrete und „sich selbst in die Tradition der Gestapo“ stelle.

Die seit einem Jahrzehnt andauernden Bemühungen auf nationaler und europäischer Ebene, die Massenmigration einzudämmen und auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, werden nicht nur von den deutschen Kollektivschuld verhafteten Befürwortern grenzenloser Zuwanderung konterkariert. Dabei ist eine fragwürdige Doppel-moral im Spiel. Denn Auslöser der an Stärke stetig zunehmenden Völkerwanderung gen Europa sind inzwischen weniger Verfolgung oder Flucht vor Kriegen als vielmehr von den europäischen Sozialsystemen ausgehende finanzielle Anreize, unter denen das deutsche durch besonders üppige Ausstattung hervorsticht und damit auch die europäischen Nachbarn in Mitleidenschaft zieht. Nicht nur nach Auffassung deutscher Verfassungsjuristen wird durch diesen „Pull“-Faktor einem staatlich geförderten Missbrauch des Asylrechts Tür und Tor geöffnet.

## Profiteure der Zuwanderung

Wo es wie bei der Migration um viel Geld geht, treten bei ihrer Förderung und in ihrem Schlepptau finanzielle Interessen nationaler und internationaler Protagonisten auf den Plan, die, indem sie als Profiteure der Zuwanderung agieren, zu ihren zusätzlichen Motoren werden. Das trifft vor allem auf Drogenkartelle zu, die über geöffnete Grenzen das für die Verteilung ihrer Ware erforderliche Händlerpersonal genauso unkontrolliert einschleusen, wie auch auf die Korruption in den Zuwandererbehörden der Aufnahmeländer, wo in manchen Amtsstuben für Asylbescheide, Aufenthaltstitel und Passvergaben zuweilen stattliche Beträge fließen. Wie der „Kölner Stadtanzeiger“ berichtete, sind jüngst wieder in zwei Kommunen in Nordrhein-Westfalen Bestechungsfälle aufgefliegen, bei denen von Schleuserringen Gelder in Millionenhöhe für den Erwerb illegaler Aufenthaltserlaubnisse für ihre überwiegend aus China und dem arabischen Raum stammenden Kunden gezahlt wurden.

Zu den Profiteuren der Massenzuwanderung gehören aber durchaus auch legale Geschäftsfelder wie der Immobilienhandel. Angesichts der Wohnungsnot gehören Immobilienbesitzer mit freien Kapazitäten bei zügiger Zuwanderung in Millionenhöhe zu den besonders begünstigten Kreisen. Dabei kann es sich auch um kommunale Eigentümer handeln, die Verträge ihrer gering vermieteten Liegenschaften etwa mit Seniorenheimen kündigen, um sich aus der Not ihrer klammen Kommu-

nalkassen durch hochpreisige Vermietung an gut zahlende Ausländerbehörden zu befreien.

Schließlich ist die Zuwanderung für Asylanwälte zu einem besonders lukrativen Konjunkturprogramm geworden. Wie bei vielen anderen Errungenschaften unserer hochentwickelten Zivilgesellschaft, die über Generationen hinweg zum Nutzen der einheimischen Bevölkerung entwickelt wurden, werden diese auch in der Rechtsprechung ihres ursprünglichen Zweckes entfremdet, wenn die inflationäre Inanspruchnahme der mehrfachen Rechtswegekultur unserer Justiz durch massenhaft zuwandernde Ausländer den Zugang für Einheimische blockiert, mindestens aber erschwert. Ganz abgesehen davon, dass es sich bei diesen Anwalts- und Gerichtskosten um unsichtbare, aber realer stark zu Buche schlagende Beträge handelt, die die Staatskasse in erheblichem Maße belasten.

## Das Verstecken der Kosten

Damit wären wir beim Thema Überforderung vieler Bereiche der gesellschaftlichen Infrastruktur, die sich nicht zuletzt in ausufernder finanzieller Inanspruchnahme des Staatshaushalts für dynamisch wachsende Migrationskosten niederschlägt. In welcher exakten Größenordnung sich diese nach zehnjährigem Anstieg der Zuwanderungspopulation auf vier bis fünf Millionen Zuwendungsempfänger bewegen, ist unbekannt. Entgegen der Grundregel staatlicher Haushaltsführung, nach der Ausgaben nur getätigt werden können, wenn sie in vorgeplanten Haushaltstiteln erfasst sind, ist diese gesetzliche Vorgabe bei den durch die Migration verursachten Staatsausgaben in geschätzter jährlicher Höhe von 50 bis 60 Milliarden Euro nicht eingehalten worden, wobei die Erfassung des konsolidierten Ausgabenumfangs durch seine Verteilung auf die Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen noch zusätzlich erschwert wird.

Die wegen ihrer exorbitanten Größenordnung politisch nicht gewollte Erfassung der mit der Bewältigung der Zuwanderung verbundenen Staatsausgaben fällt der Regierung jetzt auf die Füße, wo die Beratungen über den Haushalt 2025 anstehen. Nicht zuletzt in den mit der Schuldenbremse kollidierenden Mehranforderungen vieler Ressorts kommen auch jene Migrationslasten zum Vorschein, die in Haushaltstiteln versteckt sind, die eigentlich zur Bedienung des Bedarfs der einheimischen, steuerzahlenden Bevölkerung vorgesehen waren und sind. Es ist nicht schwer vorauszusehen, dass die von den rot-grünen Koalitionären vertretene Maxime unbegrenzter Zuwanderung in den Haushaltsberatungen auf die harte Realität trifft, dass ihre politische Umsetzung nur dann möglich wäre, wenn für ihre integrative Bewältigung auch unbegrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung stünden.

Wie wenig das der Fall ist, wurde am Beispiel der Rechtsprechung deutlich. Dies gilt genauso für alle übrigen gesellschaftlichen Infrastrukturbereiche, die von den Zugewanderten genutzt werden und in denen sie sich betätigen. Da sie die von ihnen beanspruchten Wohnungen, Kita-Plätze und Schulbänke und übrigen Bedarfe nicht mitbringen, müssen sie über Einschränkungen bei den „schon immer hier Lebenden“ verfügbar gemacht werden. Ob dies angesichts der im Zeitablauf wachsenden Masse der Zuwanderer immer gelingend und in Zukunft überhaupt gelingen kann, mag jeder mit seinen eigenen Erfahrungen bei der Inneren Sicherheit, im Schul- und Gesundheitswesen und auf dem Wohnungsmarkt selbst beurteilen.

Eines scheint jedenfalls absehbar zu sein: Die von der allgemeinen Betroffenheitsspaltung bestimmte Haltung „sei froh, wenn du nicht tangiert bist, die anderen müssen halt sehen, wie sie damit zurechtkommen“ dürfte auf Dauer kein belastbares Konzept für eine sich auf Recht und Freiheit gründende Demokratie sein.

Wo es wie bei der Migration um viel Geld geht, treten bei ihrer Förderung und in ihrem Schlepptau finanzielle Interessen nationaler und internationaler Protagonisten auf den Plan, die, indem sie als Profiteure der Zuwanderung agieren, zu ihren zusätzlichen Motoren werden

## Zur Person

● Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis ist Wirtschaftswissenschaftler, Publizist und Stiftungsrat in diversen Stiftungen. Er war Generalbevollmächtigter der Deutsche BP AG, Energiebeauftragter der Sächsischen Staatsregierung und Honorarprofessor der Leuphana Universität Lüneburg. [www.muemis-bloghouse.de](http://www.muemis-bloghouse.de)

## ● MELDUNGEN

## Sachsen will Schadenersatz

**Dresden** – Ein Jahr nachdem fünf Mitglieder des Remmo-Clans wegen des Einbruchs ins Dresdner Grüne Gewölbe verurteilt worden sind, fordert der Freistaat Sachsen von den Verurteilten Schadenersatz. Im Prozess hatten die Angeklagten einen Teil der Beute aus dem Juwelenraub zurückgegeben. Für noch fehlende Teile der Beute und beschädigte Beutestücke verlangt Sachsen insgesamt 76,1 Millionen Euro. Der ursprüngliche Wert der gestohlenen Schmuckstücke ist auf knapp 128,6 Millionen Euro geschätzt worden. Um den Anspruch des Freistaates zu sichern, sollen die fünf rechtskräftig verurteilten jungen Männer aus dem Berliner Remmo-Clan inzwischen Mahnbescheide erhalten haben. Der Prozess wegen des Einbruchs ins Dresdner Grüne Gewölbe war im Mai 2023 mit fünf Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen beendet worden. In einem weiteren Verfahren klagt der Freistaat Sachsen derzeit gegen die Sicherheitsfirma, die mit der Bewachung des Grünen Gewölbes beauftragt war. In diesem Verfahren geht es um eine Schadenersatzforderung von rund 15 Millionen Euro. *H.M.*

## Kindergeld für Schulesen?

**Berlin** – Der umstrittene Bürgerrat für Ernährung und Wandel hat während eines Fachgesprächs im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft vorgeschlagen, zur Finanzierung eines bundesweiten kostenfreien Mittagessens für Kinder in Kitas und Schulen das Kindergeld für alle Kinder zu kürzen. Joseph Heiß, Teilnehmer am Bürgerrat, der den Vorschlag unterbreitet hatte, begründete diesen damit, dass die Bundesregierung im Jahr 2022 rund 47 Milliarden Euro an Kindergeld gezahlt habe, ein deutschlandweites Schulesen etwa 5,5 Milliarden Euro pro Jahr kosten werde. Deshalb könne der Kindergeld-Etat hierfür genutzt werden. Während Wissenschaftler die Vorzüge eines gemeinsamen Mittagessens lobten, kritisierte der Deutsche Städte- und Gemeindebund das mangelnde Finanzierungskonzept und wies darauf hin, dass schulische Angelegenheiten Ländersache seien. *MRK*

## Kleine Rache der Grünen?

**Berlin** – Die Fraktion der Grünen hat im Bundestag überraschend den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Finanzkriminalität gestoppt. Das Gesetz gilt als eines der wichtigsten Projekte von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Mit der Verzögerung ist es wahrscheinlich, dass sich auch die Errichtung des Bundesamtes zur Bekämpfung der Finanzkriminalität verschiebt. Wie die „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf Fraktionskreise berichtet, wollen die Grünen zunächst noch abwarten, bis vom Bundesfinanzministerium ein Gesetzentwurf zur Vermögensverschleierungsbekämpfung vorliegt. In FDP-Kreisen wird vermutet, dass es sich beim Vorgehen der Grünen um eine „Retourkutsche“ gegen Finanzminister Lindner handelt. Dieser hatte zuvor im Bundeskabinett die Verabschiedung des Rentenpakets II blockiert. *H.M.*



Prüft die Interessenten für ein Parteibuch des BSW: Generalsekretär Christian Leye

Foto: imago/Markus Matzel

## BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT

## Gute Werte für die neue Partei

Ministerpräsident Bodo Ramelow wittert ernsthafte Gefahr für seine Linke

VON PETER ENTINGER

Eine Parteineugründung bringt auch immer Kurioses mit sich. In Sachsen-Anhalt beispielsweise besteht noch kein Landesverband des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW), doch es gibt Mitglieder, die zur Kommunalwahl am 9. Juni antreten. Das nennt sich dann beispielsweise Wahlbündnis Soziale Gerechtigkeit. Man könne sich immer noch umbenennen, heißt es vor Ort.

Ein paar Monate ist die neue Partei alt, von der man bis heute nicht weiß, ob sie nun rechts oder links oder von allem ein bisschen ist. 600 Mitglieder hat sie bisher aufgenommen, eine Interessenten-Liste soll 18.000 Unterstützer umfassen. Diese werde bis Jahresende abgearbeitet, sagt Generalsekretär Christian Leye. „Wir wollen keine Menschen mit extremistischem Hintergrund in der Partei“, so Leye, der darauf verweist, dass man Gespräche mit den Interessenten führe und auch im Internet nach ihnen recherchiere.

Die Partei solle nicht von Menschen mit ganz anderen Ansichten übernommen werden. Auch wenn es weder die prominente Parteigründerin noch einer ihrer Organisatoren eingesteht: Die Vorgehensweise hat auch mit den Erfahrungen der AfD zu tun. Die nahm nach der Parteigründung 2013 gefühlt jeden auf, hatte so schnell mehr als 10.000 Mitglieder. Doch unter ihnen sammelten sich Querulanten, Postenjäger, Glücksritter. Es gab vor allem in den ersten Jahren kaum einen Landesverband, der sich nicht zersplitterte, häutete, zerfiel. Listenaufstellungen gerieten zu Mammutveranstaltungen, Einsprüche und Anfechtungen vor öffentlichen Gerichten inklusive.

Das BSW blieb davon bislang verschont, auch weil es sich bei den bisher aufgenommenen Mitgliedern ausschließlich um politikerfahrene Personen handelt. Leye war zuvor Landessprecher der Linkspartei in Nordrhein-Westfalen und gehört seit Jahren zu den Gefolgsleuten Wagenknechts. Die Situation ist durchaus skurril. Bundesweit wollen derzeit

„Hier öffnet sich eine Organisation ... gezielt nicht für ihre Anhänger. Ist das eine Oligarchie oder gar ein Kalifat?“

Bodo Ramelow

Ministerpräsident von Thüringen

rund fünf Prozent der Befragten das BSW wählen. Und in Thüringen, wo im Herbst Landtagswahlen anstehen, ist der Zuspruch besonders groß. Alle Demoskopien sagen der Partei zweistellige Ergebnisse voraus.

Dies würde bedeuten, dass sie mit rund 20 Abgeordneten in den Erfurter Landtag einziehen könnte. Im Freistaat hat das BSW derzeit 50 Mitglieder. Das

macht die Konkurrenz nervös. Allen voran Bodo Ramelow, der einzige Ministerpräsident der Linkspartei. „40 Mitglieder entscheiden, bestimmen und wählen. Und alle anderen aus dem Wartestand können später dann mal ihre Mitgliedsrechte ausüben, wenn es nichts mehr zu verteilen gibt“, ätzte der Ministerpräsident und spottete: „Hier öffnet sich eine Organisation, die das Parteien-Privileg in Anspruch nimmt, gezielt nicht für ihre Anhänger. Entschieden wird wie früher zentral in Berlin. Ist das eine Oligarchie oder gar ein Kalifat?“

## Der Zuspruch in Thüringen ist groß

Leye ficht das nicht an. Ramelow sei hochgradig nervös, die Interessentenschar hingegen geduldig. „Wir versuchen ein Optimum zu erreichen zwischen dem Schutz der Partei und der Zufriedenheit unserer Leute. Wir wissen aber auch: Man kann es nicht allen recht machen im Leben. Die allermeisten Unterstützer verstehen es sehr gut, dass sie nicht schnell ein Parteibuch kriegen“, sagt Leye. Doch die junge Partei steht unter Erfolgsdruck. Ein Großteil der Arbeit wird wohl über die Abgeordnetenbüros im Bundestag abgewickelt, munkeln Hauptstadtmedien. Erlaubt ist das nicht. Andererseits braucht das BSW jeden Euro für die Europawahl-Kampagne, die fast ausschließlich über die sozialen Medien geführt wird. Ein Ergebnis von fünf Prozent würde Millionen in die Kasse spülen und die Möglichkeit schaffen, hauptamtliches Personal einzustellen.

„Wir brauchen eigentlich überall Personal, vor Ort wie in der Parteizentrale. Für diejenigen Leute, die wir haben, ist es eine große Herausforderung“, so Leye. Klar ist: Das BSW ist eine Funktionärs- und keine Mitmachpartei. Gerüchte, man habe eine Mitgliederobergrenze von 2000 bis zur Bundestagswahl beschlossen, mag Leye nicht kommentieren. Denn er weiß, dass es ein schmaler Grat ist. Für einen bundesweiten Antrag braucht es eine bundesweite Struktur.

Dass man Unterstützungsunterschriften sammeln muss, glaubt man in der Zentrale nicht. Bis dahin werde man in mindestens einem Landtag sitzen. Unberechtigt ist die Hoffnung nicht. In Brandenburg kommt das BSW derzeit aus dem Stand auf rund 15 Prozent – und verfügt noch nicht einmal über einen Landesverband. Statt auf eine Basis setzt Wagenknecht auf prominente Überläufer. In Thüringen soll Katja Wolf den ersten Erfolg bei einer Landtagswahl einfahren. Seit 2012 ist die frühere Linken-Politikerin Oberbürgermeisterin von Eisenach. Bei den Kommunalwahlen tritt sie nicht mehr an. Sie möchte sich auf ihre neue Aufgabe konzentrieren.

## 128. DEUTSCHER ÄRZTETAG

## Homöopathie-Streit gerät zum Spaltpilz

Ärzte stimmten knapp für die Verbannung der alternativen Heilmethode aus der Medizin

Auf dem 128. Deutschen Ärztetag in Mainz verabschiedeten die Delegierten einen Beschlussantrag von 15 Mitgliedern der Ärztekammern Niedersachsen, Bayern, Bremen, Baden-Württemberg und Niederrhein, welcher den Titel „Fehlende Evidenz für Homöopathie-Anwendung und Beendigung der Sonderstellung in Abrechnungssystemen“ trug. In der Vorlage hieß es, „dass die Anwendung von Homöopathie in Diagnostik und Therapie keine mit rationaler Medizin ... und ärztlicher Ethik vereinbare Option darstellt“. Hieran anknüpfend wurde der Gesetzgeber aufgefordert, „Maßnahmen ... zu ergreifen“, damit die Homöopathie nicht mehr „als Kassenleistung zur Abrechnung kommen kann“ und homöopathische Mittel ihren Status als anerkannte Arzneien verlieren.

Zur Begründung führten die Antragsteller an, der Wissenschaftliche Beirat der Europäischen Wissenschaftsgemeinschaft EASAC habe 2017 festgestellt, „dass die Behauptungen zur Homöopathie unplausibel sind“. Daraus zogen sie folgenden Schluss: „Pseudomedizinische Methoden wie die Homöopathie gehören nicht in ärztliche Hände“, weil sie „das notwendige Vertrauen in die Medizin als Fachgebiet sowie die Wissenschaft allgemein untergraben“. Und bekanntlich sei die Wissenschaftsskepsis heutzutage ja ohnehin schon sehr ausgeprägt.

## Verbot würde Skepsis vergrößern

Nach Ansicht von Michaela Geiger, der Vorsitzenden des Deutschen Zentralvereins homöopathischer Ärzte (DZVhÄ), spaltet dieser Beschluss, der mit 117 Ja-

gegen 97 Nein-Stimmen bei elf Enthaltungen angenommen wurde, nun sowohl die Ärzteschaft als auch die Bevölkerung und sorgt somit für eine Verstärkung der aktuellen gesellschaftlichen Zerfallstendenzen. Gleichzeitig kritisierte Geiger die mangelnde fachliche Qualität der Veröffentlichung des EASAC-Beirates, welche nicht einmal den üblichen Begutachtungsprozess durchlaufen habe und von eklatanter Unkenntnis der Materie zeuge. Im Übrigen sei der Ärztetagsbeschluss abzulehnen, so die DZVhÄ-Vorsitzende, weil er die Patienten bevormunde, die Vielzahl der positiven Homöopathie-Erfahrungen der Bürger hierzulande außer Acht lasse, jegliche konkrete Versorgungsrealität ausblende, die Berufsfreiheit und Methodenauswahl qualifizierter Ärzte einschränke und dem medizini-

schen Methodenpluralismus den Kampf ansage, was den Weg hin zu einer „Einheitsmedizin“ ebne.

Des Weiteren erinnerte Geiger die 225 Delegierten daran, dass sie alle deutschen Ärzte zu vertreten hätten, also „auch jene rund 60.000, die neben der konventionellen Medizin auch komplementäre Verfahren anwenden“ und nun durch den Beschluss ihrer Kollegen von einem vollständigen oder teilweisen Berufsverbot bedroht seien. Anschließend forderte Geiger im Namen des DZVhÄ: Wie es nun weitergeht, hängt davon ab, ob der Gesetzgeber dem Beschluss des Ärztetages folgt oder nicht.

Bei Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) stieß die Forderung nach einem Homöopathie-Verbot jedenfalls auf offene Ohren. *W. Kaufmann*

## SICHERHEIT

## Demos: Berlin kommt an seine Grenzen

Verbot von Sowjet-Symbolen am 9. Mai ruft Kritiker auf den Plan: Vorwurf Ungleichbehandlung

VON HERMANN MÜLLER

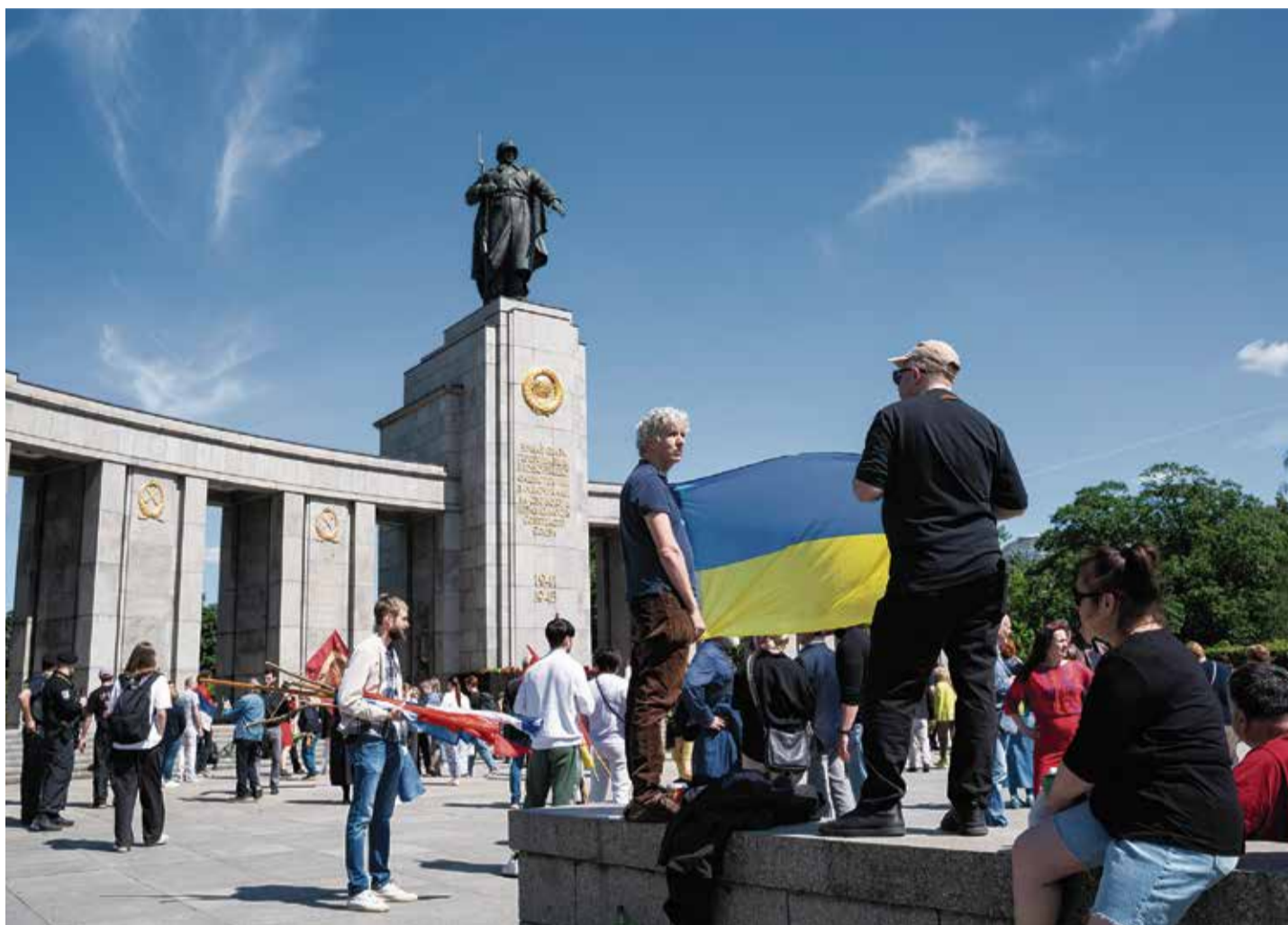
Berlins Polizei hatte in diesem Jahr verboten, am 8. und 9. Mai auf Gedenkfeiern zum Kriegsende an den Sowjetischen Ehrenmalen Treptow, Tiergarten und Schönholzer Heide Fahnen und Symbole mit russischem Bezug zu zeigen. Die Regelung betraf auch Uniformen, Sankt-Georgs-Bänder sowie Marschlieder. Schon während der Zeit des rot-grün-roten Vorgängersensats hatte Innensenatorin Iris Spranger (SPD) im vergangenen Jahr zum 8. Mai an bestimmten Orten der Stadt das Zeigen russischer und ukrainischer Flaggen verboten.

Zweck des Verbots war es, Auseinandersetzungen zwischen pro-russischen und pro-ukrainischen Gruppen zu verhindern. Spranger handelte sich mit dem Verbot scharfe Kritik ein. Berlins CDU-Generalsekretär Stefan Evers sprach etwa von einem „unsäglichem Flaggenverbot des Senats“. Auch in diesem Jahr stieß das Verbot der Berliner Polizei, an einigen wenigen Orten der Stadt Symbole mit russischem Bezug zu zeigen, auf Kritik. In einem offenen Brief warf Gerhard Langguth, ein Nachfahre des SPD-Gründers Ferdinand Lassalle, der Berliner Innensenatorin vor, sie verletze mit dem Verbot, die Sowjetfahne zu zeigen, Grundgesetz und Amtseid.

## Andere Gruppen dürfen

Die Linie, die Berlins Innensenatorin mit den Verboten zum 8. Mai fährt, ist bemerkenswert. SPD, Linkspartei und Grüne hatten es während ihrer Regierungszeit für notwendig befunden, Berlin ein eigenes Landesversammlungsrecht zu geben. Andere Länder greifen stattdessen auf das Versammlungsrecht des Bundes zurück. Als Rot-Rot-Grün 2021 das Berliner „Versammlungsfreiheitsgesetz“ einführte, lobte sich die damalige Koalition dafür, dass die Stadt bundesweit eines der liberalsten Versammlungsgesetze bekomme und die Rechte von Demonstranten gestärkt würden. Davon kann laut den Kritikern zumindest beim Verbot bestimmter Symbole und Flaggen am 8. Mai kaum die Rede sein.

Sprangers Vorgehen ist auch vor dem Hintergrund einer Aussage von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in-



„Unsägliches Flaggenverbot“: Kundgebung am 9. Mai vor dem Sowjetehrenal im Berliner Tiergarten Foto: imago/Olaf Schuelke

teressant. Von der Öffentlichkeit relativ unbeachtet hatte Faeser bereits vergangenes Jahr mit Bezug auf den Russland-Ukraine-Konflikt gewarnt, dass dieser nicht in die deutsche Gesellschaft hineingetragen werden dürfe.

Tatsächlich stellt sich die Frage, warum eine solche Forderung nur für Auseinandersetzungen im Zusammenhang dieses speziellen Konflikts gelten soll. Als Folge der Massenzuwanderung nach Deutschland werden schon seit langer Zeit Konflikte in der Bundesrepublik ausgefochten, die importiert sind: Chauvinistische „Graue Wölfe“ und linksorientierte Türken tragen ihre Auseinandersetzungen mittlerweile seit Jahrzehnten ganz selbstverständlich auch in Deutschland aus.

Für Kurden und Tamilen war es lange Zeit ebenso selbstverständlich, durch die Blockade hiesiger Autobahnen oder Schienenwege auf die Lage in ihrer Heimat aufmerksam zu machen. Mittlerweile

Usus ist es, dass es bei Eritrea-Festivals in Deutschland zu schwerer Gewalt durch Ostafrikaner kommt, die mit Metallstangen, Knüppeln und Pflastersteinen ausgeübt wird. Derzeit sorgen neben dem Krieg in der Ukraine auch der Nahost-Konflikt und die Kalifats-Demos für weitere Spannungen in der Gesellschaft.

## Masse ist kaum noch zu bewältigen

Wächst die Zahl solcher per Einwanderung importierter Konflikte weiter, wird sich die Politik vermutlich mit der Frage beschäftigen müssen, ob derlei Auseinandersetzungen unter dem Schutz des Demonstrationsrechts wirklich auf deutschen Straßen ausgetragen werden müssen. Zumindest in Berlin stellt sich schon jetzt die generelle Frage, wie viele Demos, Uni-Besetzungen oder Straßenblockaden die Stadt eigentlich verträgt

Nirgendwo sonst wird so viel demonstriert wie in Berlin. Im Jahr 2023 fanden im Stadtgebiet insgesamt 7151

Versammlungen und Demonstrationen statt. Dies sind im Schnitt etwa 20 offiziell angemeldete Kundgebungen pro Tag. Nach Angaben von Polizeipräsidentin Barbara Slowik mussten ihre Beamten vergangenes Jahr auch 550 Protest- und Blockadeaktionen sogenannter Klimaschützer bewältigen.

Großbritannien, das in den vergangenen Jahren Schauplatz zahlreicher Protestaktionen von sogenannten Klimaschützern war, hat inzwischen in mehreren Schritten das Demonstrationsrecht verschärft. Schon seit 2022 kann die Polizei Demonstranten Auflagen, etwa zur Lautstärke des Protestes, erteilen. Im April billigte das Unterhaus nun eine weitere Verschärfung des Demonstrationsrechts, um insbesondere die Ausbreitung radikaler, „disruptiver“ Protestformen einzudämmen. Gemeint sind damit Aktionen von Demonstranten, die sich festkleben oder ankneten, um dadurch das öffentliche Leben lahmzulegen.

## ÖFFENTLICHE ORDNUNG

## Fernseher und Kühlschränke fliegen auf den Gehweg

Lebensgefahr für Passanten: In Berlin werfen Menschen schwere Sachen einfach aus dem Fenster

Mehr als hunderttausend Hunde und ein jahrzehntelanges Versagen der Stadtoberen, das massive Problem von Hundekot auf den Gehwegen zu lösen, haben dazu geführt, dass bei so manchem Berliner der Blick nach unten zur festen Angewohnheit geworden ist, sobald er in der Hauptstadt zu Fuß unterwegs ist. Eine sonderbare Entwicklung könnte dazu führen, dass dieser berlinertypische Blick zur Umgehung von Hundehaufen zunehmend durch einen lebensrettenden Blick nach oben abgelöst oder zumindest ergänzt wird.

Immer öfter melden lokale Medien Fälle, in denen schwere Gegenstände aus dem Fenster geworfen werden und Passanten nur um Haaresbreite mit dem Leben davonkommen. Dabei geht es nicht um Weihnachtsbäume oder Hausmüll, der in einigen Gegenden Berlins gele-

gentlich über Fenster und Balkon auf Innenhof oder Gehweg entsorgt wird – die Rede ist von Fernsehern, Fahrrädern oder Waschmaschinen, die aus dem Fenster fliegen.

Erst am Abend des 13. Mai hatte eine 23-jährige Frau in der Charlottenburger Schillerstraße aus dem Fenster zwei Kleinpflastersteine auf den Gehweg geworfen. Einer der Steine traf eine 33-jährige Passantin am Kopf. Die Polizei spricht von einem noch unbekanntem Tatmotiv für den Steinwurf. Am Abend des 10. April hat ein bislang noch Unbekannter sogar einen Drei-Kilo-Beutel mit Steinen aus einem Hochhaus im Friedrichshain geworfen. Der Steinbeutel schlug unmittelbar neben einem siebenjährigen Jungen auf. Nur eine Woche zuvor hatten zwei junge Männer einen Fernseher und ein Fahrrad aus der achten Etage eines Hoch-

hauses in Lichtenberg geschmissen. Dabei wurde niemand verletzt.

Ebenfalls in Lichtenberg hatten Ende März Unbekannte Flaschen aus einem Hochhaus geschleudert. Beim Aufschlagen der Flaschen wurde ein vierjähriges Mädchen verletzt. Am 27. März waren es Mobiliar und Geschirr, die von einem Mann aus einer vierten Etage in Berlin-Baumschulenweg auf Polizeibeamte herabregneten. Herumfliegende Glassplitter verletzten zwei Polizisten und einen Feuerwehrmann.

In Marzahn-Hellersdorf verfehlte am 8. Februar eine Schranktür, die aus dem elften Stock eines Hochhauses geworfen wurde, nur um Haaresbreite eine 40-jährige Frau. Diese hatte glücklicherweise nach oben geblickt, als sie ein Geräusch gehört hatte. Als sie die Schranktür auf sich zufliegen sah, wich die Frau aus und

rettete damit ihr Leben. Polizeibeamte trafen in der elften Etage auf einen 14-jährigen, der zugab, die Schranktür aus dem Hochhaus geschmissen zu haben.

Bereits im vergangenen November war in einer Sprachenschule in Berlin-Mitte ein Streit so weit eskalierte, dass ein Möbelstück in der vierten Etage aus dem Fenster flog. Das Teil durchschlug eine Lichtkuppel und landete in einem darunterliegenden Büro. Dort verfehlte der Gegenstand einen 24-jährigen Angestellten ganz knapp.

Solche Fälle häufen sich seit einigen Monaten in Berlin, gänzlich neu ist das Phänomen allerdings nicht. Bereits 1999 berichtete die Berliner Polizei über zwei Jugendliche, die „aus Langeweile“ eine Waschmaschine mit einem Gewicht von 70 Kilogramm aus einem Hochhaus in Lichtenberg geworfen hatten. H.M.

## KOLUMNE

## Harte Wende

VON THEO MAASS

Brandenburg wählt im September 2024 einen neuen Landtag. Die Regierungsparteien SPD, CDU und Grüne befürchten ein Anwachsen des AfD-Stimmenanteils. Im Unterschied zu Berlin will das Land nun den sogenannten Familiennachzug von Asylanten aus Syrien stoppen. Das verkündete Innenminister Michael Stüben von der CDU. Warum geht in der Mark, was in Berlin an der Politik scheitert? Brandenburg ist SPD-geführt, Berlin von der CDU. Er Unterschied liegt wohl darin begründet, dass die Landesregierungen, je näher ein Wahltermin heranrückt, Aktionsismus entfalten.

Der steil wachsende Anteil von Immigranten an der Gesamtbevölkerung wird von immer mehr Bürgern als Bedrohung wahrgenommen. Auf der Gegenseite lebt eine ganze Asylindustrie von der Masseneinwanderung. So haben das Deutsche Rote Kreuz und das Diakonische Werk sogar Beratungsstellen eingerichtet, um den interessierten Personen zu helfen.

Dabei ist es fraglich, wie es überhaupt um die „Fluchtgründe“ für die Syrer bestellt ist. Der österreichische Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) will europaweit Syrer in ihre Heimat zurückbringen lassen und sich entsprechend beim Ratstreffen der EU-Fachminister einbringen. In der Bundesrepublik gehen die Uhren anders. Wie nicht anders zu erwarten, reagieren der Flüchtlingsrat Brandenburg, kirchliche Flüchtlings-Beratungsstellen und andere Organisationen mit scharfer Kritik auf den neuen brandenburgischen Kurs. Die frühere Brandenburger Integrationsbeauftragte Doris Lemmermeier hat sich entsetzt über die Entscheidung des Ministers geäußert.

Möglicherweise aber regt sie sich umsonst auf. Wenn die Stimmen am 22. September ausgezählt sind, wird sich zeigen, ob die rot-schwarz-grüne Regierung weiter eine Mehrheit hat. Und erst danach wird sich erweisen, inwieweit der „harte Kurs“ in der Asylfrage auch ernst gemeint war, oder nur ein Wahlkampfmanöver ohne Folgen.

## MELDUNG

## Illegaler Müll nimmt stark zu

Berlin – Das Land Berlin muss für die Entsorgung von illegalem Müll inzwischen mehr als zehn Millionen Euro pro Jahr zahlen. Wie aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hervorgeht, kostete die Entsorgung von illegalem Abfall allein im Bereich der Berliner Stadtreinigung (BSR) im vergangenen Jahr rund 9,7 Millionen Euro. Im Jahr 2022 wurde in Berlin eine Müllmenge im öffentlichen Raum entsorgt, die 2000 Lkw-Ladungen entspricht. Bei der illegalen Müllentsorgung geht es nicht nur um Sperrmüll, der auf Gehwegen abgestellt wird. Auch Bauschutt und normaler Hausmüll wird in Parks, Grünanlagen und in Stadforsten entsorgt. Die BSR hat dem Land vergangenes Jahr 9,675 Millionen Euro für die Entsorgung in Rechnung gestellt. 2022 hatten die Kosten bei rund 6,3 Millionen Euro und 2022 bei etwa fünf Millionen Euro gelegen. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Vorwurf der Veruntreuung

**Kiew** – Die ukrainische Antikorruptionsorganisation „Mezha“ hat nach den Geländegewinnen russischer Truppen in der Region Charkiw den Vorwurf erhoben, dass Geld für den Bau von Verteidigungsanlagen veruntreut wurde. Martyna Bohuslavets, Leiterin der Antikorruptionsorganisation, sagte am 14. Mai gegenüber dem Sender „Radio NV“, Geld für Materiallieferungen und für den Bau von Verteidigungsanlagen sei an Scheinfirmen überwiesen worden. Als Beispiel nannte Bohuslavets Überweisungen von umgerechnet etwa zehn Millionen US-Dollar für Holz, das nicht geliefert wurde. Bereits am 12. Mai hatte Denys Yaroslavskyi, Leiter einer Aufklärungseinheit der ukrainischen Armee, den Vorwurf geäußert, dass im Bereich der Stadt Wotwtschansk eine erste Linie von Befestigungen und Minen, die nach offizieller Darstellung für viel Geld errichtet worden war, gar nicht existiert habe.

H.M.

## Russen kehren zurück

**New York** – Nach Erkenntnissen des Wirtschaftsinformationsdienstleisters Bloomberg ist inzwischen fast jeder zweite Bürger der Russischen Föderation, der nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 außer Landes gegangen war, wieder in seine Heimat zurückgekehrt. Bloomberg stützt sich dabei auf die Kundendaten der Rückwanderungsfirma Finion in Moskau. Die meisten Rückkehrer sollen hochqualifizierte Fachkräfte sein und nun wieder spürbar zum Wirtschaftswachstum Russlands beitragen. Sie kommen oftmals aus Staaten wie den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Thailand, Indonesien oder der Türkei, die den russischen Emigranten dauerhafte Aufenthaltstitel verweigerten. Außerdem erlebten die Rückkehrer vielfältige Formen von Diskriminierung, die ein Gefühl der Verbitterung erzeugten und sie nunmehr glauben lassen, dass der russische Präsident Wladimir Putin richtig lag, als er von Auswanderung abriet.

W.K.

## Gleich hinter Polen

**Chicago** – Die in Chicago ansässige Radiant Energy Group hat eine Studie vorgelegt, der zufolge in Deutschland durchschnittlich 369 Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde erzeugtem Strom emittiert werden. Einen höheren Wert hat in Europa nur Polen mit 731 Gramm. Allerdings ist der deutsche Gesamtausstoß an Kohlendioxid seit dem Ausstieg aus der Kernenergie gesunken. Das resultiert aus dem geringeren Verbrauch infolge stark gestiegener Preise und der damit zusammenhängenden Schließung oder Abwanderung von Unternehmen. Der europaweite Mittelwert bei der CO<sub>2</sub>-Emission pro produzierter Kilowattstunde liegt bei 103 Gramm. Unterhalb des Mittelwertes liegen die drei skandinavischen Staaten Schweden mit 24, Norwegen mit 34 und Finnland mit 74 Gramm sowie Frankreich mit 41 Gramm.

W.K.

## EU-AUSSENPOLITIK

## Was bringen die Migrationsabkommen?

Brüssel hat nach Tunesien und Ägypten nun auch mit dem Libanon einen „Flüchtlingsdeal“

VON PETER ENTINGER

Es mag mit den bevorstehenden Europawahlen zu tun haben, dass sich die EU-Institutionen in den vergangenen Monaten massiv darum bemüht haben, die Migrationspolitik in geordnete Bahnen zu lenken. Und es mag auch mit den Erfolgen rechter Parteien zusammenhängen. Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat von Beginn an klar gemacht, dass es ein „Weiter so“ mit ihr nicht geben wird.

Doch es läuft längst nicht alles nach Plan. Im Juli 2023 etwa unterzeichneten die EU, Italien und Tunesien einen Pakt gegen irreguläre Migration. Das ließ man sich in Europa eine Milliarde Euro kosten, doch schon die erste Rate überwies das afrikanische Land zurück. Hintergrund war die europäische Kritik an den tödlichen Abschiebungen in die Wüste und auch über den Wunsch der EU nach Abschiebungen von Staatsbürgern ohne tunesischen Pass in das Land.

Meloni reagierte und handelte ein modifiziertes Abkommen aus. Ob dieses Wirkung zeigt, ist offen. Eines der Ziele des Abkommens war nicht zuletzt, dass weniger Tunesier über das Mittelmeer nach Europa kommen. Laut den jüngsten Daten aus dem März gehören diese trotzdem zu den drei größten Gruppen unter denen, die seit Jahresbeginn nach Italien gekommen sind.

Unumstritten sind diese Deals keineswegs. „Ich bin ziemlich zurückhaltend mit diesen Geschäften, die sich erst noch als effizient erweisen müssen. Wir geben jetzt riesige Summen aus und geben dieses Geld an verschiedene Regime oder Regierungen wie die tunesische Regierung. Wir wissen, dass die Behörden dort die Flüchtlinge sehr schlecht behandeln“, sagte Nicolas Schmit, Luxemburger EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte sowie Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas.

Zuletzt hat die EU ein entsprechendes Abkommen mit dem Libanon abgeschlossen. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges in

Syrien 2011 hat das Land mehr als eineinhalb Millionen benachbarte Flüchtlinge aufgenommen. Von Tripoli im Norden des Landes bis nach Larnaka auf Zypern sind es rund 200 Kilometer Luftlinie. Immer wieder versuchen syrische Migranten, diese Strecke per Boot zu überwinden. Häufig kommt es dabei zu tödlichen Unfällen. Eine Milliarde Euro sollen nun bis 2027 fällig werden. Was genau mit diesem Geld vor Ort geschieht, ist ungewiss.

## Unseriöse Vertragspartner

„Es steht leider auch das Risiko im Raum, dass mit diesen Zahlungen seitens der Europäischen Union korrupte Eliten gestärkt werden. Die wiederum, und das wissen wir aus investigativen Recherchen, auch mit Gewalt gegen syrische Flüchtlinge vorgehen. Und das würde paradoxerweise mehr Fluchtursachen erzeugen als bekämpfen“, sagte die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger kürzlich in einem Interview mit der „Tagesschau“.

Mag sein, dass die Österreicherin als Vorstandsmitglied von „SOS Mitmensch“

eher zur Asyllobby gehört, ganz von der Hand zu weisen sind die Befürchtungen aber nicht. Grundsätzlich seien multilaterale Verträge und Abkommen begrüßenswert, sagt Kohlenberger, sie müssten aber auch Sinn machen.

Die EU habe ein Interesse daran, „Stabilitätsanker“ zu setzen, entgegnet die CDU-Europaabgeordnete Lena Düpont. Dabei könne man sich die Partner nicht immer aussuchen. Die geographische Lage der EU sei nun mal nicht zu ändern.

Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp (FDP), hofft unterdessen auf Hilfe zur Selbsthilfe. Es gehe darum, „einem Land zu helfen, das zig Millionen Flüchtlinge aufgenommen hat“, sagte Stamp mit Blick auf ein Abkommen mit Ägypten. 2015 hätte die EU den Fehler gemacht, die Nachbarländer Syriens mit ihren Problemen alleine zu lassen. Gleichwohl müsse man darauf achten, dass die Menschenrechte vor Ort eingehalten werden.

## Widerstand der Asyllobby

Immigrantensorganisationen diffamieren dies als eine Floskel. Deals mit Diktatoren seien Teil des Problems und nicht Teil der Lösung bei der Beseitigung von Migrationsursachen, teilte Pro Asyl mit.

Offen ist, ob das kürzlich vom EU-Parlament beschlossene Migrations- und Asylpaket Besserung erzielt. Künftig sollen Personen, die ohnehin kaum Chancen auf Anerkennung haben, beispielsweise Inder oder Tunesier, beschleunigte Verfahren an den EU-Außengrenzen durchlaufen. Diese sollen höchstens drei Monate dauern. Bis zum Abschluss des Verfahrens dürfen sie in geschlossenen Zentren an den Außengrenzen untergebracht werden.

Doch hier stellen sich schon die nächsten Probleme ein. Das Beispiel Tunesien zeigt, wie fragil selbst schriftlich geschlossene Abkommen sind. Ob die Länder tatsächlich zur Rücknahme bereit sind, ist höchst ungewiss.

Interessant ist, dass in der zweiten Jahreshälfte mit Ungarn erstmals seit Langem ein betont migrationskritisches Land die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Danach folgen Polen und Dänemark, die eine ähnlich stringente Linie verfolgen.



Am 2. Mai im Regierungssitz des libanesischen Ministerpräsidenten: Der Hausherr, Najib Mikati, und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Foto: pa/Marwan Mamaani

## EUROPAWAHL

## Gerangel um von der Leyen

Wilde Spekulationen: Wer steht noch hinter einer erneuten Kandidatur der EU-Kommissionschefin?

Während ihrer Wahlkampf-Europatour hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auch in Italien Station gemacht. Dort musste die 65-Jährige die Erfahrung machen, dass offenbar nicht einmal ihre Gastgeber mit ihr öffentlich gesehen werden wollen. Offiziell war von der Leyen von der Forza Italia eingeladen, die wie die CDU Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) ist. Antonio Tajani, der Parteichef der Forza Italia und Vizepräsident der EVP-Fraktion, traf sich in Rom zwar mit von der Leyen – allerdings nur auf geschlossenen Veranstaltungen. Selbst beim offiziellen Auftakt des Europawahlkampfes der Forza Italia am 13. Mai war die EVP-Spitzenkandidatin nicht mit dabei.

Die einflussreiche Licia Ronzulli, einst enge Vertraute von Forza-Italia-Gründer Silvio Berlusconi, erklärte, dass Ursula von der Leyen jetzt ein „hinkendes Pferd“ sei. Erklärend fügte Ronzulli hinzu: „Auf

lange Sicht hat sich ihre Präsidentschaft als schwach erwiesen, sie hat Kurzatmigkeit gezeigt, mit einer Kommission, die von ideologischen und extremistischen Impulsen getrieben wurde, die zu schwerwiegenden Maßnahmen für unsere Bürger und Unternehmen geführt haben.“

Obwohl von der Leyen und Giorgia Meloni ein sehr gutes, sogar freundschaftliches Verhältnis haben, vermied auch Italiens Regierungschefin ein öffentliches Treffen mit der deutschen Kommissionspräsidentin. Zur Begründung sagte Meloni: „Wahlen sind eben etwas anderes.“

Der angebrochene Europa-Wahlkampf ist möglicherweise nicht der einzige Grund für die zur Schau gestellte Distanz Melonis zu von der Leyen. Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg Ende April berichtete, führt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mit anderen Staats- und Regierungschefs Gespräche, in denen es um eine

personelle Alternative zur derzeitigen EU-Kommissionspräsidentin geht. Bei diesen Gesprächen hinter verschlossenen Türen soll Macron bereits mit Meloni darüber gesprochen haben, wer statt von der Leyen nach der Europawahl die EU-Kommission führen könnte. Macron soll dabei einen Vorschlag gemacht haben, der aus italienischer Sicht besonders verlockend ist. Der Franzose, der bereits 2019 von der Leyen in das Amt gehievt hat, soll gegenüber Meloni nämlich deren Landsmann Mario Draghi ins Gespräch gebracht haben.

Der ehemalige Gouverneur der Banca d'Italia, Präsident der EZB und Ministerpräsident Italiens bringt mit seiner Unbedingtheit, seiner Mentalität des „What ever it takes“, des „Koste es, was es wolle“ Voraussetzungen mit, die ihn aus Sicht von Meloni und Macron möglicherweise zu einem idealen EU-Kommissionschef machen. Während Draghis Amtszeit als EZB-

Chef hatte sich die Zentralbank ganz massiv beim Ankauf von Anleihen von Unternehmen und Staaten engagiert. Derzeit verbindet die Regierungen in Rom und Paris der Wunsch, nach dem Vorbild des Corona-Wiederaufbaufonds der EU ein weiteres gemeinsames Anleiheprogramm auf den Weg zu bringen. Bei diesem Projekt ist der Technokrat Draghi möglicherweise wesentlich besser geeignet als die derzeitige Kommissionspräsidentin.

Die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet im Zusammenhang mit den Geheimgesprächen Macrons allerdings auch, es sei unklar, ob Frankreichs Präsident tatsächlich auf der Suche nach einem Ersatz für die deutsche Kommissionspräsidentin ist. Möglich ist, so Bloomberg, dass Macron Druck auf von der Leyen ausüben will, um von ihr mit Blick auf ihre nächste Amtszeit als EU-Kommissionschefin Zugeständnisse zu erhalten.

Hermann Müller

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die italienische Regierung hat ein neues Dekret erlassen, wonach die Installation von Solaranlagen auf produktiven landwirtschaftlichen Flächen verboten ist. Ziel des Dekrets ist es, die „Verödung“ von Agrarflächen zu verhindern. Nicht davon betroffen sind Projekte, die sich bereits in der Genehmigungsphase befinden. Desgleichen Agri-Photovoltaik, also die gleichzeitige Nutzung von Anbauflächen für Ackerbau und Solaranlagen.

Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida erklärte, dass die Stromerzeugung mit Photovoltaik weiterhin auf Flächen wie Steinbrüchen oder in Industriegebieten erlaubt ist. Während der Photovoltaik-Verband „Italia Solare“ Kritik an der Entscheidung äußerte, begrüßte der Landwirtschaftsverband Coldiretti den Schritt. Dieser sei notwendig, um den Spekulationen großer Investmentfonds Einhalt zu gebieten, welche die landwirtschaftliche Produktion gefährden.

Während die Degradierung der Böden in Italien als dunkle Kehrseite der Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PVA) auf Äckern angesprochen wird, bleibt eine Recherche im deutschen Internet nach entsprechenden Warnungen und Hinweisen ergebnislos. Deutschland ist immer noch Spitze, nämlich wenn es darum geht, mit dem Begriff „Klimaschutz“ Bedenken auszuhebeln und wirklich Schutzbedürftiges hintanzustellen. Dank der von der Regierung entfachten Begeisterung für den sogenannten Ökostrom, dank der ständigen Meldungen über Extremwetter und Hitzerekorde in den Leitmedien und nicht zuletzt dank der Billigimporte aus China sind für die Investoren dieses lukrativen Geschäftsmodells inzwischen wohl die letzten Schranken gefallen.

Der politisch gewollte Vormarsch der PVA in der Landschaft schmälert und verschlechtert nicht nur den Lebensraum von Vögeln und Insekten, sondern gefährdet das Bodenleben selbst. Eine Handvoll lebendigen Bodens enthält mehrere Milliarden Bakterien. Die häufig in Hinterzimmern verabredete Zweckentfremdung und Kapitalisierung der Agrarlandschaft hat aber nicht nur eine dauerhafte Verringerung der Nahrungsmittelproduktion zur Folge.

#### Umweltbelastung als Tabuzone

Verschwiegen wird auch die häufige Überhitzung der Solarkollektoren mit der Folge, dass diese paradoxerweise zur Erwärmung der Atmosphäre beitragen, wäh-



Darunter wächst bald kein Gras mehr: Das auf fruchtbarer landwirtschaftlicher Fläche angelegte Solarfeld Oberseifersdorf bei Zittau

#### ENERGIEWENDE

## Zu viele überdachte Äcker

Alles für Grünen Strom: Solaranlagen in der Landwirtschaft auf dem Vormarsch

rend sie gemäß dem politischen Klimaschutznarrativ als eine Hauptenergiequelle des „grünen Stroms“ einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele leisten.

Die fachlich zuständigen Institute und Verbände sind es gewohnt, die Umweltbelastung durch die Wind- und Solarindustrie als eine Tabuzone zu behandeln, deren Betreten unerwünscht ist.

So umschiffte der Bundesverband Boden e.V. in seinem Bodennetzwerk „Bodenwelten“ unter dem Stichwort „Boden schützen/Boden und Solarenergie“ eine eigene Stellungnahme mittels einer anekdotischen Erzählung: „Es werden jedoch auch zunehmend Photovoltaikanlagen auf ehemaligen Ackerflächen errichtet. Diese sog. Solar-Äcker garantieren als Photovoltaik-Freiflächenanlagen hohe Erträge, aber es gibt auch Gegenstimmen (Zitat): „Photovoltaik-Anlagen auf Ackerflächen sorgen im doppelten Sinne für

einen Flächenverbrauch“, betonte ein Landwirt im Bauausschuss. „Die Ackerfläche wird endgültig versiegelt und ist für den Anbau von Pflanzen für die Nahrungsmittel-Erzeugung nicht mehr verwendbar.“

#### Ohne bodenkundliche Expertise

Vor dem Hintergrund der aktuell nochmals gelockerten Gesetzgebung für PVA hat die Umweltministerkonferenz bei einem Ingenieurbüro eine Studie in Auftrag gegeben. Deren Titel „Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ deutet darauf hin, dass es um Schadensbegrenzung geht.

Lediglich für den Bau und den Rückbau der Solaranlagen ist eine „bodenkundliche Begleitung“ vorgeschrieben. „Bodenschutz“ bezieht sich auf die „Sicherstellung einer fachgerechten und res-

sourcenschonenden Durchführung der Planung sowie des Baus, Betriebs und Rückbaus von PVA“. Unvermeidbare Schäden sollen minimiert werden, so die „Austrocknungseffekte unter den Modulanlagen“, die Bodenversiegelung und Bodenverdichtung.

Die Antragsteller müssen keine bodenkundlichen Untersuchungen zu den beanspruchten Flächen vorweisen, etwa um die Bodenfruchtbarkeit festzustellen, damit wertvolle landwirtschaftliche Flächen tatsächlich von einer PV-Überdachung ausgenommen werden, wie es in einem Beschluss des Bundesumweltministeriums gefordert wird, ohne jedoch Auflagen zu benennen.

Desgleichen sind landwirtschaftlich genutzte Moorböden nicht mehr von der Nutzung für PVA ausgenommen. Damit ist die Schutzwürdigkeit von Agrarflächen praktisch aufgehoben.

#### WELTWIRTSCHAFT

## Handelskrieg zwischen den USA und China

In der EU warnen vor allem deutsche Stimmen vor einer Erhöhung von Zöllen auf chinesische Produkte

Die US-Regierung hat für diverse Produkte aus China die Einfuhrzölle erhöht, insbesondere für E-Autos. Auf diese war bislang schon ein Zoll von 25 Prozent fällig gewesen, künftig sollen es sogar 100 Prozent sein. Für Solarzellen, Halbleiter, Hafenkranne und Medizinartikel will die US-Regierung Zölle zwischen 25 und 50 Prozent erheben.

Laut Lael Brainard, der Wirtschaftsberaterin des US-Präsidenten Joe Biden, sei das Ziel dieser Maßnahme, wichtige Sektoren der Industrie in den USA vor künstlich verbilligten Exporten aus China zu schützen. Mit den Strafzöllen wandelt Biden auf den Spuren seines Vorgängers Donald Trump. Dieser hatte während seiner Präsidentschaft auf Waren aus China Strafzölle in Höhe von rund 300 Milliarden US-Dollar eingeführt.

Im Wahlkampf vor vier Jahren hatte Biden diese Maßnahme Trumps noch kritisiert. Biden hat auch nicht, wie noch im letzten Wahlkampf angekündigt, die von

Trump eingeführten Strafzölle nach seiner Wahl wieder aufgehoben.

Mit Sätzen von 100 Prozent auf E-Autos oder 50 Prozent auf Solarpaneele aus China fallen die Zölle, die Biden nun einführt, sogar drastischer aus als unter seinem Vorgänger. Viele Beobachter sehen als Motive hinter Bidens Vorgehen die im November anstehende Präsidentschaftswahl. Konkurrent Trump hatte bereits Anfang Mai für den Fall seiner Wiederwahl angekündigt, auf alle Importe aus China den Zoll um 60 Prozent anzuheben. Egal ob nun Biden oder Trump im November Wahlsieger wird – eine Verschlechterung der Handelsbeziehungen der USA mit China scheint programmiert.

Ob sich die EU aus Solidarität mit der Führungsmacht der westlichen Welt an deren Seite am sich abzeichnenden Handelskrieg gegen China beteiligen wird, ist noch nicht erkennbar. Die EU-Kommission will erst Anfang Juni eine Entscheidung bekannt geben, ob sie auf chinesi-

sche Elektroautos ebenfalls Ausgleichzölle einführen will.

Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte sich bei einem Besuch in Schweden ablehnend. Dabei verwies er darauf, dass „50 Prozent der Importe von Elektrofahrzeugen aus China Produkte westlicher Automobilbauer sind, die dort produzieren und nach Europa exportieren“. Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen hat davor gewarnt, dass unter Gegenmaßnahmen Chinas vor allem die deutsche Automobilindustrie leiden würde. Laut Jandura gibt es „kein einziges Auto in der EU ohne Teile aus China“.

Fakt ist, dass nicht nur Deutschlands Autobauer auf Zulieferungen aus China angewiesen sind. Bei einer Umfrage des Ifo-Instituts zu Importbeziehungen mit China gaben noch immer 37 Prozent aller Industrieunternehmen in Deutschland an, auf wichtige Vorprodukte aus China angewiesen zu sein. Im Vergleich zur letz-

ten Umfrage aus dem Februar 2022, unmittelbar vor Beginn des Krieges in der Ukraine, war dies ein deutlicher Rückgang, denn vor zwei Jahren hatten noch 46 Prozent der Industrieunternehmen angegeben, sie seien auf chinesische Vorprodukte angewiesen. Dennoch ist der Anteil noch immer so hoch, dass an eine Abkoppelung von Lieferungen aus China zumindest derzeit nicht zu denken ist.

Laut Lisandra Flach, der Leiterin des Ifo-Zentrums für Außenwirtschaft, ist der Anteil der deutschen Industrieunternehmen, die ihre Importe aus China zukünftig noch weiter verringern wollen, gesunken. Vor zwei Jahren plante dies noch fast jedes zweite Unternehmen. Laut der aktuellen Umfrage sind es nur noch 38 Prozent. Besonders gering ist die Lust zur Einschränkung des Imports aus China verständlicherweise vor allem bei den Firmen, die ihre Vorprodukte von eigenen Produktionsstätten, die sie in China aufgebaut haben, beziehen. Hermann Müller

#### MELDUNGEN

## Pipelinegas statt LNG

Brüssel – Wie aus Daten von Gas Infrastructure Europe (GIE) hervorgeht, haben die EU-Mitgliedsländer ihre Einfuhren von verflüssigtem Erdgas (LNG) aus Russland zwischen Januar und April im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um acht Prozent gesenkt. Gleichzeitig stiegen nach Angaben von GIE die Einfuhren von russischem Pipelinegas im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fünf Prozent. Da die Nord-Stream-Pipelines durch die Ostsee und die Jamal-Pipeline über Polen nicht in Betrieb sind, gelangt russisches Erdgas derzeit nur noch über die Druschba-Pipeline über ukrainisches Gebiet und die türkische Leitung Turkstream in die EU. Energieexperten rechnen damit, dass mit der Kündigung des Gastransitvertrages für die Druschba-Pipeline durch die Ukraine zum Ende des laufenden Jahres die Bedeutung von Turkstream zunehmen wird. H.M.

## Mehr Geld gefordert

Wilhelmshaven – Der Unternehmensverbund Energy Hub Wilhelmshaven will die Jade-Weser-Region im Nordwesten Niedersachsens zu einem zentralen Standort der Wasserstoffwirtschaft entwickeln. Allerdings, so heißt es, sei der Einstieg in die Produktion von sogenanntem grünen Wasserstoff ohne eine stärkere Anschubfinanzierung gefährdet. Laut dem Verbund sind die bereits bestehenden Fördermittel „nicht geeignet, um die vielen in Planung befindlichen Elektrolyse- und Importprojekte zur Investitionsentscheidung zu bringen“. Benötigt werde eine Finanzierungshilfe in Höhe von 30 Milliarden Euro. Energy Hub Wilhelmshaven vereint insgesamt 50 Unternehmen und Institutionen, die eine Infrastruktur zum Import, zur Erzeugung, zur Speicherung und zum Transport von Wasserstoff aufbauen wollen. Das Konsortium beabsichtigt, einen Großteil des in Deutschland benötigten Wasserstoffs bereitzustellen. H.M.

## Datenwolke über Berlin

Seattle/Potsdam – Der US-amerikanische Anbieter von Datenspeichern Amazon Web Services (AWS), eine Tochtergesellschaft des Internetriesen Amazon, plant massive Investitionen in der deutschen Hauptstadtregion. Allein in Brandenburg will AWS 7,8 Milliarden Euro zwischen 2025 und 2040 in das Projekt „AWS European Sovereign Cloud“ investieren. An welchen Standorten in Brandenburg die für die Cloud-Dienste nötigen Rechenzentren errichtet werden, teilte das Unternehmen noch nicht mit. Durch die Investition von AWS können in der Region Berlin-Brandenburg rund 2800 Arbeitsplätze entstehen. Zu den Kunden des 2006 gegründeten Unternehmens Amazon Web Services gehören Internetfirmen wie Netflix und der Online-Speicherdienst Dropbox. Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach erklärte zu den Investitionsplänen von AWS, es sei für „unsere digitale Souveränität“ wichtig, dass Rechenleistungen vor Ort in Deutschland erbracht werden. H.M.

## HINTERGRUND

## Chinas Griff nach Sibirien

BODO BOST

Seit Beginn des Ukrainekriegs werden in amtlichen chinesischen Karten die Städte im Amurgebiet mit ihren alten chinesischen Namen beschriftet. Viele russische Blogger fragen sich bereits, ob sich hinter dem Kampf um die Krim nicht eigentlich Chinas Kampf um die Rückgabe von Wladiwostok verbirgt. Während russische Politiker und angesehene Experten über den künftigen Krieg Chinas mit den USA um Taiwan diskutieren, verwandelt die „himmlische“ Führung in Peking Wladiwostok still und leise in ihren „Binnenhafen“.

Alles begann 2020, als Wladiwostok sein 160-jähriges Bestehen feierte. Zu diesem Anlass veröffentlichte die russische Botschaft auf der offiziellen Seite des chinesischen sozialen Netzwerks Weibo eine Notiz: „Wladiwostok wurde 1860 gegründet, als die Russen an diesem Ort einen Seehafen mit dem Namen ‚Wladiwostok‘ (wörtlich: ‚Herrscher des Ostens‘) errichteten.“ Die Chinesen reagierten entrüstet und behaupteten, Wladiwostok liege auf dem durch den Vertrag von Peking abgetretenen Gebiet, und Haishenwei sei eine chinesische Stadt, die in Wladiwostok umbenannt worden sei.

## Bis zum Baikalsee ...

Immerhin ließ sich China zwei Jahre Zeit mit der Anfertigung einer entsprechenden Karte mit den chinesischen Namen. Auf dieser heißt die Insel Sachalin „Kuedao“, und die Städte Blagoweschtschensk „Hailanpao“, Ussurijsk „Shuangchengzi“, Chabarowsk „Boli“. Am 1. Juni 2023 erklärte die Allgemeine Zollverwaltung Chinas „aus logistischen Gründen“ Wladiwostok zum Transithafen für den innerchinesischen Handel. Von nun an können Ladungen, die von einer chinesischen Provinz in eine andere geschickt werden, ohne Zollverfahren durch Wladiwostok gehen.

Die Chinesen werden Wladiwostok nicht nur für eine kurze Zeit nutzen. Denn seit einigen Jahren verlassen immer mehr russische Unternehmen die Stadt. Chinesen kaufen die billigen Immobilien auf. Es scheint, als ob die Chinesen Wladiwostok noch vor Taiwan wie eine reife Frucht ohne militärische Aktion übernehmen könnten. Über den neuen Status der Stadt wird in russischen Medien Stillschweigen verbreitet.

Schon Mao Zedong sagte ganz offen: „Russland hat sich zu viel Land angeeignet ... Vor mehr als 100 Jahren haben sie das Land östlich des Baikalsees abgeschnitten ... Diese Rechnung ist noch nicht beglichen, wir haben diese Rechnung mit ihnen noch zu begleichen.“ Insgesamt, so Mao, sollte Russland mehr als 1,5 Millionen Quadratkilometer an China zurückgeben.

Auch den Baikalsee betrachten die Chinesen als ihr Eigentum. Längst werden rund um den See chinesische Hotels gebaut und Land aufgekauft. Russland ist infolge des Kriegs gezwungen, Öl an China zu Schleuderpreisen zu verkaufen, dadurch stabilisiert Moskau die am Boden liegende chinesische Wirtschaft und ruiniert sich immer mehr selbst.

## ... oder gar bis zum Ural

1969 war es noch zum Krieg zwischen der Sowjetunion und China um einige unbewohnte Inseln im Grenzfluss Ussuri gekommen, die bereits unter den Zaren erobert worden waren. Russland gab diese Inseln in zwei Verträgen 1991 und 1995 fast unbemerkt an China zurück, aber erst 2005 unter Putin wurde das Abkommen über die Abtretung ratifiziert, was in der russischen Gesellschaft gemischte Reaktionen hervorrief. Anwohner der Grenze berichteten, dass die Chinesen mehrere Jahre vor dem neuen Grenzverlauf etwa dreihundert Kilometer Deiche an ihren Ufern errichtet hatten, um den Amur künstlich in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken und den Kasakewitschew-Kanal zu verflachen, in dessen Fahrwasser die Grenze in diesem Abschnitt verläuft.

„Die chinesische Politik ist ein endloser Pfad der List“, schrieb vor mehr als zweieinhalbtausend Jahren der chinesische Stratege Sun Tzu. In den chinesischen Geschichtslehrbüchern wird sehr oft daran erinnert, dass fast ganz Sibirien, einschließlich Westsibirien bis hin zur Region Tomsk, vorübergehend verlorenes chinesisches Gebiet sei. Chinas territoriale Ansprüche an Russland sind eine sorgfältig durchdachte Strategie. Peking wartet einfach auf „reife Bedingungen“, um das Problem zu chinesischen Bedingungen zu lösen. Putins Feldzug gegen Kiew könnte der erste Schritt dazu sein, dass Russland bald wieder eine rein europäische Macht wird und damit das Reich der Mitte wirklich die Mitte der Erde beherrscht.



Ende einer Ära: Mit der Absetzung Nikolaj Patruschews haben die „Silowiki“ im Kreml keinen mächtigen Vertreter mehr

FOTO: IMAGO/SNA

## ANALYSE

## Machtwechsel im Kreml

ALEXANDER RAHR

Als es noch die Sowjetunion gab, blickten emsige Kreml-Beobachter bei den alljährlichen Paraden immer auf die kommunistischen Politbüromitglieder auf dem Lenin-Mausoleum. Wer stand näher, wer weiter zum Generalsekretär? Davon ließen sich damals die verdeckten Machtkonstellationen der Sowjetunion ableiten.

Im heutigen Russland ist zwar die politische Hierarchie genau festgelegt, doch gibt die offiziell determinierte Reihenfolge nicht das wahre Gesicht der Macht im Kreml wieder. In der offiziellen Rangordnung steht nach Putin der Premierminister, dann die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern und schließlich der Präsident des Obersten Gerichts. Faktisch aber galt in den letzten Jahren der Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew, als der zweite starke Mann neben Putin – was früher, in der Sowjetunion, der Sekretär für Ideologie war.

Auch Ex-Präsident Dmitrij Medwedjew zählte lange zu den fünf mächtigsten Politikern. Patruschews Machtinstrument war seine Kontrollfunktion über alle Geheimdienste und Schlüsselministerien des Landes. Er war der Kopf der „Silowiki“ – der einflussreichen Fraktion der Geheimdienstbosse und der nationalen Sicherheitsapparate. Wäre Putin etwas zugestoßen, hätte Patruschew bei der Nachfolgeregelung das letzte Wort gehabt.

## Die Absetzung eines Mächtigen

Nun ist Patruschew völlig überraschend abgesetzt worden. Seinen Platz im Sicherheitsrat bekam Sergej Schojgu zugesprochen, der selbst wiederum von Andrei Beloussow als Verteidigungsminister abgelöst wurde. Zugegeben, Patruschew ist 72 Jahre alt, aber nur ein Jahr älter als Putin. Nach einer Verjüngung sah Putins kürzliche Personalrochade nicht aus. Patruschew wurde zum einfachen Assistenten des Präsidenten für Schiffbau degradiert.

Doch viel entscheidender war die Entmachtung des Blocks der „Silowiki“, die in der neugebildeten Staatshierarchie keinen einflussreichen Vertreter mehr haben. Schojgu besitzt als neuer Sekretär des Sicherheitsrates keine eigene Machtbasis, er ist außerdem durch die kürzliche Verhaftung von zwei seiner korrupten Stellvertreter politisch angeschlagen und darf nur noch auf eine Loyalität seitens Putins hoffen. In seinem neuen Amt wird er als ein reiner Untergebener fungieren, wie übrigens auch Medwedew, der sich zumindest eine neue Aufwertung im Machtgefüge erhofft hatte – vergeblich.

Warum die Macht der „Silowiki“ von Putin beschnitten wurde, ist noch unklar. Vielleicht haben sie im Vorfeld des Ukrainekrieges versagt, vielleicht traut ihnen der Präsident aus machtpolitischen Gründen nicht mehr über den Weg, vielleicht aber wollte Putin nur seine Alleinmacht weiter stärken und etwaige Widersacher kaltstellen, damit sich ein Putsch, wie ihn der Söldnerchef Jewgenij Prigoschin vor einem Jahr durchführen wollte, nicht wiederholen könnte.

## Russland hat keine Nummer zwei

Doch wer füllt das entstandene Machtvakuum im Kreml auf? Nach sorgfältiger Analyse der Vorgänge der letzten Tage im Kreml lässt sich eine neue Hierarchie an der Spitze Russlands festmachen. Es gibt aber momentan keinen zweiten Mann hinter Putin. Zu der Gruppe der fünf mächtigsten Politiker im Kreml zählen ab

Russland nicht geben, aber das Land benötigt in Zukunft Investitionskapital und moderne Technologien, die Russland heute über China erhält. Manturow und Beloussow sollen diesen Kurs verstetigen.

Bemerkenswert sind noch andere Beförderungen und Veränderungen an der Spitze des Staates. Patruschews Sohn Dmitrij wurde vom Posten des Landwirtschaftsministers in den Sessel des Vizepremiers für Rohstoffe gehievt. Der Sohn des engen Putin-Freundes Jurij Kowalschuk – Boris – wurde zum Chef des Obersten Rechnungshofes, einer Kontrollbehörde über die Staatsfinanzen, ernannt. Beide – Dmitrij und Boris – sind Putin als Kinder noch familiär bekannt gewesen, ihnen kann er vertrauen. Noch zwei weitere jüngere Funktionäre mit großen Zukunftsaussichten erhielten Eintritt in die obersten Etagen der Macht: Der Königsberger Gouverneur Anton Alichanow wurde Industrie- und Handelsminister, der Gouverneur von Tula, Alexej Djumin, ehemals Leibwächter Putins, wurde persönlicher Assistent von Putin für Rüstungsfragen. Patruschew Junior, aber auch Alichanow und Djumin, werden Chancen für die Putin-Nachfolge nachgesagt, sollte diese einmal aktuell werden.

## Generationenwechsel

Von der Seilschaft, die Putin vor 25 Jahren zur Präsidentschaft verhalf, verblieben nur noch wenige in einflussreichen Positionen. Medwedjew gehört wegen seines relativ jungen Alters noch dazu, während andere ehemalige Mitstreiter, wie die KGB-Generäle Sergej Iwanow und Patruschew, keine Führungspositionen mehr innehaben. Eine jüngere Funktionsriege könnte in nächster Zeit an die Macht kommen, streng unter Aufsicht Putins. Ihr Weltbild wird demjenigen der Generation der Väter vermutlich gleichen.

Die sich jetzt an der Macht befindlichen Technokraten stehen nicht in Verdacht, das autoritäre Staatssystem in Russland in Frage zu stellen. Gleichzeitig werden sie das gegenwärtige marktwirtschaftliche Wirtschaftsmodell nicht wesentlich verändern. Sie werden sich, weil Putin es so will, in Zeiten der Kriegswirtschaft als fähige Manager profilieren und beweisen müssen.

● **Dr. Alexander Rahr** ist Vorsitzender der Eurasien-Gesellschaft sowie Berater für diverse deutsche und russische Firmen. Er ist Autor mehrerer Bücher über Russland, u.a. einer Biographie über Wladimir Putin, den er im Laufe der Jahre wiederholt persönlich getroffen hat [www.eurasien-gesellschaft.org](http://www.eurasien-gesellschaft.org)

Der Block der „Silowiki“ hat in der neugebildeten Staatshierarchie keinen einflussreichen Vertreter mehr

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Büro: info@ostpreussen.de



VON SILVIA FRIEDRICH

Amedeo Modigliani sei „einer der weltweit meistgefragten Künstler“. Diese Feststellung traf Christiane Lange, Direktorin der Staatsgalerie Stuttgart, deren Haus sich glücklich schätzt, zwei Gemälde und eine Papierarbeit des italienischen Künstlers zu besitzen. Diese Werke sind neben Leihgaben aus zwölf Ländern, darunter von etlichen Privatleihgebern, nun auch im Potsdamer Kunstmuseum Barberini zu betrachten.

Die in Zusammenarbeit mit den Stuttgarter entstandene Schau „Moderne Blicke“ distanziert sich vom Image des drogenabhängigen Lebemanns und richtet einen neuen Blick auf den Ausnahmekünstler. Jede Präsentation seiner Werke, so auch in der Bundeskunsthalle in Bonn 2009, befasste sich mit dem Pariser Umfeld des Malers. Die Kuratoren Ortrud Westheider, Direktorin des Barberini, und Lange wollten dieses ändern und sein Œuvre im Kontext der Kunstentwicklung in ganz Europa zeigen. Für Lange war es anfangs nur ein Gefühl, was sich aber bei näherer Betrachtung als richtig herausstellte. Modigliani ist keineswegs isoliert in seinen Arbeiten, sondern Teil des Zeitgeistes eines neuen Menschenbildes während des Ersten Weltkriegs und danach, der viele Künstler der Ära verbindet.

In der Gegenüberstellung mit Werken anderer zeitgenössischer Maler spüre man diesen Zeitgeist, sagt Lange. So sind neben den 56 Porträts und Aktbildern, die Modigliani in Paris in der Zeit von 1907 bis 1919 erschaffen hat, 33 Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen von Paula Modersohn-Becker, Egon Schiele, Gustav Klimt, Wilhelm Lehmbruck, Jeanne Mammen, Pablo Picasso, Natalja Gontscharowa und Ernst Ludwig Kirchner ausgestellt.

Das Œuvre Modiglianis ist aufgrund seines frühen Todes mit 35 Jahren sehr schmal, jedoch werden die Bilder dauernd angefragt. Wie so viele seiner Zunft, war Modigliani zu Lebzeiten verarmt. 2015 wurde sein Aktgemälde „Nu couché“, (1917) beim Auktionshaus Christie's in New York für die damalige Rekordsumme von 170,4 Millionen US-Dollar versteigert.

Die auf zwei Etagen platzierte Ausstellung empfängt die Besucher im ersten Saal mit einem fast lebensgroßen Foto des Malers in seinem Atelier in Paris. Es er-



Nackte Tatsachen im Museum Barberini: Zwei Aktgemälde Modiglianis messen sich selbstbewusst mit einem Werk von Pablo Picasso (r.)

Foto: David von Becker

## Schöpfer eines neuen Menschenbildes

Über den Maler Amedeo Modigliani gibt es viele Vorurteile, wie eine Ausstellung im Potsdamer Museum Barberini zeigt – Sicher ist, dass ihm einzigartige Einblicke in die Seele gelangen

scheint so lebendig, als ob er die Besucher gleich selbst begleiten würde.

Der allenthalben als äußerst gut aussehend beschriebene Maler wurde 1884 in eine liberale, jüdische Familie in Livorno/Toskana geboren. Schon als Kind sehr kränklich, unterstützte ihn seine Mutter in dem Wunsch, Maler zu werden. Er ließ sich in Florenz und Venedig in klassischer Malerei ausbilden und ging 1906 nach Paris, ins Zentrum der damaligen Avantgarde-Kunst, wo er in Kontakt geriet mit Pablo Picasso und dem Bildhauer Constantin Brâncuși, der seine Begeisterung für Skulpturen hervorrief. Von 1909 bis 1914 widmete er sich hauptsächlich der Bildhauerei, in der er auch Motive aus der afrikanischen Kunst aufgriff. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes kam er danach zur Malerei zurück.

Langgestreckte Körper, lange Hälse und Mandelaugen, zumeist ohne Pupillen – er behauptete, dass immer ein Auge des Menschen nach innen und eines nach außen schau – sind sein Markenzeichen. Die Ausstellung zeigt zunächst die vielen

Porträts der Menschen, die ihn umgaben. Diese Werke machen neben den Aktbildern den Hauptteil seines Werkes aus.

Der Italiener interessierte sich für den Menschen, nicht für das Drumherum. So sind die Werke hart angeschnittene Nahaufnahmen, ohne Ansehen von Herkunft oder Stand, wie es in der späteren neuen Sachlichkeit wichtig wurde. Auch malte hier kein Mann mit voyeuristischem Blick, sondern ein Künstler, der seinen Modellen auf Augenhöhe begegnete, auch bei den Akten.

### Skandalöse Freizügigkeit

Als Erster nahm Modigliani Frauen mit Kurzhaarschnitt, Hosen und Krawatte wahr, die „femmes garçonnés“, die „Mannsweiber“, die sich mit ungewohntem Selbstbewusstsein durch Paris bewegten. Porträts dieser Frauen, die man eher in den 1920er Jahren angesiedelt hätte, sind in der Schau zu sehen, wie das der Buchhändlerin Elena Povolozky von 1917.

Die geheimnisvollen Augen machen seine Werke populär. Sein Stil vereint Ele-

mente von Expressionismus, Kubismus, Fauvismus und Abstrakter Kunst. Er verstand es, zeitlose Schönheit zu erschaffen, ganz nach dem Vorbild der alten Meister der Renaissance.

Seine einzige Einzelausstellung in Paris 1917 schloss die Polizei wegen der ausgestellten weiblichen Akte. Doch schockierten nicht sie als solche, sondern die Tatsache, dass Modigliani hier keine überhöhten Figuren präsentierte, sondern „echte“ Menschen mit Schambehaarung, aber vor allem mit ungewohnt selbstbewusstem Blick.

Erstmals sind nun auch Briefe von ihm ausgestellt und ein Faltblatt der Skandalchau von 1917, das damals als „Ausstellungskatalog“ fungierte.

1917 lernte Modigliani die junge Jeanne Hébuterne kennen, die er häufig malte wie in dem im Barberini gezeigten Gemälde „Jeanne Hébuterne im gelben Pullover“ (1919). Beide gingen 1918 aufgrund der Gefahr herannahender deutscher Truppen nach Südfrankreich, wo ebenfalls etliche Werke entstanden. Zurück

in Paris konnte der Künstler sich an Ausstellungen in London und New York beteiligen. Er starb am 24. Januar 1920 an Tuberkulose, seine Verlobte Jeanne sprang zwei Tage später hochschwanger aus dem fünften Stockwerk eines Hauses in den Tod.

Man sollte sich Zeit nehmen, Modiglianis Werke zu betrachten, um sich von den allgegenwärtigen Blicken, die von den Bildern auf die Besucher gerichtet sind, fesseln zu lassen. Seine Werke lassen niemanden unberührt. Hier arbeitete ein bahnbrechender Schöpfer akribisch an zukunftsweisenden Meisterwerken. „Wenn ich deine Seele kenne, male ich deine Augen“, soll sein Leitspruch gewesen sein.

● „Modigliani. Moderne Blicke“ läuft bis 18. August, geöffnet täglich außer dienstags von 10 bis 19 Uhr. Der Ausstellungskatalog (Prestel Verlag, München 2023, 256 Seiten) kostet im Museum 39,90 Euro und im Buchhandel 45 Euro [www.museum-barberini.de](http://www.museum-barberini.de)

### AUSSTELLUNG

## „Große Befähigung zur Bildnismalerei“

Das Frankfurter Museum ist in einer groß angelegten Schau voll des Lobes über die Königsberger Künstlerin Käthe Kollwitz

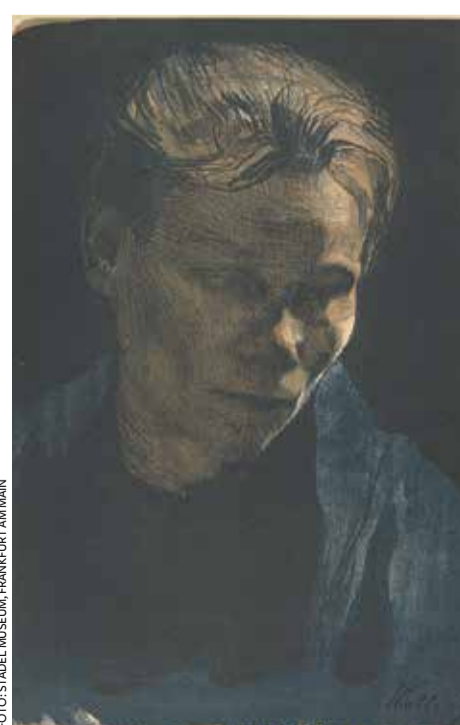
Ein wenig scheint es so, als vertraue das Frankfurter Städel-Museum selbst nicht der künstlerischen Wirkung von Käthe Kollwitz. An vielen Stellen schweben die Begleittexte der Bilder in Lob: „Überraschend distanzlos“ trete Kollwitz dem Betrachter in ihren frühen Selbstporträts gegenüber, heißt es (siehe auch PAZ vom 5. April). Die Selbstporträts „dokumentieren eindrücklich“ die künstlerische Vielfalt der ostpreussischen Künstlerin. Ein Selbstporträt von 1924 entfalte sogar eine „prägnante Wirkung“. Das zirka 1890 entstandene Porträt von Kollwitz' Cousine zeige die „große Befähigung der Künstlerin zur Bildnismalerei“.

Kollwitz sei eine „genaue Beobachterin“ und „sichere Zeichnerin“, heißt es an einer anderen Stelle. Menschen hätte sie in „ausdrucksintensiver Körpersprache“ wiedergegeben, Zeichnungen und Drucke von „höchst malerischer Qualität“ erzeugt.

Nun, wenn Kollwitz keine „sichere Zeichnerin“ gewesen wäre, die Qualität und Prägnanz in ihrer Kunst zu erzeugen in der Lage gewesen wäre, hätte sich das Städel ohnehin nicht für eine derartig große Schau in seinen Hallen entschieden. Zweifellos haben Kollwitz' Arbeiten Qualität. Qualität aber war ein Kennzeichen dieser ganzen Kunstepoche des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. So liefert die Schau auch einen Hinweis auf Max Klinger, dessen meisterhaftes graphisches Werk Kollwitz beeinflusst hat.

Käthe Kollwitz wurde 1867 in Königsberg geboren und starb 1945, kurz vor Kriegsende, in Moritzburg bei Dresden. Die Kindheit und Jugendjahre verlebte sie in Königsberg, wurde dort auch unterrichtet, bis sie mit ihrem Verlobten nach Berlin zog, um dort ihre künstlerische Karriere zu beginnen.

Die Frankfurter Ausstellung zeigt zahlreiche ihrer Zeichnungen zu den elen-



Vom Leben gezeichnet: Käthe Kollwitz' „Brustbild einer Arbeiterfrau“ (1903)

den Lebensverhältnissen von Arbeitern, Serien zum revolutionären Weber-Aufstand und zum Bauernkrieg sowie Propagandaplakate. Eine ganze Reihe von beeindruckenden Arbeiten widmet sich der innigen Mutterliebe. Sie zeigen eine Verschmelzung der Körper von Mutter und Kind, wie ein Schutzpanzer gegen die Bedrohung erscheinend.

Gleichwohl können die von Kollwitz gezeichneten tumben Physiognomien mit der stets ähnlichen Trauermiene irgendwann zu langweilen beginnen. Nur selten, wie bei der „Frau mit Orange“ (1901), wird das gedrückte Schema originell durchbrochen. Und wo kein Gott mehr aus der Depression errettete, da lag die Flucht in marxistische Heilsversprechen nahe, denen auch Kollwitz erlag und deren eigene Verbrechen sie nie kritisch aufarbeitete.

Kollwitz' Besonderheit lag indes nicht in ihrer propagandistischen Hinwendung

zum Marxismus. Das haben viele andere jener Zeit ebenso getan. Ein gewisses Alleinstellungsmerkmal lag vielmehr in ihrer Rolle als weibliche Künstlerin, die sich statt der Beschäftigung mit Stillleben oder Landschaftsmalerei fast ausschließlich der Darstellung von Leid und Elend verschrieben hat. Das machte sie für die politische Vereinnahmung nach 1945 im erschütterten Deutschland Ost wie West interessant. Politische Kunst konnte dabei auf das Charakteristikum der „Menschlichkeit“ reduziert und nutzbar gemacht werden. Die Ausstellung will zur Diskussion darüber anregen. Das ist lobenswert.

● Die Ausstellung „Kollwitz“ ist bis zum 9. Juni im Frankfurter Städel-Museum, Schaumainkai 63, zu sehen. Geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Eintritt 16 Euro. [www.staedelmuseum.de](http://www.staedelmuseum.de)

Claus-M. Wolfschlag

## 20-EURO-MÜNZE

Zur  
75. Berlinale im  
nächsten Jahr

Ähnlich wie die Bundesrepublik beziehungsweise deren Grundgesetz wurde auch die Berlinale von den Westalliierten initiiert. Im letztgenannten Falle war es der Filmoffizier bei der US-amerikanischen Militärregierung in West-Berlin Oscar Martay, der die Anregung gab. Unter dem Motto „Schaufenster der freien Welt“ wurde die erste Berlinale am 6. Juni 1951 mit Alfred Hitchcocks US-amerikanischem Psychothriller „Rebecca“ im Titania-Palast eröffnet. Die Berlinale wird erst 2026 75 Jahre alt, aber da bereits ein Jahr vorher die 75. stattfinden wird, hat die Bundesregierung beschlossen, bereits Anfang nächsten Jahres eine Jubiläumsmünze herauszugeben.

Die von der Künstlerin Anna Steinmann aus Berlin entworfene 20-Euro-Sammlermünze besteht aus Sterling Silber (Ag 925). Sie hat eine Masse von 18 Gramm, einen Durchmesser von 32,5 Millimeter und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt. Das Motiv auf der Bildseite ist teilkoloriert. Die Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden zum Nennwert in den Verkehr gebracht. Die Ausgabe der Münzen in der Sammlerqualität Spiegelglanz erfolgt zu einem über dem Nennwert liegenden Verkaufspreis.

Die Darstellung auf der Bildseite bietet einen Blick aus der Perspektive des Publikums in Richtung Leinwand. In einem vollbesetzten Kinosaal ist der Spot auf das Berlinale-Logo gerichtet. Der Bär und die 75 erstrahlen



Bildseite der Münze Foto: BVA

im Zentrum des Scheinwerferlichts. Der Schriftzug „Berlinale“ durchbricht den Lichtkegel und teilt das A in aufgesetzte und eingelegte Schrift.

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen



Wertseite der Münze Foto: BVA

„A“ der Staatlichen Münze Berlin, die Jahreszahl 2025 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „SILBER 925“ aufgeprägt.

Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „FESTIVAL IN BEWEGUNG • FESTIVAL IN BEWEGUNG“ PAZ



Am 26. November 1989 vor dem größten jemals in Auftrag gegebenen Gemälde der Kunstgeschichte, „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“: Werner Tübke Foto: pa/ADN

## WERNER TÜBKKE

Sein Bauernkriegspanorama in Bad  
Frankenhausen machte ihn populär

Die Kunstwelt in den neuen Bundesländern nimmt den 20. Todestag des Altmeisters der Leipziger Schule zum Anlass, sein imposantes Lebenswerk in fünf Sonderausstellungen zu präsentieren

VON MARTIN STOLZENAU

Wenn die Besucher des Panorama-Museums in Bad Frankenhausen die letzten Treppenstufen zum „Bildom der Superlative“ überwinden, verstummen fast automatisch alle Gespräche. Die Monumentalität des epochalen Panoramagemäldes mit 14 Metern Höhe und 123 Metern im Umfang erreicht buchstäblich jeden Betrachter. Diese „Sixtina des Nordens“ wurde zwischen 1976 und 1989 von Werner Tübke in Öl auf Leinwand geschaffen, macht die Umwälzungen durch Reformation und Bauernkrieg in Kirche und Gesellschaft sinnlich erlebbar und gehört mit über 3000 Einzelfiguren zu den größten Gemälden der jüngeren Kunstgeschichte. Das Monumentalgemälde verarbeitet in einer Wahlverwandtschaft zu Albrecht Dürer, Hieronymus Bosch, Pieter Bruegel und El Greco historisches Geschehen mit christlicher Ikonografie, spricht für sich und straft jene Kritiker Lügen, die Tübke als staatstragenden Maler der DDR abstempeln wollen. Es sichert ihm einen Platz in der internationalen Kunstgeschichte.

Nun nimmt die Kunstwelt in den neuen Bundesländern den 20. Todestag des Altmeisters der Leipziger Schule zum Anlass, um sein imposantes Lebenswerk zusätzlich zum Dauerangebot mit dem Monumentalgemälde im Panorama-Museum im Rahmen eines Tübke-Jahres in fünf Sonderausstellungen zu präsentieren. Bis zum 16. Juni sind im Leipziger Museum der Bildenden Künste die Italien-Ansichten des Meisters zu bewundern. Bis zum 28. Juli zeigt die Städtische Galerie ada in Meiningen 61 Lithografien, die parallel zum Panorama-Gemälde entstanden. Ab diesem Sonnabend bis zum 10. August sind in der Galerie Schwind im ehemaligen Wohnhaus von Tübke dessen interessante Strandbilder zu sehen. Ab dem

13. Juni bis zum 15. September zeigt das Theatrum Elisabethenburg in Meiningen als Premiere die Bühnenbilder und Kostümentwürfe, die der Künstler 1993 für die Bonner Operaufführung des „Freischütz“ schuf. Zum Finale präsentiert das Panorama-Museum dann vom 13. Juli bis 3. November unter dem Titel „Anfang und Ende“ aus dem eigenen Bestand 82 Arbeiten aus der langen Schaffenszeit Tübkes, die mehrheitlich zum ersten Mal in der Öffentlichkeit gezeigt werden.

## Exportschlager der DDR

Werner Tübke wurde am 30. Juli 1929 in der heute zum Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt gehörenden Stadt Schönebeck an der Elbe als Sohn bürgerlicher Eltern geboren. Er war ein verwöhntes Einzelkind. Schon früh offenbarte sich seine besondere zeichnerische Begabung. Nach einer Malerlehre und dem Besuch der Meisterschule nahm er in einer von Kriegstrümmern geprägten Zeit 1947 in Leipzig ein Studium an der Hochschule für Grafik und Buchkunst auf. Anschließend studierte er in Greifswald Kunstgeschichte, Kunsterziehung und Psychologie.

Er begriff als junger Mensch mit der Erfahrung des Krieges die Nachkriegszeit als Chance für die Zukunft. Tübke wurde nach dreimaliger Ablehnung wegen seiner bürgerlichen Herkunft Mitglied der SED. In der Folge war er Mitarbeiter des Zentralhauses für Volkskunst, ehe er 1963 an der Hochschule für Grafik und Buchkunst eine Lehrtätigkeit aufnahm und 1972 zum Professor und dann zum Rektor aufstieg.

Da hatte der gefragte Auftragskünstler, der aber immer seinen eigenen Stil durchsetzte, mit seiner Kunst bereits viel Lorbeer geerntet. Nach einem Italienaufenthalt 1971, dem weitere folgten, bekam er in Mailand als „ostdeutscher Maler“ seine erste Ausstellung in einem westlichen Land. Italien, das ihn inspirierte, wurde Ausgangs- und Bezugspunkt sei-

ner beispielhaften Karriere in der DDR. 1974 entstand auf einer weiteren Reise „Erinnerung an Sizilien“, „eine in ihrer Magie nicht mehr zu steigernde Allegorie von prekärer, ambivalenter Schönheit“, um es mit den Worten des Panorama-Museums zu sagen.

Über Italien gelangte Tübke zum Manierismus. Er stellte auf der Documenta aus und spaltete die Kritiker in Ost und West. Großenteils war man fasziniert von seiner stupenden Virtuosität und Altmeisterlichkeit, seinem rigorosen Zugriff auf die Historie wie den Stil- und Motivfundus der Kunstgeschichte, dem Verschlüsseln seiner Bildsprache sowie seiner bewussten Abkehr von der jeweils gängigen Kunstnorm. Im Unterschied zu ihm dominierten im Westen die Anbeter der Moderne und im Osten die orthodoxen Parteisolddaten. Trotzdem oder gerade deshalb entwickelte sich Tübke, der den sozialistischen Realismus ablehnte, zum Exportschlager der DDR. Dazu kam dann der größte Staatsauftrag der DDR.

## Projekt der Jahre 1976 bis 1987

Auf der Grundlage eines Politbürobeschlusses von 1973 schuf Tübke im neuen Panorama-Museum in Bad Frankenhausen sein Monumentalbild zum Bauernkrieg. Inmitten der endlosen Bilderfolge stürzt Ikarus wie ein gefallener Engel als Symbol der ikarischen Bauernerhebung auf Thomas Müntzer. Für die Entschlüsselung der vielen Bildsymbole erwartete der bibelfeste Malerfürst vom Besucher offenbar eine gewisse Bibelkundigkeit – oder aber einen erklärenden Audioguide, den das Museum inzwischen in einem Dutzend Sprachen anbietet. Für Tübke waren die Jahre der Arbeit am Bildom „Jahre der Qual“ und der Erfüllung. Er schuf wie ein Sklave, lebte wie ein Mönch und setzte zwischendurch gegen alle Widerstände seine manieristische Malauffassung durch. Am 14. September 1989, wenige Wochen vor der friedlichen

Revolution, kam es zur Einweihung. Seitdem entwickelte sich das Werk zum Besucher magneten. Nach 1989 lebte der Meister, der in den 90er Jahren noch den Fall der Berliner Mauer in seiner manieristischen Art ins Bild setzte und Altarbilder für Clausthal schuf, bis zu seinem Tod zurückgezogen in Leipzig.

Dort starb er vor 20 Jahren, am 27. Mai 2004. Seine letzte Ruhe fand der Künstler auf dem Leipziger Südfriedhof. Sein Lebenswerk stiftete er testamentarisch dem Germanischen Nationalmuseum. Tübke war dreimal verheiratet und erhielt zahlreiche Auszeichnungen. Seit 2006 widmet sich eine Tübke-Stiftung der Erbe-pflege. Mit seinem Panoramagemälde im Panorama-Museum schuf er sich sein eigenes Denkmal. Seine sonstigen Arbeiten befinden sich in vielen Museen in ganz Deutschland und im Ausland. Das reicht von Halle, Leipzig, Chemnitz, Berlin und Potsdam über Würzburg, Dresden, Köln und Wien bis St. Petersburg und Peking.

## ● Sonderveranstaltungen im Tübke-

**Jahr:** „Tübke und Italien“ im Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstraße 10, 04109 Leipzig, Telefon (0341) 216990, Fax (0341) 21699999, E-Mail: mdbk@leipzig.de. „Letzte Wahrnehmungen? Werner Tübke – Grafik“ in der Städtischen Galerie ada, Bernhardstraße 3, 98617 Meiningen. Sommerfest in der Galerie Schwind, Springerstraße 5, 04105 Leipzig, Telefon (0341) 2539880, E-Mail: galeschwind@freenet.de. „Welttheater Wolfsschlucht. Werner Tübkes Bühnenarbeiten für den „Freischütz“ im Schloss Elisabethenburg und dem Theatrum Meiningen, Kulturstiftung Meiningener Museen, Schlossplatz 1, 98617 Meiningen, Telefon (03693) 881010, E-Mail: kontakt@meiningermuseen.de. „Anfang und Ende“ im Panorama Museum, Am Schlachtberg 9, 06567 Bad Frankenhausen, Telefon (034671) 6190, Fax (034671) 62050, E-Mail: info@panorama-museum.de

## PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGSORGANISATION

## Eine Gründung im Auftrag Gamal Abdel Nassers

Im Geiste des weltlichen Panarabismus gründete Ahmad al-Shukeiri vor 60 Jahren in Ost-Jerusalem die PLO

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser gehörte zu den Leitfiguren des arabischen Nationalismus und verfolgte die Vision von einer geeinten arabischen Nation vom Atlantik bis zum Persischen Golf. Um deren Umsetzung voranzutreiben, initiierte er im Januar 1964 eine Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Kairo, in deren Verlauf sein enger Vertrauter Ahmad al-Shukeiri den Auftrag erhielt, eine politische Dachorganisation für alle Palästinenser namens Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu schaffen.

Deren offizielle Gründung erfolgte bald darauf während der konstituierenden Sitzung des als Exilparlament fungierenden Palästinensischen Nationalrates (PNC) im damals noch jordanisch kontrollierten Ost-Jerusalem, die vom 28. Mai bis zum 1. Juni 1964 dauerte. Vorsitzender des Nationalrates und der Befreiungsorganisation wurde al-Shukeiri.

Auf der Sitzung sagte er zu den 422 Delegierten aus Jordanien, Syrien, dem Libanon, dem Gazastreifen, Ägypten, Katar, Libyen, Kuwait und dem Irak, es sei nun „an der Zeit ... Palästina von den Juden zu befreien“. Später wurde er im Interview mit der libanesischen Zeitung „Al-Yawm“ noch deutlicher: Wer von den Juden „auch immer überlebt, kann in Palästina bleiben, aber meiner Meinung nach wird niemand am Leben bleiben“. Ähnlich klar sind die Aussagen in der auch PLO-Charta genannten Palästinensischen Nationalcharta, die von al-Shukeiri verfasst und vom Nationalrat bei seinem Gründungstreffen beschlossen worden ist: Der PLO obliege der „bewaffnete Kampf“ gegen den „völlig illegalen“ Staat Israel, dessen Endziel darin bestehe, „den Zionismus in Palästina auszutilgen“.

**Radikalisierung des Widerstands**

Allerdings kam dieser Kampf nicht so in Gang wie erhofft. Vielmehr erlitten die arabischen Unterstützer der PLO im Sechstagekrieg vom 5. bis 10. Juni 1967 eine vernichtende Niederlage. Daraus resultierte das dreifache „Nein“ der Arabischen Liga auf ihrer Gipfelkonferenz am



Gründer und erster Vorsitzender der PLO: Ahmad al-Shukeiri

Foto: Mauritius/Zuma Press/Inc./Alamy

29. August und 1. September 1967 in Khartum: „Nein zum Frieden mit Israel! Nein zur Anerkennung Israels! Nein zu Verhandlungen mit Israel!“

Da das Renommee von al-Shukeiris Schirmherr Nasser seit dem Sechstagekrieg angeschlagen war und er sich mit den anderen arabischen Führern zerstritten hatte, musste der erste PLO-Vorsitzende im Dezember 1967 seinen Rücktritt einreichen. Sein Nachfolger wurde der Anwalt Yahya Hammouda. Der plädierte für Mäßigung im Umgang mit Israel, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

Denn nun trat die Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas (Fatah) auf den Plan. Sie lieferte sich im März 1968 eine regelrechte Schlacht mit israeli-

schen Streitkräften und gewann dadurch erheblich an Popularität. Das führte dazu, dass ihr Mitgründer und Anführer Jassir Arafat am 4. Februar 1969 neuer Vorsitzender der PLO wurde. Fast ein Vierteljahrhundert lang prägte er die Politik der Organisation.

Unter Arafat verfolgte die PLO das Ziel der Errichtung eines säkularen Staates Palästina in den Grenzen des alten britischen Mandatsgebietes von 1920, zu dem auch Jordanien gehörte. Da sie dabei unverhüllt auf Gewalt setzte, schlossen sich ihr bald zahlreiche andere weltliche militante palästinensische Untergrundgruppen wie die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) an.

Die Radikalisierung der PLO führte zu innerarabischen Konflikten. Im Sep-

tember 1970 wurde sie nach einem Attentat auf König Hussein I. aus Jordanien vertrieben, und im Libanon machte sich die PLO später ebenso verhasst wie in Syrien. So bezeichnete der syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlas Arafat als „Sohn von 60.000 Huren“.

**Islamisierung des Widerstands**

Ungeachtet all dessen und trotz ihrer zahlreichen Anschläge gegen Israel und die westlichen Unterstützer des jüdischen Staates wurde die PLO 1974 von der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen als „einzig rechtmäßiger“ beziehungsweise faktischer Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt. Daraus resultierte auch eine weitere Alimientierung der Organisation durch die

arabischen Staaten. Parallel hierzu finanzierte sich die PLO aus illegalen Geschäften und häufte bis 1993 ein Vermögen von bis zu zehn Milliarden US-Dollar an.

Zu diesem Zeitpunkt war ihr Stern indes schon im Sinken begriffen. Der Abstieg begann während der Ersten Intifada von 1987 bis 1993. Während die PLO zum Ende des bürgerkriegsähnlichen Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern den Ausgleich mit Israel suchte und im Gegenzug Zugeständnisse im Hinblick auf die palästinensische Autonomie im Westjordanland sowie dem Gazastreifen erhielt, lehnten Gruppierungen wie die nach dem Beginn der Ersten Intifada als Zweig der Muslimbruderschaft in Gaza gegründete Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) konsequent jeglichen Ausgleich ab, was ihnen wachsende Popularität verschaffte.

Der Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000 nach dem Scheitern weiterer Friedensverhandlungen zwischen der PLO und Israel bewirkte eine zusätzliche Erschütterung der Machtposition der PLO zugunsten radikalerer Palästinenserorganisationen. Geschwächt wurde die PLO auch durch den Tod ihres einflussreichen Vorsitzenden Arafat am 11. November 2004.

Arafats Nachfolger als PLO-Vorsitzender und Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) wurde Mahmud Abbas, der seit 2008 zudem Präsident des von vielen westlichen Staaten und Israel nicht anerkannten Staates Palästina ist. In die beiden letztgenannten Ämter gelangte Abbas durch seinen überragenden Sieg bei den Wahlen vom 9. Januar 2005 beziehungsweise die Ernennung durch den Palästinensischen Nationalrat, mittlerweile das oberste legislative Organ der PLO, am 23. November 2008.

Mittlerweile agiert Abbas jedoch wie ein Autokrat. In Ermangelung eines funktionierenden Parlaments erlässt er selbst Gesetze und verschiebt seit 2012 sämtliche Wahlen auf unbestimmte Zeit. Das wiederum bewog die Hamas zu der Behauptung, die PLO sei nicht mehr legitimiert, das palästinensische Volk zu vertreten, woraufhin diese konterte, die Hamas habe durch ihr „Abenteuer vom 7. Oktober 2023“ die „Rückkehr der israelischen Besatzung in Gaza verursacht“.

## HORST FRANK

## „... mordet für Deutschland“

Mörder und Verbrecher vom Dienst des deutschen Nachkriegsfilms – Der Schauspieler starb vor 25 Jahren in Heidelberg

In Anspielung auf den Titel des Sportlerdramas „... reitet für Deutschland“ mit seinem Schauspielerkollegen Willy Birgel hat Horst Frank sich scherzhaft mit „... mordet für Deutschland“ vorgestellt. In der Tat verkörperte kaum ein deutscher Nachkriegsschauspieler so schön Mörder und fiese Verbrecher wie er.

Vor 95 Jahren, am 28. Mai 1929, kam Horst Bernhard Wilhelm Frank in Lübeck als zur Welt. Dem Besuch der Mittelschule folgte eine Lehre als Im- und Exportkaufmann, doch musste der Kaufmannsohn diese wegen des Militärdienstes zum Ende des Weltkriegs abbrechen.

Nach dem Krieg finanzierte er sich als Nachwächter, Babysitter, Verkäufer und Schaufensterdekorateur sowie mit anderen Gelegenheitsarbeiten eine Schauspielausbildung an der Hochschule für Musik und Theater in Hamburg. Die Abschlussprüfung bestand er

nicht. Ein Grund war laut seiner eigenen Aussage ausgerechnet sein wundervoll warmes Organ, das er später noch für Hörspiele und selbstgetexteten Sprechgesang nutzte.

Trotz des fehlenden Abschlusses bekam Frank 1950 ein erstes Engagement in seiner Geburtsstadt Lübeck. Es folgten Verpflichtungen in Bonn, Basel, Baden-Baden und Wuppertal. In Baden-Baden kam Frank auch mit dem Fernsehen in Form des Südwestfunks in Berührung. Die erste Fernsehrolle hatte er in „Die Geschichte vom Soldaten“ aus dem Jahr 1955. Zu Theater und Fernsehen kam noch im selben Jahrzehnt das Kino. Frank formulierte es wie folgt: „In meinem ersten Film wurde ich getötet, dann habe ich mich selber umgebracht, im dritten hab' ich dann schon getötet, dann hatte ich viele, viele Jahre meine Leute, die es für mich taten ...“



Horst Frank Foto: imago/Teutopress

So kann man es auch formulieren. In seinem ersten Spielfilm „Der Stern von Afrika“ von 1957 gehörte er als Albin Drost zu den Fliegerkameraden der von Joachim Hansen dargestellten Titelfigur Jochen Marseilles, die wie dieser selbst im Zweiten Weltkrieg fielen. Im zweiten Film, der Romanverfilmung „Haie und kleine Fische“ von 1957, spielt er einen Freund der Hauptfigur, der Selbstmord begeht, als er vom Tod seines jüdischstämmigen Vaters, eines Regimekritikers, im KZ Bergen-Belsen erfährt. Er spricht zu der von Hansjörg Felmy gespielten Hauptfigur den Satz, der dem Film seinen Titel gab: „Wir beide, wir sind ganz kleine Fische und wir werden alle, der eine früher, der andere später, von den Haien gefressen werden, jenen Herren, die einem Riesenhai gehorchen, der nur vom Töten lebt.“ Im dritten Film, dem Krimi „Der Greifer“ von 1958, ist er dann erstmals der vom Ermittler gejagte

Mörder. Es folgten Hunderte von Fernseh- und Spielfilmauftritten, in denen Frank in der Regel entweder selbst mordete oder als schmieriger, kaltblütiger Gangsterboss morden ließ.

Zehn Jahre vor seinem Tod äußerte Frank in einer Fernsehdiskussion den Wunsch, „dass dann, wenn es soweit ist, dass es bitte dann auch sehr schnell geht“. Ein Jahr vor seinem Tod erschien mit „Die Menschen sind kalt“ der letzte Spielfilm mit ihm. Einen Monat vor seinem Tod hatte mit „Rasputin“, der 210. Folge von „Polizeiruf 110“, die letzte Fernsehproduktion mit ihm Premiere. Auch Theater spielte er bis zuletzt. Er war gerade dabei, sich in Heidelberg von einer strapaziösen Tournee zu erholen, als er am 25. Mai 1999 mit Herzversagen zusammenbrach. Er wurde reanimiert und auf die neurologische Intensivstation der Uniklinik verlegt. Dort starb er gegen 21 Uhr. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Steuern, das heißt Zwangsabgaben an den Staat oder einen Herrscher ohne Anspruch auf Gegenleistungen, wurden schon im 3. Jahrtausend v. Chr. erhoben. Damals kassierten die Pharaonen erstmals Ernte Steuern und Nilzölle. Parallel dazu waren in den mesopotamischen Stadtstaaten Abgaben auf Erträge aus Viehhaltung und Fischfang üblich. Später kam es dann auch zur Einführung sehr merkwürdiger oder exzessiver Steuern.

So verfiel der zehnte Herrscher der chinesischen Zhou-Dynastie namens Li Wang auf die Idee, das Trinken von Wasser zu besteuern. Das führte allerdings 842 v. Chr. zu seinem Sturz. Etwas vorsichtiger agierte der Begründer der Han-Dynastie, Gaozu, der ab 206 v. Chr. eine Extrasteuer von unverheirateten Frauen im Alter von 15 bis 30 Jahren verlangte. Während der Zeit zwischen 1644 bis 1912, als China unter der Kontrolle der Qing-Dynastie stand, herrschte zudem Steuerpflicht für die Besitzer von Schuhen, wobei am Ende freilich auch die Barfüßigen ihren Obolus entrichten mussten. Und in der Frühzeit der Republik China nahmen manche Warlords Geld von Menschen, die einfach bloß in der Sonne sitzen wollten.

Als Kuriosum gilt darüber hinaus die Bruststeuer im indischen Fürstentum Travancore, welche erst 1924 abgeschafft wurde: Frauen der niederen Kasten durften ihre Brüste nur verhüllen, wenn sie dafür zahlten. Wobei sich die Höhe der Steuer nach der Größe des Busens richtete. Im Japan des 17. Jahrhunderts erhob der fünfte Shogun der Tokugawa-Dynastie dahingegen eine Zwangsabgabe zugunsten herrenloser Hunde, weil er glaubte, selbst Wiedergeburt eines Hundes zu sein. Mit dem eingenommenen Geld finanzierte der „Hundeshogun“ Tsunayoshi die luxuriöse Unterbringung und Beköstigung der Streuner.

In Europa waren die Zustände oft ähnlich bizarr. Vor der Hundesteuer, die britische Hundebesitzer ab 1796 an den Staat abführen mussten, gab es in England schon eine sogenannte Schildsteuer, die von denjenigen Vasallen zu entrichten war, welche keine Ambitionen hatten, an den militärischen Abenteuern ihrer Lehnsherren teilzunehmen. Als Erfinder dieser Steuer gilt König Heinrich I., der den Thron im Jahre 1100 bestieg.

Später erhob die Kolonialmacht Großbritannien eine ganze Reihe von Steuern in ihren überseeischen Herrschaftsgebieten, wobei diese Abgaben oft wie ein Katalysator wirkten, der die Dekolonisierung beschleunigte. So war es beispielsweise bei der Salzsteuer in Britisch-Indien, die zu Preisaufschlägen beim Verkauf des Salzes an die Endverbraucher um bis zu 4000 Prozent führte. Als Mahatma Gandhi im April 1930 eine groß angelegte Kampagne gegen die Salzsteuer entfachte, markierte dies den Anfang vom Ende des britischen Kolonialismus in Indien.

#### Eine Abgabe, die krank machte

Eine weitere menschenverachtende Steuer wurde zwischen 1885 und 1923 in der nunmehr eigenständigen früheren britischen Kolonie Kanada eingetrieben. Dabei handelte es sich um eine Kopfsteuer, welche ausschließlich von chinesischen Einwanderern zu entrichten war. Ihre Höhe lag 1903 bereits bei 500 Dollar, also dem doppelten Jahreseinkommen normaler Arbeiter.

Zu den weiteren steuerlichen Übeln in Großbritannien zählten die ab 1712 obligatorische Steuer auf Zeitungen und ähnliche Publikationen sowie die von 1696 bis 1851 erhobene Fenstersteuer. Letztere führte zu erbärmlichen hygienischen Verhältnissen, weil die Häuser der Armen immer weniger Fenster erhielten. Dennoch machte dieses unselige Beispiel Schule. So verlangten auch die französischen Besatzer in den Niederlanden seit 1796 Steuern auf Türen und Fenster, was



Seit Jahrtausenden zur Kasse gebeten: „Der arme Steuerbürger“, Skulptur vor dem Finanzamt im niedersächsischen Quakenbrück

Foto: imago/Werner Otto

#### FISKUS

## Von der grenzenlosen Kreativität des Steuerstaats

Abgaben auf Busen, Fenster, Schuhe oder Blaubeeren: Seit Jahrtausenden blüht der Einfallsreichtum der Herrschenden, wie sie ihren Bürgern und Untertanen in die Tasche greifen können

ebenfalls eine Bauweise zur Folge hatte, welche der Volksgesundheit schadete.

Apropos Holland: Hier wurde zwischen 1753 und 1927 bei vier Gelegenheiten eine Steuer auf Spielkarten eingeführt und später wieder abgeschafft. Dazu kam von 1795 bis 1813 die Besteuerung von Perückenpulver: Für eine Jahreslizenz zur Verwendung des Konservierungsmittels musste der modebewusste Bürger seinerzeit einen Golddukaten berappen.

#### Paradebeispiel Schaumweinsteuer

Auch im 20. Jahrhundert ging das phantasievolle Melken des Steuerzahlers munter weiter. Den Anfang machte Frankreich mit einer Klaviersteuer in Höhe von zehn Francs pro Instrument, die immerhin fünf Millionen Francs pro Jahr in die Staatskasse spülte. Darüber sehr erfreut legte die Regierung in Paris 1910 mit einer Spielautomatensteuer nach, die schließlich auch für Billardische, Dartscheiben und Musikanlagen in Hotels oder Restaurants erhoben und erst 2015 abgeschafft wurde. Ebenso wollte der französische Fiskus von der Vorliebe des Publikums für Erotikstreifen à la „Emanuelle“ profitieren und kassierte daher von 1974 bis 2021 Steuern von den Konsumenten von Kinofilmen „für Erwachsene“.

In Österreich wiederum wurden Steuern auf Hausangestellte sowie den Besuch von Weinstuben und Kabarettveranstaltungen fällig, während in Italien ständige Aufschläge auf den Benzinpreis dominierten. Diese dienten beispielsweise der Finanzierung des Krieges in Äthiopien 1935/36, der Bewältigung der Folgen der Suezkanal-Krise 1956, der Absicherung der italienischen Beteiligung an den UN-Missionen im Libanon und in Bosnien ab 1978 beziehungsweise 1992 sowie dem Wiederaufbau nach Naturkatastro-

phen wie Überschwemmungen und Erdbeben.

Heute sieht die Steuerwelt auch nicht viel besser aus, wobei manche der Abgaben aus politischen Entscheidungen resultieren, an die sich kaum noch jemand erinnern kann. Ein typisches Exempel hierfür ist die deutsche Schaumweinsteuer. Deren Einführung erfolgte im Jahr 1902 zu dem erklärten Zweck, einen Beitrag zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte zu leisten. Diese existiert zwar bereits seit 1919 nicht mehr, aber die Sektellereien zahlen immer noch 1,02 Euro pro Flasche in die Bundeskasse, wodurch im Jahr rund 400 Millionen Euro zusammenkommen. Noch älter ist die seit dem 19. Jahrhundert erhobene Tanzsteuer, wobei die Einnahmen hier den Kommunen zugutekommen.

In anderen Ländern ist der Staat ebenfalls sehr einfallsreich, wenn es darum geht, die leeren öffentlichen Kassen zu füllen. Besonders gilt das für Italien, wo die Bürger aktuell auch eine Steuer in Höhe von einem Euro pro 5000 Kilowattstunden entrichten müssen, um Phantomkraftwerke zu finanzieren.

#### Für Kraftwerke, die es gar nicht gibt

Ursprünglich sollte mit dem Geld ein Fonds zur Entschädigung von Gemeinden gespeist werden, welche sich bereit erklärt hatten, neue Atomkraftwerke in ihrer Umgebung zu dulden. Allerdings stimmten die Italiener 1987 in einem nationalen Referendum gegen den Bau solcher Anlagen. Des Weiteren müssen in Italien die Betreiber von Lokalen eine Steuer entrichten, wenn ihre Sonnenschirme im Außenbereich den öffentlichen Raum „verdunkeln“.

Im US-Bundesstaat Pennsylvania wiederum gibt es eine Luftsteuer – glücklicherweise (noch) nicht fürs Atmen, son-

dern für das Aufpumpen von Autoreifen an Selbstbedienungsstationen. Darüber hinaus erhebt der Bundesstaat Maryland eine Spülkastensteuer für die Nutzung der Abwassersysteme. Und in Maine, wo 90 Prozent aller Blaubeeren in den USA geerntet werden, profitiert der Staat davon, indem er seit 1997 eine Blaubeersteuer in Höhe von 75 Cent pro Pfund kassiert.

#### „Freiwilligkeit“ auf nordkoreanisch

Manche der in jüngster Zeit neu eingeführten Steuern dienen freilich weniger der Füllung des Staatsäckels als der Um-erziehung und Verhaltensbeeinflussung im angeblichen Dienst der Umwelt oder der Gesundheit der Bürger. Derartige Steuern sind unter anderem die 2009 im US-Bundesstaat Illinois eingeführte Abgabe auf Süßigkeiten, welche kein Mehl enthalten, die seit 2017 übliche Cola-Steuer in der spanischen Region Katalonien sowie die Fettsteuer in Höhe von 14,5 Prozent, die seit 2017 in Indien mit dem erklärten Ziel erhoben wird, den Konsum von Fast Food zu verteuern und damit zu reduzieren.

Umweltsteuern treffen dagegen momentan vor allem die Produzenten von Abfall oder Verursacher von Verschmutzungen, wie beispielsweise jene Personen, die ihren Kaugummi auf die Straße spucken und dafür in Südkorea pauschal mit 1,8 Prozent des Kaufpreises zur Kasse gebeten werden.

Die Regierung in Seoul ist überhaupt recht findig, wenn es darum geht, neue Steuern festzusetzen, die in Treuhandfonds für „gesellschaftlich nützliche Initiativen“ fließen. Südkoreanische Kinobesucher müssen seit 2003 Aufschläge auf die Eintrittskarten in Höhe von drei Prozent hinnehmen, und Golfspieler, Reitsportler und Skifahrer trifft es ebenfalls. So wird jedes Mal eine Verbrauchssteuer

von umgerechnet rund acht Euro fällig, wenn ein Golfer den Platz verlässt. Und neuerdings diskutiert man in Südkorea sogar über die Einführung einer Robotersteuer, um die Verdrängung menschlicher Arbeitskräfte einzudämmen und das Rentensystem zu sanieren.

Angesichts all dessen könnte der geplante Südkoreaner geneigt sein, einen neidvollen Blick ins benachbarte Nordkorea zu richten. Denn dieses Land verlangt als einziges auf der Welt keine Steuern von seinen Bürgern, seit die Oberste Volksversammlung der Demokratischen Volksrepublik Korea am 1. April 1974 ein Gesetz zur Abschaffung dieses angeblichen Überbleibels der kapitalistischen Klassengesellschaft verabschiedet hat. Allerdings gibt es dabei – wie fast immer im Leben, wenn etwas zu schön klingt – einen Haken: „Freiwillige“ Geld- und Sachspenden für gesellschaftlich wichtige Vorhaben sind im Reich von Kim Jong-un immer gern gesehen beziehungsweise gar erwünscht.

#### 20 Euro fürs Grillen?

Ansonsten steht zu erwarten, dass die übrigen Staaten zukünftig vor allem den Kampf gegen den angeblich menschengemachten Klimawandel zum Vorwand nehmen, um ihren Bürgern noch mehr Geld abzupressen. Ein diesbezüglicher Versuch in der belgischen Region Wallonien scheiterte indes vor einigen Jahren. Damals war geplant, für jeden privaten Grillabend eine Klimaschutzabgabe von 20 Euro zu erheben. Schließlich setzten sich jedoch die Kritiker des Vorhabens durch, wobei deren Begründung lautete, die Überwachung der Grillensaison mittels Drohnen sei einfach zu aufwendig. Aber sicher kommt die Grillsteuer demnächst bald wieder in irgendeinem „fortschrittlichen“ EU-Land aufs Tapet.

SCHÖNBERG

## Rettung der Ordensburg schreitet voran

Ein Ort für Kultur und Geschichte – Privatinvestor und Stiftung ziehen an einem Strang

VON DAWID KAZANSKI

**D**utzende von Schlössern, Gutshäusern und Festungen auf dem Gebiet Ostpreußens verfallen vor den Augen der Öffentlichkeit. Der Grund dafür sind entweder Investorenmangel oder falsche Handlungen der verantwortungslosen Privatunternehmer, in deren Hände das jeweilige Baudenkmal einmal überging. Das Schicksal vieler verfallener historischer Gebäude hätte auch die Burg in Schönberg bei Deutsch Eylau teilen können.

Zum Glück kam es jedoch anders, und nach ein paar Jahren bürokratischer Hürden, die überwunden werden mussten, haben die ersten wahrnehmbaren Restaurierungsarbeiten begonnen. Grzegorz Słyszcz, Vorsitzender des in Warschau ansässigen Unternehmens IBC Investments, hatte im Jahr 2018, als er bei der Versteigerung der historischen Ruinen der Burg Schönberg den Zuschlag erhalten hatte, mitgeteilt, dass er hier nicht nur Ausstellungsräume, sondern auch ein internationales Konferenzzentrum errichten wolle. Längerfristig ist auch die Errichtung eines Hotels geplant, das mit einem Museum kombiniert werden soll.

### Aus Dornröschenschlaf erwacht

Die Pläne für den Wiederaufbau der Burg sollen ihre Umgebung einbeziehen. Zweifellos wird die vollständige Restaurierung des Bauwerks zahlreiche denkmalpflegerische Genehmigungen und finanzielle Aufwendungen in dreistelliger Millionenhöhe erfordern, aber die ersten Restaurierungsarbeiten sind bereits im Gange. Die Arkadenbrücke, die ein Schlüsselobjekt für die weitere Nutzung des Innenhofs für Tagungen oder Veranstaltungen ist, wurde wiederhergestellt.



Aktueller Zustand der Burg: Ein Teil wurde bereits wiederhergestellt

Foto: D.K.

Da das Gebäude als mittelalterliches gotisches Baudenkmal gilt, kann mit staatlichen Mitteln gerechnet werden, wie auch die Wiederherstellung des Eingangstores zeigt.

Sowohl das Unternehmen, das derzeit Eigentümer der Burg ist, als auch die Stiftung Burg Schönberg, die unter anderem Aktivitäten zur Errichtung eines historisch-kulturellen, pädagogischen, wirtschaftlichen und touristischen Zentrums auf dem Schlossgelände unterstützen will, sind noch auf der Suche nach externen Mitteln und Finanzierungsmöglichkeiten für die nächsten Etappen des Wiederaufbaus des mächtigen Baudenkmals.

Die Burg kann auf eine lange und ereignisreiche Geschichte zurückblicken. Sie wurde im 14. Jahrhundert als Ordensburg des Deutschen Ordens errichtet. Ihre Besitzer wechselten häufig. Mal gehörte das gotische Bauwerk dem polnischen König, ein anderes Mal fiel es in die Hände des Bischofs von Pomesanien, später ging sie in den Besitz des Bischofs des Samlandes über. Im 17. Jahrhundert erwarb die ostpreußische Adelsfamilie Finck von Finckenstein die Burg, welche sie samt Gut bis 1945 innehatte. Am Ende des Zweiten Weltkriegs richtete die Rote Armee in der Ordensburg einen Militärstützpunkt ein. Bei ihrem Abzug brannten

die Russen den Bau vollständig nieder. Die erhaltenen Ruinen überdauerten bis in die Gegenwart.

### Energie und Geduld vonnöten

Zwar blicken die Liebhaber der gotischen Architektur optimistisch in die Zukunft und träumen davon, dass der Burg nach Jahrzehnten der Verwahrlosung ihre Pracht zurückgegeben wird, aber viele sind sich auch dessen bewusst, dass dieses Vorhaben eine schwierige finanzielle Herausforderung ist. Słyszcz und die Stiftung Burg Schönberg müssen dem Bauvorhaben noch viel Energie und Geduld widmen.

● MELDUNGEN

## Ein Bagger unter Wasser

**Lötzen** – Die Wasserwacht MOPR bei Lötzen sah sich vor Kurzem mit einer komplizierten Bergung konfrontiert. Wie lässt sich ein Bagger aus dem Löwentinkanal herausholen? Der Kanal verbindet den Löwentinsee mit dem Taitasee. An seiner Mündung in den Löwentinsee laufen derzeit Arbeiten zur Vertiefung der Fahrrinne. Der Bagger war auf einer schwimmenden Plattform befestigt, rutschte aber vermutlich wegen hoher Wellen auf dem See und Wind in Windstärke vier ins Wasser und versank etwa zur Hälfte. Eine Gefährdung von Mensch und Umwelt konnte die MOPR ausschließen. Aus dem Bagger traten keine Flüssigkeiten aus, und da keine Segler unterwegs waren, musste der Unfallort auch nicht besonders gesichert werden. Inzwischen befindet sich das Fahrzeug wieder auf dem Trockenen. U.H.

## Alarm wegen blauen Wassers

**Soldau** – Beunruhigte Bürger meldeten Behörden in Soldau azurfarbendes Wasser in einem Abschnitt des Mühlkanals. Die Stadtverwaltung informierte über die Gefährdung eines Rückhaltebeckens und eines Fischbestands von 20.000 Tieren. Die Fachleute von der sanitär-epidemiologischen Station in Soldau konnten eine Gefährdung des Grund- und Trinkwassers ausschließen. Nach den Analysen des Umweltschutzamtes der Woiwodschaft handelt es sich bei der Substanz um eine chemische Verbindung mit Kupfer und Nitriten. Die polizeilichen Untersuchungen zum Urheber der Verunreinigung laufen. U.H.

ALLENSTEIN

## Was wäre gewesen, wenn ... die Poststraße in Allenstein

„Befreiung“ 1945 oder Aufstand 1863? Ein umstrittener Straßenname erhielt eine neue Deutung

Es war das erste Exponat des Monats des Museums der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein im Jahr 2024. Im Saal des früheren Trolleybusdepots hatte sich Rafał Bętkowski vom Museum zum Jahrestag des Einmarsches der Roten Armee in Allenstein 1945 das Straßenschild der Straße des 22. Januar (ulica 22 stycznia) vorgenommen. Die Problematik hinter dem Namen wird aber auch den neuen Stadtpräsidenten beschäftigen.

Zwei Dinge machten das Exponat des Monats Januar besonders. Zum einen hat das Schild noch nicht den Weg ins Museum der Moderne gefunden, obwohl die Straße Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden ist, im Zeitraum der rasanten Entwicklung Allensteins also, mit dem sich das Museum befasst. Zum anderen ist verwunderlich, dass das Straßenschild angesichts der massiven Entstalinisierung des öffentlichen Raumes in den letzten Jahren noch am Gebäude des Postamtes Nr. 2 an der Wilhelmstraße [ulica Pieniężnego] hängt.

Der Entfernung aus dem Stadtbild entging der Name der kurzen Straße dadurch, dass dieser offiziell nicht mehr an die „Befreiung“ der Stadt durch die Rote Armee erinnert, sondern an den Tag des Aus-

bruchs des Januar-Aufstands 1863 gegen das zaristische Russland während der polnischen Teilungen. Interessant dabei ist, dass nicht erst der derzeitige Stadtrat dies so gedeutet hat. Bereits am 22. Januar 1946, dem ersten Jahrestag der Einnahme Allensteins und Tag der feierlichen Umbenennung der Straße, erwähnte der damalige Stadtpräsident Tadeusz Pałucki neben der „Rückkehr der Stadt zum Vaterland“ auch dieses anti-russische Ereignis, wie die loka-

len „Masurischen Nachrichten“ („Wiadomości Mazurskie“) berichteten.

### Wichtige Verkehrsachse ...

Bętkowski erinnerte an die Anfänge und die Rolle der kurzen, aber wichtigen Straße. 1896 wurden die Wirtschaftsgebäude entlang der damaligen Wilhelmstraße abgerissen und die dazu gehörenden Grundstücke verkauft. Schon damals war klar, dass neben dem Gebäude der Post eine

Straße nach Osten gebaut werden sollte. Konzipiert hat sie von 1906 bis 1907 der Stadtplaner von Allenstein, Theodor Goecke, konkretisiert wurde das Projekt 1911 und dann nach 1918 umgesetzt. Die Poststraße, so ihr erster Name, sollte die Fabrikstraße kreuzen und gegenüber der Einmündung der Kopernikusstraße auf die Kleebergerstraße [aleja Pilsudskiego] stoßen.

Wie auf Luftbildern aus jener Zeit gut zu erkennen ist, mussten für den Bau der Straße Dämme aufgeschüttet werden. Die spätere Treudank-Straße – wegen der vielen Stimmen für Deutschland bei der Volksabstimmung 1920 – wurde 1939 aufgewertet, als dort Trolleybusse der Linie 1 fuhren. Geplant war sie als Teil der Umgehung der Altstadt als Verbindungsstraße zwischen dem Osten der Stadt und dem Bahnhof Allenstein West.

### ... und Zufahrt zum Einkaufszentrum

Es gibt sogar Unterlagen zu einer futuristischen Stadtplanung aus den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, die die Idee aufgreift. Die Siegesallee [aleja Pilsudskiego] war als Fußgängerzone gedacht, der Verkehr sollte durch die ulica pocztowa

(Poststraße, ab 1945) beziehungsweise ulica 22 stycznia (Straße des 22. Januar, ab 1946) und am Hohen Tor vorbeigeleitet werden. Verwirklicht wurde diese Idee nie. Lediglich die Trolleybusse der Linie 4 fuhren ab Januar 1947 bis in die 1950er Jahre durch die Straße. Dann wurde die Straße durch die Aufschüttungen des Geländes für das Denkmal der Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee abgeschnitten, das am 22. Januar 1954 eingeweiht wurde. Heute steht es in der Kritik und soll abgerissen werden. Eine Aufgabe, die das neue Stadtoberhaupt von Beginn seiner Amtszeit an begleiten wird.

Erst zehn Jahre später, Mitte der 60er Jahre, wurde aus der ulica 22 stycznia wieder eine durchgängige Straße, als hinter dem Denkmal Ordnung geschaffen wurde. Bis Anfang des 21. Jahrhunderts führte sie durch den Park westlich der Siegesallee, und man konnte von der Bushaltestelle am Gericht aus über sie hinweg die Sonnenuntergänge bewundern. Dann entstand ein Einkaufszentrum mit Kinokomplex, und die Aussicht verschwand. Die Straße führt heute vor allem ins Parkhaus, der Hauptverkehr spielt sich auf der Siegesallee ab. Uwe Hahnkamp



Im ehemaligen Straßenbahndepot: Rafał Bętkowski beim Vortrag

Foto: U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

**Borowski, Edith**, geb. **Pauliks**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai  
**Stimmel, Renate**, geb. **Burghardt**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 29. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

**Köring, Elisabeth**, geb. **Romoth**, aus Treuburg, am 27. Mai  
**Schubert, Gertrud**, aus Lyck, am 25. Mai  
**Stabbert, Erna**, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 28. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

**Hebel, Herta**, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 24. Mai  
**Sehnowitz, Dora**, geb. **Priebe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Mai  
**Zimpel, Erika**, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

**Gentek, Anneliese**, geb. **Jakob**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. Mai  
**Kremp, Helmut**, aus Stehlauf, Kreis Ebenrode, am 30. Mai  
**Priebe, Gerda**, geb. **Sych**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 27. Mai  
**Trinker, Paul**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

**Köpernik, Eva**, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai  
**Plügge, Heinz**, aus Goythenen, Kreis Fischhausen, am 24. Mai  
**Render, Irmgard**, geb. **Rast**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai  
**Thurau, Ursula**, geb. **Kirsch**, aus Freiwalde, Kreis Mohrunen, am 29. Mai

**Toffel, Gerhard**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

**Dombrowski, Irma**, geb. **Sczech**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 26. Mai  
**Knoll, Edith**, geb. **Krause**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Mai  
**Lemke, Kurt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Mai  
**Missonier, Irmgard**, geb. **Bromberg**, aus Neidenburg, am 27. Mai  
**Tobe, Fritz**, aus Wehlau, am 27. Mai  
**Winczencz, Käthe**, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

**Benoni, Marianne**, geb. **Kalweit**, aus Lyck, am 24. Mai  
**Buse, Gertrud**, geb. **Zimek**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai  
**Frank, Alfred-Kurt**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

**Flöß, Siegfried**, aus Treuburg, am 27. Mai  
**Messinger, Gerdi**, geb. **Reinke**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Mai  
**Johst, Eva**, geb. **Kose**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai  
**Kappner, Lisbeth**, geb. **Andres**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. Mai  
**Lysewski, Rudolf**, aus Lyck, am 24. Mai  
**Nowozin, Käthe**, geb. **Ceranski**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai  
**Santvliet, Elfriede** van, geb. **Makoschey**, aus Hellmahren, Kreis Lyck, am 26. Mai  
**Siegmund, Richard**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 29. Mai  
**Todzi, Brigitte**, geb. **Moll**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 25. Mai  
**Ulonska, Hedwig**, geb. **Katzinski**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai  
**Westphal, Elfriede**, geb. **Schnell**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

**Augustin, Siegfried**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 30. Mai

**PAZ-Abo**  
**vertrieb@paz.de**

**Berger, Johanna**, geb. **Brock**, aus Groß Notisten, Kreis Lötzen, am 28. Mai  
**Czypull, Benno**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. Mai  
**Drescher, Heinz**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. Mai  
**Gand, Werner**, aus Neu Menzels, Kreis Mohrunen, am 27. Mai  
**Hillebrandt, Edith**, geb. **Napiwotski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 27. Mai  
**Ignaciuk, Alfreda**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai  
**Ignee, Gretel**, geb. **Preuk**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 28. Mai  
**Marten, Ursula**, geb. **Passargus**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 28. Mai  
**Schild, Siegfried**, aus Neidenburg, am 27. Mai  
**Schipper, Siegfried**, aus Lötzen, am 29. Mai  
**Waliczek, Irmgard**, geb. **Telczian**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 26. Mai  
**Wisniewska, Irena**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

**Borm, Oskar**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 25. Mai  
**Gillwald, Günter**, aus Reichau, Kreis Mohrunen, am 28. Mai  
**Helle, Anita**, geb. **Rosbach**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Mai  
**Kalweit, Werner**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 29. Mai  
**Kubatzki, Georg**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Mai  
**Lask, Werner**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 29. Mai  
**Lenzian, Heinz**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 26. Mai  
**Malec, Eva Maria**, geb. **Brosowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. Mai  
**Meyer, Friedrich**, aus Menguth, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai  
**Naujokat, Günter**, aus Lyck, am 27. Mai  
**Sabadil, Dr. Heinz**, aus Lyck, am 24. Mai  
**Schmidt, Erika**, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Mai  
**Wirbs, Inge**, geb. **Sdunek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai  
**Wood, Ruth**, geb. **Kamp**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 28. Mai  
**Zimmermann, Inge**, geb. **Scheffler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

**Besmehn, Ernst**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

**Echle, Inge**, geb. **Armbrust**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 30. Mai  
**Erdmann, Gerhard**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 25. Mai  
**Geucke, Wera**, geb. **Schoepe**, aus Kiauschen, Memel, am 21. Mai  
**Heisel, Rudi**, aus Treuburg, am 26. Mai  
**Hessmer, Edeltraud**, geb. **Stascheit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Mai  
**Jenz, Horst**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 27. Mai  
**Köppen, Edith**, geb. **Kutzinski**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 30. Mai  
**Konopka, Walter**, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 27. Mai  
**Kuczewski, Siegfried**, aus Helldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Mai  
**Langer, Ingrid**, geb. **Klinger**, aus Sudeiken, Kreis Ebenrode, am 27. Mai  
**Masannek, Gerhard**, aus Rogalinen, Kreis Lyck, am 25. Mai  
**Mischke, Bruno**, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai  
**Pahl, Edeltraud**, geb. **Feyer**, aus Wehlau, am 24. Mai  
**Pust, Margarete**, geb. **Bialobrzewski**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai  
**Schaaß, Hannelore**, geb. **Hennig**, aus Ebenrode, am 24. Mai  
**Schellenberger, Friedel**, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 29. Mai  
**Steinborn, Hellmuth**, geb. **Waschulewski**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 26. Mai  
**Volk, Edith**, geb. **Klatt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Mai  
**Zywietz, Gerhard**, aus Salleschen, Kreis Neidenburg, 25. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

**Andreas, Günter**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 25. Mai  
**Bahr, Edith**, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 28. Mai  
**Behne, Christel**, geb. **Hoffmann**, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 26. Mai  
**Biallas, Reinhard**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 30. Mai  
**Böhl-Korosec, Brigitta**, geb. **Thomaschewski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Mai

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg  
 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Heilsberg  
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
 1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)  
 2. November: **Mitgliederversammlung**

der **LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)  
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

**Auskünfte:** Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



ZUM 80. GEBURTSTAG

**Haasch, Ursel**, geb. **Bartel**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai  
**Simmenroth, Dr. Roswitha**, geb. **Heybowitz**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai  
**Wille, Waltraut**, geb. **Koruhn**, aus Dittersdorf, Kreis Mohrunen, am 24. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

**Karbowski-Kron, Gudrun**, geb. **Karbowski**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 24. Mai  
**Kloppenburger, Ernst-Reinhard**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 26. Mai  
**Müller, Christian**, aus Stein, am 28. Mai  
**Sandleben, Elli**, geb. **Riemann**, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 28. Mai  
**Thiedmann, Willi**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 24. Mai

**Wirken Sie mit an der Stiftung.**  
 First Fugger Privatbank  
 IBAN: DE96 7203 0014 1001 8349 83  
 BIC: FFUG3333

**Glückwünsche an:**  
 Ulrike Groddeck  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: groddeck@paz.de

**Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen**

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

**Ostpreußisches Landesmuseum**

Mittwoch, 29. Mai 2024, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,00 €. **Kant und Kolonialismus. Wie umgehen mit problematischen Aspekten in einer Ausstellung?** Eine Diskussion mit Dr. Andrea Esser und Dr. Hannah Peaceman. Der Kurator der Lüneburger Kantaustellung, Dr. Tim Kunze, diskutiert mit Prof. Dr. Andrea Esser und Dr. Hannah Peaceman vom Jenaer DFG-Projekt „Wie umgehen mit Rassismus, Sexismus und Antisemitismus in Werken der Klassischen Deutschen Philosophie?“. Als Expertinnen konnten sie sich mit philosophisch-kritischen Bemerkungen bereits in der Ausstellung „Immanuel Kant und die offenen Fragen“ der Bundeskunsthalle Bonn (24.11.2023 bis 17.03.2024) einbringen. Die Diskussion geht den Fragen nach: In welchen Ideen der Aufklärung leben das koloniale Erbe und andere kritische Elemente bis heute fort? Wie kann und soll eine Museumsausstellung damit umgehen? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder [info@ol-ig.de](mailto:info@ol-ig.de) ist erforderlich.

Sonntag, 2. Juni 2024, 14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt) **Immanuel Kant. Weltendener aus Königsberg.** Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Vera Thiel. Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder [bildung@ol-ig.de](mailto:bildung@ol-ig.de) ist erforderlich.

Dienstag, 4. Juni 2024, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

**Zwischen Ahrenshoop und Ostpreußen – Der Maler Alfred Partikel.** Vortrag von Jan Rüttiger in der Reihe „Museum Erleben“. Der in Goldap geborene Alfred Partikel ist einer der herausragenden Maler der ostpreußischen Landschaft. Die Veranstaltung möchte die vielfältigen Facetten des Künstlerlebens von Alfred Partikel vorstellen und seinen Weg von Masuren über Königsberg bis nach Ahrenshoop durch die verschiedenen Stile nachvollziehen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder [info@ol-ig.de](mailto:info@ol-ig.de) ist erforderlich.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: [www.ostpreussisches-landesmuseum.de](http://www.ostpreussisches-landesmuseum.de)



## Aus den Landesgruppen Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



## Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Altmühlfranken** – Freitag, 24. Mai, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: gemeinsames Essen, Currywurst; Pommersches Kalenderblatt, ein Gang durch die pommersche Geschichte von und mit Edith Richter.

**Ansbach** - Der Bund der Vertriebenen, Stadtverband Ansbach, die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ansbach sowie die Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach e.V. laden aus Anlass des 300. Geburtstages des Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724-1804)

zu einer angemessenen Erinnerung an das Leben des bedeutendsten Vertreters der abendländischen Philosophie ein.

Musikalische Eröffnung: Sonate in f-Moll von Johann Friedrich Reichardt, Freund von Immanuel Kant, Pianist: Paul Sturm, Sachsen  
Festvortrag: „300 Jahre Immanuel Kant - Der Weltgelehrte aus Königsberg“. Ein Vortrag mit Lichtbildern aus der Welt des berühmten Philosophen Jörn Pekrul, Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr), Berlin.

Samstag, 15. Juni, 15.00 Uhr, Karlsruhall, Karlsplatz, Ansbach

Der Eintritt ist frei. Spenden sind willkommen.

PAZ  
wirkt!

## Aufklärung aus Königsberg

Den 300. Geburtstag des großen Aufklärers Immanuel Kant nehmen wir zum Anlass, auf die Bedeutung des Königsberger Philosophen für die Entwicklung Preußens und Europas aufmerksam zu machen. Der letzte Termin zur Reihe „**Aufklärung aus Königsberg – Drei Vorträge zum Immanuel-Kant-Jubiläum 2024**“:

Dienstag, 28. Mai: Immanuel Kant und die Jüdische Aufklärung in Preußen, Dr. Werner Treß.  
Weitere Informationen unter Deutsches Kulturforum östliches Europa, Berliner Straße 135, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 20098-0, deutsches@kulturforum.info, www.kulturforum.info



Um Anmeldung bis 10. Juni unter [dr.juergen.danowski@gmx.de](mailto:dr.juergen.danowski@gmx.de) oder telefonisch unter 0981-84677 wird gebeten.



## Bremen

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

**Landesgruppe** - Wir bitten alle, die mit dem eigenen Pkw zum Treffen in Wolfsburg am 1. Juni fahren und eine Mitfahrgelegenheit anbieten können, um eine Mitteilung an meine Handy-Nr. 01522 4025314.

Das gleiche gilt für Interessenten, die mitgenommen werden möchten. Ich würde gerne Mitfahrgelegenheiten vermitteln.

Heinrich Lohmann



## Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

**Hamburg – Harburg** - Sonntag, 16. Juni, 11 Uhr, St. Johanniskirche, Bremer Straße 9, 21073 Hamburg: Ostpreußen-Heimatgottesdienst.

Erreichbar mit der Bahn S5 + S3, Station Hamburg-Rathaus. Von dort 5 Minuten Fußweg. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reiss. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck in den Gemeindesaal ein.



## Hessen

**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

## Monatstreffen

Sonnabend, 25. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35.

Nun will der Lenz uns grüßen. Ein fröhlicher Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit. Musikalische Begleitung Mathias Budau mit Gitarre.

Zuvor erfreuen wir Sie mit Kaffee und Kuchen.

**Kassel** - Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel. Treffpunkt: Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel  
Donnerstag, 6. Juni, 15 Uhr: „Lebensbericht von Franz Dietrich aus Stallupönen / Königsberg“ vor-

**Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis**  
Telefon (040) 41400842

## Dittchenbühne

## Stricktreff an der Dittchenbühne

Die Handfärberin Heike vom Wollkenschaf lädt einmal im Monat einen Tag lang Strickfreundinnen und -freunde ins Elms-horner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ ein. Bei dieser Veranstaltung handelt es sich nicht um einen Strickkurs, sondern um eine Möglichkeit, beim Stricken miteinander ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen sowie Tipps zu bekom-

men und Tricks zu erlernen, die dieses Hobby noch interessanter machen. Die Leitung hat Heike Rehfeldt.

Verbleibende Termine in diesem Jahr: 25. Mai, 22. Juni, 20. Juli, 17. August, 21. September, 19. Oktober und 23. November – jeweils von 10 bis 16 Uhr. Strick- Utensilien sind mitzubringen.

Anmeldung unter Telefon 04121 – 89710 oder E-Mail buero@dittchenbuehne.de.



getragen und erläutert von Dorothea Deyß und Martin Dietrich



## Nordrhein-Westfalen

**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

## Heimatchnachmittag

Bielefeld - Einladung zum Heimatchnachmittag der Ost- und

Westpreußen in Bielefeld am Montag, den 27. Mai im Gasthaus – Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“ in der Kurt-Schumacher-Straße 17a, in 33615 Bielefeld um 15 Uhr. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Info bei Frau Barbara Dörr, Telefon 0521 -82026. Alle Mitglieder werden gebeten, nach Möglichkeit teilzunehmen. Themen: Immanuel Kant, Sommerfest in Heilsberg und Ostpreußen-Treffen in Wolfsburg. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, ständige Mitarbeiter und Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie aus ande-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024  
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

# Ostpreußentreffen



## der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg  
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg  
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Karten auch an der Tageskasse

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

## Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 1. Juni 2024 im CongressPark Wolfsburg zum Ostpreußentreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet.

Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen. Das Heimattreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahnmahl für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 m hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10.00 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit dem Orchester der Stadtwerke Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit

dem Glockengeläut des Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt Domherr André Schmeier aus Allenstein und für die heimaterbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkte des Vormittags sind dann die Ansprache von Philipp Amthor MdB und die Festrede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften, Landesgruppen sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen.

Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen

Kultur. Auftreten werden u.a. die Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein, die Ostpreußenbrüder, der Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel und der bekannte Heimatsänger BernStein, der auch durch das Programm führt.

Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen auch 79 Jahre nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im **Vorverkauf** zum Preis von 10 EURO (Versand zusätzlich 1 EURO) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: grodeck@ostpreussen.de und an der **Tageskasse** in Wolfsburg erworben werden.



Aus den Landesgruppen Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

ren Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens. Wir freuen uns auf Ihr Kommen. Mit heimatlichen Grüßen

Der Vorstand

**Landesgruppe** - Aus Nordrhein-Westfalen ist eine Busreisen zum Ostpreußentreffen in Wolfsburg vom 31. Mai bis 2. Juni geplant. Die Anreise soll ab Wuppertal mit Zusteigen entlang der A2 über Gütersloh, Bielefeld, etc. erfolgen.

Je nach Verkehrslage ist ein Zwischenstopp in Bad Nenndorf mit Besuch des Agnes-Miegel-Hauses möglich. Weiter fährt der

Bus zum Hotel im Raum Wolfsburg. Am 1. Juni geht es nach dem Frühstück zum Congress Park mit Teilnahme am Ostpreußentreffen. Nach 17 Uhr ist eine Fahrt nach Lüneburg geplant. Am 2. Juni steht die Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums mit der Sonderausstellung Kant auf dem Plan. Gegen 16 Uhr soll die Heimreise stattfinden. Auskunft: Margitta. Romagno@gmx.de und Gerhard Scheer info@scheer-reisen.de

**Düren** - Mittwoch, 5. Juni, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holz-

PAZ-Abo  
vertrieb@paz.de

straße 7a: Grillnachmittag. Im Juli ist Sommerpause.



**Vorsitzender:** Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offensteth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

**Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.**

**Flensburg** - Das fast schon traditionelle Spargelessen im Mai, wieder in unserem „Stamm“-Lokal Turners´ veranstaltet, der Vereins-

gaststätte des TSB Flensburg e.V., war wie gewohnt exzellent und reichlich. Bevor es an die gut gefüllten Schüsseln und Platten ging, gab unser Vorsitzender Hans Legies noch die letzten Neuigkeiten bekannt:

1. Juni, 13 Uhr, Veranstaltung der Pommerschen Landsmannschaft Schleswig-Holstein in der Nikolaikirche in Kiel anlässlich ihres 75-jährigen Bestehens.; Ablauf des Ausfluges nach Eckernförde am 05. Juni; Veranstaltung des Heimatkreises Stettin am 03. September in Lübeck und schließlich eine zusätzliche Musikveranstaltung am 26. September in Flensburg mit Herrn Bernstein. Danach kam der Spargel zu Ehren und das Plachandern nicht zu kurz.

Michael Weber



Sonnenuntergang im Ermland

Foto: Renker

Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

**Die Kartei des Heimatkreises** braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Zusendungen für die Ausgabe 23/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 23/2024 (Erstverkaufstag 7. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 28. Mai**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

ANZEIGE

**Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln**

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

**Flensburg** - Ankündigung: Mittwoch, 5. Juni: ½-Tagesfahrt nach Eckernförde (mit Mittagessen). Anmeldung bitte bis 28. Mai bei Frau Kunde, Tel: 0461-91170 bzw. rehekunde@aol.com oder Herrn Legies Tel. 0461-32006 bzw. hans.legies@t-online.de.

2. Sechstägige Reise in den Kreis Saatzig im September diesen Jahres. Anmeldung bis zum 22. Juni sowie Informationen bei unserem Mitglied Hermann Welk unter Tel. 04608 - 971381 bzw. hermann.welk@gmx.de.

PAZ  
wirkt!

Rätsel

österr. Komponist	angestrigtes Herumknobeln	ältester Sohn Noahs	Vorbeter in der Moschee	ital. Hafen an der Adria	Hauptstadt der Türkei	Staat in Westafrika	doppelgesichtiger römischer Gott	Palast des Sultans	Hafen des antiken Rom	König der griech. Sage	seichte Stelle eines Flusses	Essen, Nahrung	Organ des Harnsystems
gehen (sich ...)					Rasenpflanze		Göttertrank; Blüten-saft	Zigarre ohne Spitze			Brustknochen	Getreidebündel zum Aufstellen	
westfälische Stadt an d. Lippe			Frau Isaaks im A. T.	weibliches Rind									
		Wohlschmack, -geruch			Strom in Ostasien			Ränke-spiel					
Abkürzung für Bataillon			auf etwas, jemanden zu	Monatsname	Blattgemüse				Fluss durch München				
Verse bilden	Runddorf afrikanischer Stämme	Oberbekleidungsstück	Inselstaat in der Karibik			Bandbreite, reiche Vielfalt	das Ich (lateinisch)	frz. Physiker (André-Marie)	Zufluchtsort (griech.)	ein Nestor-papagei	Schicksal, Gesckick	nicht außen	
Wendekurve			Halbton über a (Musik)	Ab-schnitt d. Erdgeschichte	ein Europäer								
		Werkspeise-raum				Stille	Possenspiet; Vortäu-schung						
französischer Weichkäse	Halbaffe Madagaskars, Lemur		die Federn auf-richten	Lehrgang	Prunkwagen				lärmen-der Betrieb, Trubel	Haremswächter			
Augendeckel		Gallert aus Gelatine, Knochen			französisch: Wasser	Pflanzen-teil	ver-schieden	giftiges Halb-metal	wurzellose Sporenpflanze	Kfz-Zeichen Uelzen			
			Hinterhalt (auf der ... liegen)			ein Kegelspiel spielen							
									Vorsitzender; Sprecher				
			bestehen, plündern	jap. Form des Ring-kampfs		Mittel gegen Körpergeruch (Kzw.)		knapp, spärlich	altrömisches Gewand	Stillstand			
					Druckknopf	Frage-wort: Auf welche Art?		humoristische Kurz-szene					
			Verkehrsstockung	Schreib-art; Kunst-richtung		österr. Wintersport-ort	großer asiat. Singvogel, Star	hawaiianischer Gruß					
				Behälter mit Deckel	kleines Lokal für Kalt-speisen			Blütenstand	Rest im Glas				
			Verbund dt. TV-Sender (Abk.)			nordische Währungs-einheit	brit.-amerik. Filmstar (Cary)						
			Unsinn	bestimmter Artikel	rein, un-verfälscht	Roman von Stephen King	engl. Weltumsegler (James)	Verein, Zweckverband	Aktion, Handlung	in Richtung, nach			
			Eilbot-schaft, Tele-gramm					schlau, ver-schlagen					
			männliche Anrede	Kanton der Schweiz		ein Farbton		Hotelboy					
						Hast		geben, gewähren					

3. Divisor  
Magisch: 1. Flapsig, 2. Apenm., 3. Turnier  
5. national, 6. Konserven, 7. Schrank -  
2. Besucher, 3. Allergier, 4. Pflanzen,  
Mittelwörter: 1. Sportler,  
Schüttelrätsel:  
So ist's richtig:

Schüttelrätsel

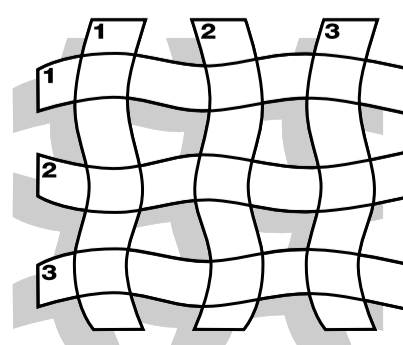
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EENN	CEHU	BSU	ENOT	ARSU	AAHMO	ANRU	EGIT
RU					MTU		
OSU			AAERW				
AEHL	ATU			AGLNS	AHI		

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Sportveranstaltung, einen Wettkampf.

1	WINTER					HERZ
2	KINO					RITZE
3	POLLEN					PASS
4	EIN					FETT
5	INTER					HYMNE
6	OBST					DOSE
7	WAND					WAND



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 frech, flegelhaft (ugs.)
- 2 Gebirge in Italien
- 3 Teiler, Nenner (Bruch)



Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

Ein erfülltes Leben hat sich vollendet.

**Dr. Christoph Achenbach**

\* 28. 11. 1936 † 15. 4. 2024  
in Königsberg in Graal-Müritz

In Liebe und Dankbarkeit nehme ich Abschied.

**Deine Ehefrau Monika Achenbach und Familie**

**Angerapp**

**Kreisvertreter:** Helmut Funder, Birkenweg 48, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 32410, www.angerapp.com

**Jahrestreffen**  
Das diesjährige Jahrestreffen der Angerapper findet wieder in Handeloh/Nordheide statt, und zwar am 22. Juni im Hotel Fuchs, Hauptstrasse 35. Beginn ist 10 Uhr. Bitte melden Sie sich per gelber Anmeldekarte (im Heimatbrief vorhanden) oder telefonisch bei der stellvertretenden Kreisvertreterin E. Mai, damit die Teilnehmerzahl für das Mittagessen kalkuliert werden kann.

Eventuell gewünschte Hotelübernachtungen können direkt unter der Telefonnummer: 04188/414 mit dem Hinweis „Ostpreußen“ erfolgen.

Zu dem Treffen laden wir Sie, Ihre Kinder, Enkelkinder und auch Gäste ganz herzlich ein. Wir freuen uns auf ein gesundes Wiedersehen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helmut Funder  
Kreisvertreter

**Ebenrode**

**Kreisvertreter:** Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

**Herzliche Einladung zur Mitgliederversammlung**  
Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) e. V. lädt die Vereinsmitglieder zur ordentlichen Mitgliederversammlung am 15. Juni, um 14 Uhr, im Luhetreff, Deichstraße 30, 21423 Winsen/Luhe herzlich ein. Der Luhetreff ist vom Bahnhof nur wenig weiter als der Schloßplatz und zu Fuß zu erreichen.  
Tagesordnung:  
1. Begrüßung und Feststellung der Beschlußfähigkeit  
2. Protokoll

**Vertretung**  
Bis einschließlich Ausgabe 25 (Erstverkaufstag 21. Juni) wird Frau Rinser-Schurt durch Frau Renker vertreten. Bitte senden Sie in dieser Zeit Ihre Texte an: **renker@paz.de**, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

3. Wahl des 2. stellvertretenden Vorsitzenden
  4. Bericht des Vorstands
  5. Kassenbericht
  6. Antrag auf Entlastung des Vorstands
  7. Verschiedenes
- Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.  
Prof. Dr. Heberer, Dr. Gerhard Kuebart, Maria Leonowski

Wichtige Mitteilung: Aus organisatorischen Gründen findet das Ostpreußentreffen vormittags nicht, wie im Heimatbrief angekündigt, im Marstall, sondern in der ca. 100 m entfernten Brasserie am Schloß statt.

**Gerdauen**

**Kreisvertreter:** Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

**Hauptkreistreffen**  
**Bad Nenndorf** – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Eigentlich wollten wir diesmal einen Tagungsort in den mitteldeutschen Bundesländern wählen, um unseren Landsleuten entgegenzukommen, denen die Anreise zu den Treffen sonst zu lang ist. Doch die passende Lokalität, die unseren Ansprüchen genügt und zudem noch finanzierbar ist, haben wir trotz intensiver Suche leider nicht gefunden. Deshalb wird das Hauptkreistreffen erneut in Bad Nenndorf stattfinden.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen dort auch noch ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungsschloßwort „Hauptkreistref-

fen Gerdauen“ können Doppelzimmer (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie Ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf wenden, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 74 85 60, Internet: www.badnenndorf.de, E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter [www.kreis-gerdauen.de](http://www.kreis-gerdauen.de) veröffentlicht.  
Walter Mogk, Kreisvertreter

**Lötzen**

**Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de  
**Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel  
**Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de  
**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

**Mitgliederversammlung**  
Anlässlich des Ostpreußentreffens am 1. Juni in Wolfsburg, werden wir in der Mittagspause eine Mitgliederversammlung durchführen. Hauptthema wird die Kooption eines neuen Mitglieds in den Vorstand der Kreisgemeinschaft

Lötzen e.V. sein. Durch Rücktritte und Trauerfall ist die, durch die Satzung bestimmte Anzahl der Vorstandsmitglieder nicht mehr gegeben.

Wir möchten ein neues Mitglied vorstellen und durch Abstimmung der Mitglieder in den erweiterten Vorstand bestellen.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen.

**Osterode**

**Kreisvertreter:** Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.  
**Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

**Regionaltreffen**  
Regionaltreffen 2024 der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V. in Hamm-Westtünen am Sonntag, 9. Juni, Von-Thünen-Halle (Vereinsheim des Schützenvereins Westtünen 1893 e.V.) Hubert-Westermeier-Straße 1  
Programm:  
10 Uhr Saalöffnung für alle Teilnehmer  
2. 12 Uhr Eröffnung / Begrüßung  
Totenehrung  
Grußworte  
Verabschiedung von Waldemar Czichon durch den Kreisvertreter  
Gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes  
Gemeinsames Singen der Nationalhymne  
Schlusswort des Kreisvertreters  
Anschließend: Gemütliches Beisammensein  
Hinweise für die Anfahrt: Mit der Bahn: Vom Bahnhof Hamm (Westf.) Busverbindung mit der



Ostpreußisches Landesmuseum

Noch bis 13. Oktober 2024 **Kant 300. Ein Leben in Königsberg.** Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine **Sonderausstellung.** Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das 11 Kant Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen.

Linie 30 bis zur Haltestelle ‚Von-Thünen-Halle‘. Der Bus verkehrt am Sonntag stündlich ab 9:27 Uhr. Mit dem Pkw über die A2: Abfahrt an der Anschlussstelle ‚Hamm/Werl‘; auf der Werler Straße in Richtung Hamm bis zur ‚Dr.-Loeb-Caldendorf-Straße‘, auf dieser Straße bis zur ‚Hubert-Westermeier-Straße.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-09-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## DIE „OSTPREUSSEN-BRÜDER“

## Vorfreude auf Wolfsburg

Einer der Programmhöhepunkte am 1. Juni: Witzches und Anekdoten in ostpreußischer Mundart

Das bevorstehende Ostpreußenfesttreffen in Wolfsburg rückt mit Riesenschritten heran. Einer der Höhepunkte der Festveranstaltung der Landsmannschaft Ostpreußen dürfte der Auftritt der „Ostpreußen-Brüder“, Schrankenwärter Gustav Kaludrichkeit und Reitbursche Otto Kaluweit sein, die in der schönen, breiten ostpreußischen Mundart schabbern werden, was das Zeug hält.

Der Kabarettist, Maler und Buchautor Rainer-Joachim Janenz aus Pinnau tritt als Otto Kaluweit und sein Partner Frank Neumann aus Schwerin als Gustav Kaludrichkeit auf. Bei ihren Auftritten beleuchten sie in Gedichten, Anekdoten und Witzchen das Leben im Ostpreußen der Zwischenkriegszeit. Otto Kaluweit antwortet auf Fragen der PAZ:

**Sie treten als Duo „Die Ostpreußenbrüder“ mit Geschichten, Gedichten, Witzen und Anekdoten in ostpreußischem Dialekt auf. Das lässt auf eine ostpreußische Herkunft schließen. Wo liegt Ihre Heimat?**

Dem Gustav is noch in de Heimat, 1943 in Pillau, geboren. De Famielie stammt aber eigentlich aus Tilsit.

Bei mir, dem Ottochen, is bischen anders, meine Wurzeln liegen in Trakehnen. Deswegen auch „Reitbursche Otto Kaluweit“, später hochgearbeitet zum 1. Deckoffizier vom Hauptgestüt Trakehnen“.

**Wie haben Sie die ostpreußische Mundart erlernt? Wurde in der Familie Dialekt gesprochen?**

Unsere Großvattches und Ohmches haben immer so breit geschabbert, ebend



Stets humorvoll und guter Laune: Rainer-Joachim Janenz als Otto Kaluweit (l.) und Frank Neumann alias Gustav Kaludrichkeit (r.) mit Marjellchen Bärbel Stern alias Mariechen Schimoneit, welche die beiden auf dem Akkordeon begleitet *Foto: privat*

wie früher in der Heimat. Wir fanden dem so scheen, haben uns bischen abgehört und nu plachandern wir beiden Lorbasse genau so scheen und breit.

**Wie kamen Sie auf die Idee, gemeinsam als Reitbursche Otto Kaluweit und als Schrankenwärter Gustav Kaludrichkeit aufzutreten?**

Gustavchen und Ottochen haben sich vor vielen Jahren auf einer Ostpreußenreise mit dem Schukat und Schünke aus Anklam kennengelernt. Da haben wir

bischen breit plachandert, die Mitreisenden waren begeistert und meinten, dass wir mit einem Bühnenprogramm auftreten sollten. Nu sind wir seit mehr als zehn Jahren mit verschiedenen Programmen unterwegs.

**Gibt es noch viele Gelegenheiten, den Dialekt anzuwenden?**

Gelegenheiten aufzutreten?! Erbarmung, wir haben bis zu 30 Auftritte im Jahr. Geburtstage, Hochzeiten, Heimattreffen, Dorffeste ... Dann haben wir seit zehn Jahren jährlich drei große Ostpreußenabende mit ostpreußischer kulinarischer Umrahmung zu je einem anderen Thema, die immer ausverkauft sind.

**Was erwartet die Zuschauer bei Ihrem Auftritt während des Jahrestreffens der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg?**

Nach Wolfsburg werden wir ein paar sich auf Ostpreußen beziehende eigene Gedichtchen, Witzches, Anekdoten, Trinksprüche und einen Sketch im Heimatdialekt mitbringen. Und ich werde aus meinem Buch „Das Leben meiner Mutter“ lesen.

Nu grüßen ganz herzlich

*Gustavchen und Ottochen, die „Ostpreußen-Brüder“.*

*Das Gespräch führte  
Manuela Rosenthal-Kappi*

● **Nähere Informationen** finden Sie im Internet unter [www.rainer-janenz.de](http://www.rainer-janenz.de)

## FRANZ PFEMFERT

## Galionsfigur des literarischen Expressionismus

Ein früherer moderner Künstler aus Ostpreußen – Bekanntschaft mit Trotzki, Brod, Friedlaender und Hardekopf

Der Ostpreuße Franz Pfemfert versuchte sich als Lyriker, Literaturkritiker, Publizist, Übersetzer, Verleger und Zeitschriftenherausgeber und stand als Galionsfigur des literarischen Expressionismus neben Herwarth Walden für einige Jahre im Zentrum der frühen Literatur-Moderne in Deutschland.

Er gehörte dann zur Minderheit der literarischen Intelligenz, die sich gegen die nationale Kriegsbegeisterung stellte, vollbrachte mit subtilen Praktiken indirekter Kriegskritik, mit denen er die verschärfte wilhelminische Zensur umging, eine wahre Meisterleistung redaktioneller Arbeit und unterhielt mit seiner Ehefrau lange einen engen Kontakt zu Leo Trotzki. Pfemfert beharrte in der Weimarer Republik auf seiner rätekommunistischen Orientierung und setzte sich damit an deren Ende zwischen alle Stühle. Das mündete in ein politisches Schattendasein, ehe ihn die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten ins Exil trieb, wo er nach einigen Turbulenzen vor 70 Jahren arm, einsam und vergessen verstarb.

Pfemfert wurde am 20. November 1879 in Lötzen geboren. Sein Geburtsort liegt etwa 90 Kilometer nordöstlich von Allenstein, wurde 1340 erstmals urkundlich unter dem Namen Letzenburg erwähnt und erhielt 1612 als Lötzen die Stadtrechte. Heute gehört die geschichtsträchtige Stadt zur polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren. Eine Umbenennung in Giszzycko erfolgte am 4. März

1946 zu Ehren des evangelischen Pfarrers und Sprachforschers Gustav Gisevius, der einst für die polnische Schulsprache in Masuren eingetreten war.

**Kindheit in Lötzen**

Dort verbrachte Pfemfert seine frühe Kindheit. Sein Vater war Bäcker, wechselte dann wegen besserer Einkommensmöglichkeiten nach Berlin und starb hier, als der Sohn 13 Jahre alt war. Die verwitwete Mutter eröffnete eine Fischhandlung, nahm den Sohn von der Schule und ließ ihn im Geschäft arbeiten. Der junge Pfemfert entzog sich dieser Maßnahme und flüchtete zu den Großeltern nach Lötzen, wo er sich autodidaktisch Bildung aneignete. Doch seine Zukunftsaussichten waren in der durch Rückständigkeit geprägten Masuren-Region ohne Gymnasialabschluss nicht rosig.

Deshalb ergriff der Bäckersohn die Initiative und schloss sich als Jugendlicher einem Wanderzirkus an, kehrte mit ihm nach Berlin zurück und hielt sich mit Hilfsarbeiten über Wasser. Pfemfert besuchte ab 1900 politische Versammlungen, bekam Kontakt zu Bohème- und Anarchistenkreisen und lernte über Senna Hoy Alexandra Ramm kennen, seine spätere Frau. Daraus resultierte 1904 seine Mitarbeit an der anarchistischen Literaturzeitschrift „Kampf“. Dazu gesellten sich Veröffentlichungen in anderen Zeitungen. Ab 1909 trat er mit politischen Aufsätzen sowie Essays über zeitgenössi-

sche Literatur im „Blaubuch“ hervor, ehe er ein Jahr später zum Chefredakteur der politisch-literarischen Zeitschrift „Demokraten“ aufstieg, die als erste Zeitschrift des literarischen Expressionismus gilt.

Pfemfert veröffentlichte zeitkritische Gedichte, Glossen sowie Rezensionen, brachte das berühmte Gedicht „Weltende“ von Jakob van Hoddis heraus und sammelte eine große Schar von damals namhaften Autoren um sich. Das reichte von Gottfried Benn, Max Brod, Paul Scheerbar und Salomo Friedlaender



Wochenschrift „Die Aktion“: Titelbild mit einem Selbstportrait Egon Schieles

über Alfred Lichtenstein, Kurt Hiller, René Schickele, Oskar Kanehl und Arthur Trebitsch bis zu Ludwig Rubiner, Paul Boldt, Martin Beradt, Ludwig Bäumer und Ferdinand Hardekopf. Das war ein großer Teil der literarischen Avantgarde.

1911 gedieh Pfemfert zum selbstständigen Herausgeber und Verleger der „Aktion“, einer „Zeitschrift für freiheitliche Politik und Literatur“, die ab 1912 als „Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst“ firmierte und mit ihren avantgardistischen Autoren schnell eine führende Rolle einnahm. Pfemfert heiratete 1913 und wandte sich sofort nach Kriegsausbruch im Unterschied zu vielen anderen Intellektuellen gegen Chauvinismus und Militarismus. Dabei entwickelte er einen neuen Typus der Antikriegslyrik. Den nationalistischen Propaganda der wilhelminischen Presse stellte er Sondernummern entgegen, die der Kultur der Kriegsgegner gewidmet waren.

Die diesbezüglichen Sonder-Reihen ergänzten das kritische Programm der „Aktion“. Parallel gründete er als politische Alternative die „Antinationale Sozialistenpartei Deutschlands“, die dann mit dem Spartakusbund Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zusammenarbeitete. Pfemfert übersetzte Lenins „Staat und Revolution“, veröffentlichte die erste Verfassung der jungen Sowjetrepublik und wurde mehrfach verhaftet. Seine Frau unterhielt die „Aktions-Buch- und Kunsthandlung“ in Berlin-

Wilmersdorf mit Ausstellungen bekannter Moderne-Künstler wie Egon Schiele und fungierte als Literaturagentin und Übersetzerin von Leo Trotzki, was den freundschaftlichen Kontakt zwischen beiden Familien begründete

**Verarmt in Mexiko**

Doch am Ende der Weimarer Republik fand Pfemfert in keiner Linkspartei eine politische Heimat. Er wurde Trotzki und zum Einzelgänger, hielt sich mit einer „Werkstatt für Porträtphotographie“ über Wasser und wurde zusätzlich durch einige Krankheiten und Kuraufenthalte in seiner Wirksamkeit eingeschränkt. 1933 floh er mit seiner jüdischen Frau über die Tschechoslowakei, Paris, Lissabon und New York mit einigen Turbulenzen nach Mexiko, wo er als Fotograf wirkte und mit Leberkrebs am 26. Mai 1954 in finanzieller Not verstarb. Der Vater des literarischen Expressionismus in Deutschland fand seine letzte Ruhe auf dem Pantheon-Friedhof in Mexiko-Stadt. Sein deutscher Nachlass wurde 1933 beschlagnahmt und ging verloren. Sein mexikanischer Nachlass fiel später einer Schiffshavarie zum Opfer.

In den letzten Jahren gab es außer Beiträgen in Lexika zahlreiche Schriften, die sein Leben und Wirken untersuchen. In Berlin-Wilmersdorf erinnert inzwischen in der Nassauischen Straße 17 eine Gedenktafel an Pfemfert.

*Martin Stolzenau*

## ZEITGESCHICHTE

## Schicksalsort Scheune

Der Bahnhof bei Stettin erlangte traurige Berühmtheit bei Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Der Ort Scheune [Gumience] liegt im Südwesten von Stettin im ehemaligen Stadtrand-siedlungsgürtel. Die Entfernung zur Stadtmitte beträgt vier Kilometer. Scheune gehörte bis zum Jahr 1939 zum Kreis Randow, wurde aber am 15. Oktober 1939 der Stadt Stettin angegliedert. Weder vor noch nach der Eingemeindung hatte dieser Ort einen herausgehobenen Bekanntheitsgrad. Im Jahr 1945 bestand er aus drei räumlich voneinander entfernt gelegenen Ortsteilen.

Um den dörflichen Ortskern hatten sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts siedlungsmäßig strukturierte Wohnviertel entwickelt. In etwa 1500 Metern Entfernung vom Ortskern befindet sich das alte Gut Scheune. Dieses Gut war bereits im 16. und 17. Jahrhundert ein Pachtgut der Stadt Stettin, zu welchem die Bauern Dienste leisten mussten. Doch schon vor dem Zweiten Weltkrieg war es in Privatbesitz übergegangen.

Ebenfalls 1500 Meter vom Ortskern gelegen ist der Bereich des Bahnhofs Scheune mit einem kleinen Wohngebiet und einer 1890 erbauten Zuckerfabrik. Diese verarbeitete nicht nur die Ernte des Umlandes, sondern auch die aus dem Norden von Zedlitzfelde angebauten Früchte.

Zu einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt entwickelte sich der Bahnhof Scheune durch die Fertigstellung der Güterumgehungsbahn, die ab 1933 eine südliche Vorbeileitung des Güterschienenverkehrs an Stettin und damit eine Umgehung des engen Hauptbahnhofes ermöglichte. Den Bahnhof Scheune durchliefen die Hauptstrecken Stettin-Berlin, Stettin über Pasewalk nach Schwerin und Lübeck beziehungsweise über Pasewalk nach Stralsund. Auf neuer Gleisanlage konnten die Strecken auf der Ostoderseite und der östlich der Oder gelegene Stettiner Hauptgüterbahnhof direkt erreicht werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Bahnhof für Finkenwalde an die Umgehungsbahnlinie verlegt, der alte, große Bahnhof dagegen stillgelegt.

Der Bahnhof Scheune sollte nach Kriegsende 1945 ein Ort des Schreckens und Grauens werden. Die Ostdeutschen, die Scheune passierten, wurden zu Opfern oder Zeugen grausamer Geschehen. Ihre Zahl wird sich nie ermitteln lassen.



Im heutigen Scheune [Gumience]: Die einst evangelische Kirche aus dem 15. Jahrhundert, heute die katholische Kirche „Unserer lieben Frau vom Rosenkranz“. Das ehemalige Kriegerdenkmal weist auf der Rückseite die Namen der im Ersten Weltkrieg Gefallenen auf. Der Preußenadler wurde durch die Jesus-Statue ersetzt

Hier im neuen Zentralbahnhof zwischen Ostpommern, Stettin und der damaligen Sowjetzone trafen die aus ihren Heimatgebieten ausgewiesenen Polen ein, um sich in dem seit dem 5. Juli 1945 von dem sowjetischen Stadtkommandanten von Stettin, General Fedotow, an Polen übergebenen Stadt anzusiedeln.

**Als Räuberbahnhof bekannt**

Zu gleicher Zeit passierten aber auch die aus den Gebieten ostwärts der Oder vertriebenen Deutschen sowie die im Stettiner Stadtgebiet Beheimateten den Bahnhof. Meistens fiel man gleich über die Deutschen her und raubte sie völlig aus. Die von Scheune nach Stettin hineinführende Bahnstrecke unterstand noch der sowjetischen Militärverwaltung. Die pol-

nischen Züge endeten oder begannen aber in Scheune.

Den Räuberbahnhof Scheune habe ich Ende Juli 1945 kennengelernt. Ich war bis Ende 1945 in der Kinderlandverschickung auf Rügen gewesen. Meine Mutter hatte mich dort nicht abholen können. Sie war gleich nach der Flucht bis Pasewalk wieder in den Heimatort Stettin-Hökendorf zurückgekehrt.

Im Juli 1945 bin ich von Stettin aus, nachdem ich erfahren hatte, dass meine Mutter nach Hökendorf zurückgekehrt war, nach Scheune gewandert, um von dort mit der Bahn über die Oder nach Altdamm zu gelangen und dann weiter zu Fuß nach Hökendorf. In Scheune standen unzählige Beutezüge der Russen, gefüllt mit Maschinen, Badewannen, Waschbe-

cken, Herden und Öfen. In einer Ecke, südöstlich vom Bahnhof, lagerten gefangene deutsche Soldaten. Nur ein großer Soldat stand mit umgehängter Decke und erweckte den Eindruck, als wollte er seine Kameraden beschützen. Die Soldaten warteten auf den Abtransport nach Osten, nach Russland.

Meine Fahrt nach Altdamm wäre mir nicht gelungen, wenn ich nicht wieder Menschen getroffen hätte, die mir weiterhalfen. Ich erblickte zwei Eisenbahner in ihren schmucken Uniformen. Sie mussten bei den Russen und Polen wegen ihrer beruflichen Fähigkeiten die Beutezüge an die polnisch-russische Grenze fahren. Beide stammten aus Hökendorf. Ich bat sie, mich nach Hökendorf mitzunehmen. Herr Neese und Herr Lange besorgten mir daraufhin hinter der Lokomotive einen Stehplatz auf dem Übergang eines D-Zugwagens. Ich musste mich am offenen Fenster der Durchgangstür festhalten.

**Beutezüge für Russland**

Nachdem sich der Zug in Bewegung gesetzt hatte, schlug eine Frau auf meine Hände, sodass ich mich kaum festhalten konnte. Herr Neese sah das. Er saß mit Herrn Lange auf dem Tender der Lokomotive. Er kletterte mir entgegen und half mir, auf den Tender zu kommen. In Altdamm sprangen wir von dem etwas langsamer fahrenden Zug.

Anfang Oktober 1945 kam ich mit meiner Mutter von Altdamm aus wieder zurück nach Scheune. Hier erlebten wir grausame Überfälle von Jugendlichen, die den Deutschen ihre Habe entriessen und sie sogar zwangen, Kleidungsstücke aus-zuziehen, um sie ihnen dann zu entwenden. Erst als der Zug in Pasewalk einlief und wir die deutschen Bahnbeamten sahen, fühlten wir uns wieder sicher.

Der Bahnhof Scheune ist in der heutigen Zeit eine unbedeutende Grenzstation. Es gibt wieder eine Eisenbahnbrücke über die Oder in Stettin. Der Bahnverkehr nach Osten berührt den Bahnhof Scheune nicht mehr. Nur wenige Züge von und nach der Bundesrepublik halten dort zur Grenzkontrolle.

Heute ist Scheune der erste Vorort den man, von der Autobahn kommend, als Stadtteil Stettins antrifft und damit auch bald Stettins Stadtmitte erreicht. Wenige Kilometer vorher jedoch musste die deutsch-polnische Grenze bei Pomellen und Kolbitzow überschritten werden.

## ● MELDUNGEN

## Museumstag, Sternfahrt und Steppenadler

**Stettin** – Besorgniserregende Studie der Woods Hole Oceanographic Institution (WHOI): Die Ostsee ist flächendeckend mit Thallium – dem giftigsten Schwermetall für Säugetiere – belastet. Die Anreicherung begann in den 1940ern. Ursächlich soll unter anderem die Zementindustrie sein. TS

**Mukran** – Der Regelbetrieb für das umstrittene LNG-Terminal auf Rügen ist noch nicht angelaufen. Der Grund soll ein beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig anhängiges Eilverfahren gegen den LNG-Betrieb sein. Eine weitere Klage betrifft den LNG-Bürgerentscheid in Sassnitz. TS

**Lauenburg** – Wie Drohnenbilder belegen, haben die Abholungen für den umstrittenen Atomkraftwerksbau (Gemeinde Chottschow) während eines laufenden Berufungsverfahrens begonnen. Umweltschützer sehen den Auslauf erwärmten Kühlwassers in die Ostsee als kritisch an. TS

**Greifswald** – Die Rettungsschwimmer starten in die Saison 2024. Obgleich die Temperatur der Ostsee noch bei zwölf Grad liegt, sind bereits erste Badegäste in die Wellen gesprungen. Grund genug, die Lebensrettung zwischen Ahrenshoop und Ückeritz von 9 bis 18 Uhr zu starten. TS

**Swinemünde** – Warteschlangen bei der Nacht der Museen: Am vergangenen Sonnabend nutzten zahlreiche Gäste die Öffnung des Meeresfischereimuseums und der Festungsanlagen bis spät in die Nacht hinein. Neben der ungewöhnlichen Zeit lockte der kostenfreie Eintritt. TS

**Anklam** – Auf einem ehemaligen NVA-Gelände bei Relzow soll die größte deutsche Cannabis-Farm entstehen. Dazu wurden alte Panzerhallen angemietet, um ab 1. Juli Anbau, Trocknung und Verarbeitung für 100 Clubs zu realisieren. Eine Genehmigung steht derzeit aber noch aus. TS

**Dramburg** – Nach militärischen Übungen kam es auf den Straßen ab 20. Mai zur Kolonnenbildung in Richtung Stettin, Stolp und Lauenburg. Parallel dazu wurde schweres Gerät mit der Bahn transportiert. Foto- und Filmaufnahmen der Truppenbewegungen waren unerwünscht. TS

**Stettin** – Am 1. Juni startet um 21.30 Uhr am Stettiner Hauptbahnhof die ADFC-Nachttour mit Fahrrädern über Merschin und Gartz (Oder) nach Berlin. Die Tour ist Teil der weltweit größten Rad-Sternfahrt mit Treffpunkt in Berlin am 2. Juni und soll für eine Verkehrswende werben. TS

**Stralsund** – Milow ist wieder da! Der Steppenadler konnte am 15. Mai aus Viersdorf bei Stralsund abgeholt werden. Er hatte sich in der Nähe eines Gestüts aufgehalten und war dort beobachtet worden. Der Zoo dankt allen Hinweisgebern. Die Resonanz sei überwältigend gewesen, so Kay Deichfischer vom Zoo Stralsund und fügt an: „Milow ist wohlbehalten zurück. Es geht ihm gut.“ Zwei Tage lang war der Steppenadler vermisst worden. Dieser sonst eher flugträge Vogel hatte im Training für die Flugshow ordentlich Wind unter die Flügel bekommen und war aus seinem angestammten Revier abgetrieben worden. BS

## „GORCH FOCK“

## Perfekter Dreiklang in Stralsund

Von Signalhörnern begrüßt – Schlepper verholen die 91-jährige Bark an ihren angestammten Liegeplatz

Sie ist wieder da! Die Stralsunder Hafensinsel hat ihr Wahrzeichen zurück, den „Weißen Schwan der Ostsee“, die „Gorch Fock“ (I) von 1933. Sie ist die Vorgängerin des gleichnamigen Segelschulschiffs von 1958. Am Pfingstsonntag wurde sie bei Windstille und strahlender Morgensonne von der Volkswerft durch zwei PS-starke Schlepper in den Stadthafen verholt.

Viele Frühhaufsteher, Fotografen und Schaulustige ließen es sich nicht nehmen, unmittelbar dabei zu sein, als die 91-Jährige um 8.20 Uhr von den vierstierten Kapitänen durch die geöffnete Ziegelgrabenbrücke und dann an ihren Liegeplatz bugsiert wurde. Die Begleitflotte der Wasserschutzpolizei, der Marinetechnikschule, der DGzRS, der Stralsunder Feuerwehr und der Weißen Flotte begrüßten die stol-



Spektakuläres Geleit: PS-starke Schlepper verholen die „Gorch Fock“ (I) an ihren Liegeplatz, wo sie wieder als Attraktion zu besichtigen ist

ze Bark lautstark mit ihren Signalhörnern. Lautstark zurück donnerte es aus der Kanone der Stadtwache, die ebenfalls in vollem Ornat zugegen war. Hinzu kamen die Shantys der Prohner Hafengäng und Hunderte begeisterte Stralsunder. Umjubelt und mit viel Beifall konnte sie gegen 9.30 Uhr an der Ballastkiste festmachen.

Vor knapp einem Jahr, am 6. Juni 2023, wurde die „Gorch Fock“ (I) zur Volkswerft Stralsund gebracht und dort für rund 10,5 Millionen Euro so saniert, dass Schwimmfähigkeit und Takelage wiederhergestellt wurden. Oberbürgermeister Alexander Badrow sagte: „Jetzt ist der Dreiklang perfekt – neben Ozeaneum und frisch saniertem Hansakai liegt die „Gorch Fock“ in strahlendem Weiß wieder an ihrem Platz.“ Hansstadt Stralsund

# „So viel Mut ist selten in diesen Tagen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Danke für Ihre aufschlussreichen Beiträge!“

Hans-Wilhelm Wippersteg,  
Spenge



Ausgabe Nr. 19

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## KEIN RUSSISCHES EIGENTUM ZU: 300 JAHRE IMMANUEL KANT (NR. 19)

Das Interview mit der Organisatorin von Reisen ins Königsberger Gebiet habe ich mit einigem Schmunzeln gelesen. Unübersehbar ist, dass nur die positiven Seiten der Kant-Feierlichkeiten in Königsberg [Kaliningrad] gesehen und alles andere ausgeblendet wird.

Tatsächlich hatte der Vorsitzende des Organisationskomitees für die Feiern zum 300. Geburtstag des Philosophen, Moskaus Vize-Premier Dmitri Tschernyschenko, im Vorfeld zwar betont, dass „Russland ein gastfreundliches Land war und bleibt“ und jeder zu den Feierlichkeiten willkommen sei – in Wirklichkeit galt das auch in diesem Fall nur eingeschränkt. Führende Mitglieder der Gesellschaft „Freunde Kants und Königsbergs“, die seit vielen Jahren in Kaliningrad aktiv gewesen sind und bei der Bewahrung des Kant'schen Erbes halfen, hatten vom russischen Geheimdienst FSB schon im Vorfeld des Jubiläums ein Einreiseverbot erhalten und konnten daher nicht an den Feiern teilnehmen.

Mir selbst wurde die Akkreditierung für den internationalen Kant-Kongress verweigert, obwohl ich über ein russisches Journalisten-Visum verfüge. Eine Begründung dafür müsse man mir nicht mitteilen, hieß es vom Kaliningrader Veranstalter.

Und was die Bemerkung betrifft, Kant werde von der russischen Politik nicht vereinnahmt – da sprechen die Tatsachen bekanntlich eine ganz andere Sprache. Putins Vertreter in Sachen Kant haben in den vergangenen Wochen derart lautstark Kants Lehre im Sinne der heutigen Moskauer Führung umzudrehen versucht, dass sich auf dem Kongress in Kaliningrad mit Alexej Kruglow sogar ein russischer Philosophie-Professor öffentlich gegen eine „Privatisierung“ Kants durch Russland wandte und betonte, Kant gehöre nicht zum russischen Eigentum. So viel Mut ist dort selten in diesen Tagen.

Dr. Christian Neef, Hamburg

## RÜCKSICHT AUF ÖSTERREICH ZU: „ES IST EIN ‚REIZENDES SPIEL DES GESCHICKES“ (NR. 17)

In dem Artikel wird angeführt, dass der Grund für die Ablehnung der Kaiserkrone im Hinblick auf die kleindeutsche Lösung von Friedrich-Wilhelm IV. damit begründet wurde, „die Nationalversammlung könne keine Krone vergeben“. Die wird als einziger Grund angegeben und findet sich ausnahmslos in allen aktuellen Schulgeschichtsbüchern.

In älteren Darstellungen findet man häufig die Begründung, die Annahme der Kaiserkrone hätte einen Krieg mit Österreich und Russland bedeuten können. Oder dachte jemand im Ernst, dass auch die Habsburger dem jüngeren Haus Hohenzollern freiwillig die Kaiserkrone anbieten würde? Dazu war Preußen in keiner Weise gerüstet, das Vertrauen der Süddeutschen war völlig verloren gegangen.

Seit 1849 wurde der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich schärfer. Der Wiener Staatskanzler Felix Fürst zu Schwarzenberg zeigte sich immer herausfordernder. Als der Kurfürst von Hessen durch Verletzung der Verfassung einen Aufstand in seinem Land hervorgerufen hatte, trat Österreich für und Preußen gegen ihn auf. Es drohte zum Krieg zu kommen. Auch hatte Österreich ohne Preußens Zustimmung am 1. September 1850 den alten Bundestag in Frankfurt am Main wiedereröffnet. Die Reaktion der europäischen Mächte auf die dann am 18. Januar erfolgte Reichsgründung waren durchweg zurückhaltend bis ablehnend.

Frankreich ordnete sich als unversöhnlicher Gegner ein, Österreich-Ungarn brauchte Unterstützung des Reichs hinsichtlich der Balkaninteressen. Russland verblieb skeptisch, hatte aber Interesse an wirtschaftlichen Beziehungen zum Reich. Für England war die Reichsgründung gerade noch akzeptabel als Gegengewicht zu Frankreich und Russland. Außerdem besaß das Reich zunächst keine Flotte und Kolonien.

Der britische Premierminister Benjamin Disraeli brachte es am 9. Februar 1871

auf den Punkt: „Dieser Krieg bedeutet die deutsche Revolution, ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts ... Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört worden und das Land, das am meisten darunter leidet und das die Auswirkungen dieses großen Wandels am meisten spürt, ist England.“

Markus Krämer, Allendorf/Eder

## DIE WAHREN OSTDEUTSCHEN ZU: SCHOLZ' WÜRDIGENDES GE- DENKEN UND ROTHS FATALE GE- DANKEN (NR. 16)

Es ist beschämend, wie mit der Kultur unserer wahren Ostdeutschen umgegangen wird. Offenbar regieren jetzt Extremisten in Berlin. Selbst die Russen sind sich der kulturellen Größe der eroberten Ostpreußen bewusst, da es wie eine große Kulturnation handelt.

Martin Behrendt, Osnabrück

## BEWUSSTE ANGSTMACHEREI ZU: DAS KARTENHAUS AUS LÜGEN WANKT (NR. 15)

Nicht erst seit Corona gewinnt man den Eindruck, dass die Lüge fester Bestandteil der Politik nicht nur in unserem Land geworden ist. Der Zweifel (ist der Vater des Gewissens) wurde hier insofern ausgeschaltet, als man weltweit führende medizinische Kapazitäten aus dem Kreis der Zweifler/Mahner konsequent ausschloss beziehungsweise versuchte, deren Stimmen ungehört verhallen zu lassen.

Es gibt direkte Hinweise darauf, dass schon zu Beginn der Pandemie mit dem Faktor der Angstmacherei die Bevölkerung in die gewünschte Richtung getrimmt werden sollte.

Am 4. Mai 2020 wurde mit dem Rauschmiss des Referenten Stephan Kohn (aus dem Innenministerium) deutlich, dass die geschürte Panik politisch gewollt und der Lockdown ein Fehlalarm gewesen war. Davon unbeirrt setzte die Politik

auch nach dem Regierungswechsel vorwiegend die falsche Politik fort, obwohl immer mehr deutlich wurde, dass weder die sogenannte Impfung (besser Gentherapie) noch Masken die Übertragung der Krankheit verhindern konnten, zumal Geimpfte wie Ungeimpfte die gleiche Viruslast trugen. Aber das Geschäft mit dem Impfdosen, Masken und Testungen war offenbar zu lukrativ, um abgebrochen werden zu können.

Die rigorose Durchsetzung dieser Politik unter Mitwirkung von weiten Teilen der Mainstreampresse und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks führte dazu, dass selbst Gerichte evidenzbasiert Urteile fällten, die jedem Bürger ein Aufmucken als Risiko erscheinen ließen. Selbst erfahrene Familienrichter (wie in Weimar geschehen) spürten diese Konsequenz, wenn sie nicht der vorgegebenen Spur folgten.

Dr. Sucharit Bhakdi, eine emeritierte Medizingröße von der Universität Mainz, sah sich sogar einem Volksverhetzungsvorwurf ausgesetzt und konnte zumindest einen erstinstanzlichen Erfolg verbuchen. Er wäre im Bereich der Aufklärung neben Dr. Wolfgang Wodarg eine fachkundige Größe, wenn es um die Aufklärung der tatsächlichen Gefährlichkeit und um das rätselhafte Ausbleiben der sonst jährlich wiederkehrenden Grippesaison in diesen Corona-Jahren geht.

Leider fehlt in diesem Kreis der am 30. Mai 2023 verunglückte Prof. Dr. Arne Burkhardt, der als Pathologe einer der kritischsten Betrachter der Pandemie-Politik war.

Als Bürger müssen wir uns fragen, inwieweit wir uns künftig auf Aussagen unserer Volksvertreter als auch auf die bemühten wissenschaftlichen Kapazitäten verlassen können. Wenn alles nur dem Kommerz untergeordnet wird und eine widersprechende Fachwelt einfach ausgeblendet werden kann, findet speziell vor der international drohenden Allmacht der WHO kein Bürger die ihm zustehende Rechtssicherheit, die eine Demokratie ausmachen sollte.

Rudolf Neumann, Torsas/Schweden

ANZEIGE

»Bei den Recherchen war erschreckend zu erkennen, wie weit das Berliner Regierungsviertel bereits von der globalen Elite fremdgesteuert wird.«

Stefan Schubert

■ Der geheime Krieg gegen Deutschland stellt die größte Bedrohung für die Bürger und ihr Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dar. Mit dem mehrfachen Spiegel-Bestsellerautor Stefan Schubert setzt sich erstmals ein ehemaliger Polizist und international anerkannter Sicherheitsexperte mit den verborgenen Machenschaften einer globalen Elite auseinander. Seine Rechercheergebnisse sind gleichermaßen brisant und besorgniserregend. Durch sein analytisches Vorgehen ist es Stefan Schubert gelungen, geheime Netzwerke und deren Finanzierungen offenzulegen und einen immer wiederkehrenden Modus Operandi zu ermitteln.

Die multiplen Krisen unserer Tage sind alles andere als schicksalhafte Zufälle; sie sind von Netzwerken inszeniert, wurden von langer Hand geplant und werden systematisch forciert. Denn eine globale Elite führt einen geheimen Krieg gegen die Bürger. Zu dieser Elite gehören Big Tech und Big Pharma, die Finanzindustrie, aber auch Organisationen wie die UN, die EU oder das WEF. Zu den Globalisten zählen Milliardäre wie Bill Gates und nicht zuletzt NGOs und die US-Geheimdienste CIA und NSA. Das Ziel der Eliten ist die Abschaffung der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie die Installation einer Weltregierung.

Die große Transformation läuft bereits auf allen Ebenen und greift die Menschen in ihren privatesten Lebensräumen an:

- BlackRock: Der Berliner Politikbetrieb wird zu einer Filiale der globalen Finanzindustrie
- Grüne Milliardäre: das perfide Geschäftsmodell der Klimaeliten
- Wer sind die tatsächlichen Hintermänner der WHO und des Great Reset?

- Der WHO-Pandemievertrag: globaler Staatsstreich im Namen der Pharmaindustrie
- Massenmigration als Waffe: Welche Rolle spielt Deutschland?
- Weltsicherheitsrat und NATO: Klimawandel als Kriegsgrund
- Ist Correctiv eine geheime Stasi der SPD?
- Palantir: die Überwachungssoftware der US-Geheimdienste im Einsatz bei der deutschen Polizei
- US-Geheimdienste agieren in Deutschland nach Besatzungsrecht
- Nord Stream, die CIA und Bundeskanzler Scholz

Jeder Mensch auf diesem Planeten gerät dadurch ins Fadenkreuz. Dies zu erkennen und sich der Folgen bewusst zu werden, ist der erste Schritt, um die Angriffe auf ein freies und selbstbestimmtes Leben abzuwehren. Es ist an uns allen, aufzustehen – für die Menschheit und für die Freiheit!

Stefan Schubert: Der geheime Krieg gegen Deutschland – Unser Land im Fadenkreuz globaler Eliten • gebunden • 304 Seiten • Best.-Nr. 991 000 • 23,- €



**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de  
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

## KURORTE

## Wundermittel Salz

Gradierwerke in Thüringen – Das Einatmen von Solenebel gilt als Wundermittel gegen alle Erkrankungen der Atemwege

VON ANNE MARTIN

Zunächst werden weiße Umhänge gereicht, weit und bauschig. Die Kittel sollen vor Salzablagerungen schützen, denn in Bad Salzungen dreht sich alles um das weiße Gold. Dann beginnt der Rundgang entlang einer mit Dornen und Aststücken gestopften Wand, an der salzhaltiges Wasser, die Sole, heruntertropft.

Die Luft ist leicht vernebelt, angenehm kühl, unwillkürlich möchte man tief einatmen, und genau das ist erwünscht. Willkommen im Gradierwerk Bad Salzungen! Außen ein Kurhaus mit fein ziselierendem Fachwerk, den Vorbildern der Jahrhundertwende nachempfunden, drinnen erwarten den Besucher Saunen und ein Wandelgang.

„Gradierwerk“: Der Name klingt sperrig, doch dessen Patent ist genial. Um den Salzgehalt der natürlichen Sole zu erhöhen, wurde das Wasser über die Wände aus Schwarzdorn gekippt, dabei Sonne und Wind ausgesetzt, bis die gewünschte Konzentration erreicht war – 27 Prozent, mehr Salzanreicherung geht nicht.

Bis ins Jahr 1800 förderten noch 24 Gradierhäuser beiderseits der Werra das wertvolle Salz ans Tageslicht. Als die Arbeiter 1843 bei Bohrungen in 144 Metern Tiefe auf gesättigte Sole trafen, wurde das mühsame Gradieren unnötig. Jedenfalls für die Salzgewinnung. Aber nicht für die Gesundheit.

Gespennern gleich wandeln wir entlang der steilen Dornenwand und lauschen einer älteren Dame, die sich unter die Besucher gemischt hat und beseelt ihre Mission in den Salznebel schickt. Anneli König war krank, sehr krank, die Ärzte diagnostizierten eine Schwäche der Lunge, kaum konnte sie noch Treppen steigen. Doch dann kam die Zeit, als sie sich selbst kurierte. Jeden Tag ging sie ins Gradierwerk, und zwar solange, bis der salzgesättigte Nebel ihre Lungenbläschen weitete und sie wieder frei durchatmen konnte. Heute lädt sie Kurgäste einmal in der Woche jeweils eine Stunde lang zum Singen ein, als Dank, weil auch Singen gut für die Lungen ist.



Manche behaupten, die Weinsorte mit der Nase bestimmen zu können: Weinerstäubung im Gradierwerk „Louise“ von Bad Sulza

Wer durch Thüringen reist, ausnahmsweise nicht auf den Spuren des Dichters Goethe, kommt aus dem Staunen nicht heraus. Das Märchen von Rumpelstilzchen fällt einem ein, in dem es darum geht, Stroh zu Gold zu spinnen. So erstaunlich sind die Wege, wie die Schätze der Region derzeit neu entdeckt und für Reisende aufbereitet werden.

## Versprühter Wein

Ein Halt in Bad Sulza, beim Gradierwerk „Louise“: Hier wartet eine Wandelhalle mit einem Brunnen in der Mitte, der zur Kur-Zeit feinen Nebel verbreitet. Einmal in der Woche werden in Ergänzung zum Solewasser auch ein oder zwei Flaschen Wein versprüht. Dazu werden Leckereien gereicht, eine schöne Idee, um das Kurerlebnis auszuweiten. Es soll Besucher geben, die Weinsorten wie den Weißburgunder „Jenaer Grafenberg“ im feinen Sprüh-

nebel tatsächlich ausmachen können. Oder das zumindest behaupten.

Wundermittel Salz! Es hilft nicht nur an der frischen Luft, sondern auch unter Tage. Ortswechsel nach Saalfeld: Versteckt hinter einer Holztür liegt der Eingang zu den Saalfelder Feengrotten. Früher schufteten hier Bergleute, sieben Tage in der Woche, zehn Stunden am Tag, um Alaunschiefer abzubauen. Oft standen Kinder neben ihren Vätern, um die Pechfackeln zu halten. Einer musste stets auf die Käfige mit den Ziervögeln achten, die als Seismographen für den Sauerstoffgehalt dienten. Fielen die Vögel von der Stange, wurde es eng mit dem Sauerstoff – da blieb noch eine halbe Stunde, um aufzusteigen und abzuwarten, bis wieder genug Luft im Stollen war.

Wer heute durch die engen Gänge geht, staunt über die tiefen Höhlen, die durch die Arbeit der Bergleute entstan-

den. Mittendrin im unterirdischen Gewölbe befindet sich eine Heiligenstatue, die den Arbeitern Schutz verspricht. Aber wer hielt das schon aus, tagein, tagaus ohne Licht, ohne Sonne? Die Bergleute blieben körperlich kleiner als ihre Landsleute von Saalfeld, und alt wurden sie auch nicht. Und ob sie wohl einen Blick hatten für das Wunderwerk aus Ockergelb, Sandsteinbeige und schillernden Grüntönen, in denen die Feengrotte leuchtet?

## Schiefer als der Turm von Pisa

Die Besucher atmen still ein und aus und staunen, wenn in der erleuchteten Höhle tatsächlich für Sekunden ein Luftwesen zu schweben scheint. Der erste Inhalationsstollen Deutschlands hat einen ähnlichen Bedeutungswandel erlebt wie die Gradierwerke: 1937 als „Heilstollen“ zur Linderung von Atemwegserkrankungen eröffnet, schien der medizinische Fort-

schritt, etwa die Entwicklung von Medikamenten gegen Keuchhusten, diese Kurmethode zu verdrängen. Erst durch die Sanierung der Feengrotten im Jahr 1987 entstand die Idee, den Stollen wieder zu Heilzwecken zu nutzen. Das besondere Klima unter Tage hilft auch heute.

Der offizielle Kurbetrieb begann 1995. Im Heilstollen werden seitdem Liegekuren zur Linderung bei Allergien, Atemwegs- und Lungenerkrankungen angeboten. Nach dem Rundgang werden wir deshalb in wärmende Schlafsäcke kriechen und auf Liegen ruhen. Wer die Augen öffnet, sieht im Halbdunkel schimmernde Klangschalen, hört auf die Töne, die sich an den Bergwänden brechen, schließt die Augen schnell wieder und lässt sich wegtragen in ein Land ohne Pollen, Abgas, Staub und Husten. Hoch verdünntes Radon-Gas, das leise durch den Stollen streicht, unterstützt die Liegekuren.

Und noch ein Beispiel für eine neue Nutzung alter Schätze dürfen wir erleben. Nach längerer Fahrt durch die grünen Hügel taucht er am Horizont auf wie eine Fata Morgana: der schiefe Turm von Bad Frankenhausen, abgesackt durch unterirdische Quellen, eigentlich dem Abriss preisgegeben, bis kluge Stadtväter den einzigartigen Wert erkannten. Flugs wurde der Turm gestützt und dient heute als Attraktion. Wer muss noch nach Pisa reisen, wenn es einen schiefen Turm in Thüringen gibt, deutlich schiefere als der in Italien?

Waren die Gradierwerke und der Heilstollen einzelne Perlen in der Kur-Kette, so präsentiert die Toskana-Therme in Bad Sulza ein ganzes Collier. Der Besucher kann sich in verschiedenen Becken treiben lassen und Klänge genießen, die als „Liquid Sound Project“ zur Expo 2000 komponiert wurden. Draußen fällt der Blick auf ein pittoreskes Häuschen, umgeben von Weinreben. Es ähnelt haargenau Goethes Gartenhaus in den Auen der Ilm bei Weimar und ist keine Halluzination, sondern eine maßstabsgetreue Kopie, besonders beliebt als Fotomotiv für Hochzeitspaare. Ist wohl so: Zwischen Saale und Werra warten hinter jedem Hügel Wunder – fast wie im Märchen.

## MUSIK

## So macht sich eine besondere Protestnote Luft

Musikalische Bildung braucht solide Basis – Mit einem Tuba-Fest am Brandenburger Tor forderten Musiker bessere Arbeitsverträge

Die Siegesgöttin Victoria in ihrem Streitwagen auf dem Brandenburger Tor wippte bei satten Tuba-Klängen ein wenig mit, als sich etwa 80 Tubisten und 200 weitere Teilnehmer am Sonntag vor Pfingsten bei strahlendem Frühlingwetter auf dem Pariser Platz versammelten, um gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di, dem Landesmusikrat und weiteren Organisatoren für die Festanstellung der Berliner Musikschullehrer zu demonstrieren.

Die Veranstaltung war krönender Abschluss des Tuba-Festes, das vom 9. bis 12. Mai in Berlin mit verschiedenen Aktionen stattfand (die PAZ berichtete). Da durfte der diesjährige Schirmherr des Musikinstrumentes des Jahres, der Tuba, Fabian Neckermann, Solo-Tubist im Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin und Dozent an der Internationalen Musikakademie Anton Rubinstein, nicht fehlen.

Zwischen musikalischen Kostproben der anwesenden Musiker mit ihren Blechblasinstrumenten riefen Antje Valentin, Generalsekretärin des Deutschen Musik-

rats, Friedrich Neumann vom Bundesverband Musikunterricht und dessen Landesverband Berlin, Adriana Balboa, Vor-

sitzende der ver.di-Fachgruppe Musik, Franz-Michael Deimling von der Elternvertretung der Berliner Musikschulen

und Robin von Olshausen, Jurist der Deutschen Orchestervereinigung, unter dem Motto „Musik braucht eine solide Basis – Musikalische Bildung auch!“ zu besseren Arbeitsbedingungen an den Musikschulen auf.

Das BSG hat damit die Kriterien für eine freiberufliche Tätigkeit neu definiert. So muss die Stadt Herrenberg für fast 15 Jahre die Sozialversicherungsbeiträge für eine Klavierlehrerin nachzahlen.

An den meisten Musikschulen arbeiten die Lehrkräfte auf der Basis von Ho-

norarverträgen, die für die Betroffenen viele Nachteile bringen. Man ist weder kranken- noch rentenversichert, die Stundensätze sind niedriger als die der festangestellten Kollegen, es gibt keine Vergütung für Urlaubszeiten. So droht, nicht zuletzt, auch Altersarmut.

Nach dem Herrenberg-Urteil dürfen Honorarkräfte zukünftig an Musikschulen nicht mehr als Selbstständige beschäftigt werden, da es sich um sogenannte „Schein-Selbstständigigkeiten“ handelt. Damit steht den Honorarkräften der Weg zur Klage offen.

Die Musikschulen brauchen flächendeckend finanzielle Unterstützung bei der Umwandlung der Honorarverträge auf Festanstellungen. Viele Gemeinden und Städte in der Bundesrepublik haben bereits auf Festanstellungen umgestellt. „Berlin sollte sich dieser Entwicklung anschließen und sie auch im geplanten Musikschulgesetz absichern“, forderte Hella Dunger-Löper, Präsidentin des Landesmusikrates Berlin. *Silvia Friedrich*



Voll auf die Ohren von Siegesgöttin Victoria: Tuba-Spieler am Brandenburger Tor

## ● FÜR SIE GELESEN

Gefühlvoll  
und spannend

Familie Salter findet sich im Dezember 1990 in einer Scheune in Suffolk ein, um den 50. Geburtstag des Vaters Alec zu feiern. Mutter Charlie verschwindet auf dem Weg dorthin. Die vier jugendlichen Kinder sind erschüttert. Sie können sich nicht vorstellen, dass ihre Mutter sie verlassen hat. Ein paar Tage später wird die Leiche des befreundeten Nachbarn vom dessen eigenem Sohn im naheliegenden Fluss entdeckt. Die Kriminalpolizei freut sich über eine schnelle Lösung des Falls und geht davon aus, dass der Tote Charlie ermordet und aus Reue Selbstmord begangen hat.

30 Jahre später macht sich die Polizei mit neuen Hinweisen nochmals an die Aufklärung. Dabei geschehen Dinge, die nur mit dem Wissen des echten Täters geschehen können. Chief Inspector Maud O'Connor ist ihm auf der Spur.

Nicci Frenchs Roman „Blutsbande“ ist in drei Zeitphasen unterteilt. Die Entwicklung und Gefühle der Kinder werden gut geschildert. Ein spannender Krimi, den man ungern aus der Hand legt. Nicci French ist der zusammengesetzte Name des Schriftsteller-Ehepaars Nicci Gerrard und Sean French. Seit 20 Jahren schreiben sie mit viel Erfolg international verkaufte Thriller. *Angela Selke*



**Nicci French:** „Blutsbande“, Bertelsmann Verlag, München 2024, Taschenbuch, 480 Seiten, 17 Euro

Faszinierende  
Leistungen

Jürgen Brater vermittelt in „Verblüffendes Körperwissen“ hochspannende Phänomene des menschlichen Körpers. Das Versprechen des Autors, nach dem Lesen den eigenen Organismus besser zu verstehen, wird mit Sicherheit erfüllt.

Kann man es sich vorstellen, dass Erkrankte anders riechen als Gesunde, dass die Leber fortwährend verbrauchte Zellen ersetzt oder dass unsere Zunge ein Multitalent ist? 80 faszinierende Leistungen des Körpers werden gut lesbar und eingehend erklärt.

Der Autor ist Mediziner und Zahnmediziner und hat sich im Laufe seines Lebens eingehend mit menschlichen Körpern befasst. Wüssten die Menschen mehr darüber Bescheid, welche enormen Leistungen ihr Zellsystem vollbringen muss und es auch ständig tut, würden sie diesem vielleicht auch weniger antun. Nicht nur deshalb wünscht der Autor der Leserschaft erhellende Aha-Momente, um gesünder zu leben. Vor allem aber kommt der Spaß beim Lesen nicht zu kurz. *Silvia Friedrich*



**Jürgen Brater:** „Verblüffendes Körperwissen. Konkurrernde Augen, schmerzende Geräusche, denkende Muskeln – ein Arzt erklärt erstaunliche Phänomene unseres Organismus“, Yes Verlag, München 2024, Softcover, 176 Seiten, 12 Euro

## REISEFÜHRER DER WOCHE

Berge und  
Buchten

Bei einer Rundreise durch die Insel Sizilien kommen Liebhaber aller Urlaubsformen auf ihre Kosten

**Entspannend** sollte eine Reise nach Sizilien sein. Wie das gelingt, zeigt die aktualisierte Auflage des großen Baedeker-Reiseführers. Es gibt viel zu entdecken auf der Insel, die neben traumhaften Naturkulissen viel Kulturel-

les, aber auch Möglichkeiten zum Aktivurlaub zu bieten hat. Der Reiseführer erklärt Wissenswertes von A bis Z, Informationen zur Geschichte und Vorschläge für Rundtouren – reich bebildert und mit Kartenmaterial. *MRK*



„Baedeker Sizilien“, Mair DuMont Verlag, 15., aktualisierte Auflage, Ostfildern 2024, Klappenbroschur mit Zip-Band, 562 Seiten, 25,95 Euro

## GESELLSCHAFT

Angriff auf die  
Bürgergesellschaft

Der Journalist Alexander Wendt warnt vor dem Einfluss einer linken Moralelite, welche die Sinnproduktion im Land kontrollieren will

VON ANSGAR LANGE

**W**irft man einen Blick auf die Politik der Bundesregierung, in die Presse, in die Universitäten, auf Verlautbarungen der Kirchen, auf den Kulturbetrieb und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dann könnte man den Eindruck gewinnen: Das ganze Land ist woke. Der Duden definiert dieses Unwort wie folgt: „In hohem Maße politisch wach und engagiert gegen (insbesondere rassistische, sexistische, soziale) Diskriminierung“.

Führt man Gespräche an der Fleischtheke, auf dem Fußballplatz oder in der Betriebskantine, dann denkt man, man lebe in einem anderen Land als die Erweckten. Woran liegt das? Und warum könnte man den Eindruck gewinnen, ganz Deutschland sei woke? Es liegt daran, wie Alexander Wendt in seinem Buch „Verachtung nach unten“ ausführt, dass eine sogenannte Moralelite in einer Form der Priesterherrschaft die Sinnproduktion im Land kontrollieren will. Diese Personengruppe will in ihrem Moraldünkel den Bürgern, die auch mal ein Steak vom Grill essen, die mit dem Diesel jeden Morgen zur Arbeit fahren, die reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, und die wegen ihres Berufs und ihres Einsatzes für Freunde und Familie gar keine Zeit für die Sinnproduktion haben, vorschreiben, was sie zu denken und zu reden haben.

Wendt zufolge ist das Neue an dieser Pseudo-Linken, dass sie im Gegensatz zu früheren linken Bewegungen andere Bür-

ger, die vermeintlich sozial unter ihnen stehen – also zum Beispiel Arbeiter und normale Angestellte – verachtet. Diese Verachtung nach unten war nie progressiv – und sollte auch heutzutage nicht dafür gehalten werden. Doch sind diese Woken, die die Bürgergesellschaft „durch eine neue, von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und Religion definierte Gesellschaft der Stämme“ ersetzen wollen, ungefährlich? Mitnichten, denn sie bedrohen, „was den Westen wertvoll macht“, nämlich die „Idee des Bürgers, die Rationalität, das Prinzip von Rede und Gegenrede, die offene Entwicklung“.

Der Autor, der nach langen Jahren als „Focus“-Redakteur inzwischen beim liberal-konservativen Magazin „Tichys Einblick“ unter Vertrag steht, macht Mut, diese Entwicklung nicht hinzunehmen. Denn die Moralelite gleicht dem Scheinriesen Herr Tur Tur aus Michael Endes „Jim Knopf“: Je näher man ihr kommt, umso mehr schrumpft sie. Die Bürgergesellschaft verfügt durch Produktion und Dienstleistung über das eigentliche Kapital im Land. Doch bisher unterwerfen sich Politik und Wirtschaft viel zu oft denen, die über die „richtigen“ Begriffe zu verfügen scheinen.



**Alexander Wendt:** „Verachtung nach unten. Wie eine Moralelite die Bürgergesellschaft bedroht – und wie wir sie verteidigen können“, Lau-Verlag, Reinbek 2024, gebunden, 372 Seiten, 26 Euro

## GAZAKONFLIKT

Die Hamas, der  
Erzfeind Israels

Der Nahost-Experte Joseph Croitoru beschreibt die Entwicklung der radikalislamischen Bewegung bis zum Anschlag vom 7. Oktober

VON DIRK KLOSE

**S**pätestens seit dem 7. Oktober 2023 ist die Hamas ein Faktor in der internationalen Politik. Das Bild von der mörderischen Terrororganisation ist richtig und doch wieder nur halb, wie diese höchst instruktive Darstellung des Nahost-Experten Joseph Croitoru in seinem Buch „Die Hamas. Herrschaft über Gaza. Krieg gegen Israel“ zeigt.

Die 1988 aus der radikalislamisch geprägten Muslimbrüderschaft hervorgegangene Hamas hat sich von Anfang an die Feindschaft zu Israel und dessen Vertreibung aus Palästina auf die Fahnen geschrieben. Ursprünglich ein Teil der das Westjordanland und den Gazastreifen regierenden Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) hat sie sich rasch im Gazastreifen festgesetzt, in teils blutigen Kämpfen die gemäßigte Fatah aus Gaza vertrieben und dort ihre diktatorische Herrschaft etabliert.

Der Autor zeigt, dass die Hamas gleichermaßen eine politische, eine radikal-islamische und auch soziale Bewegung ist, was sich etwa im Krankenhauswesen und einem umfassenden Bildungssystem für die ursprünglich 400.000, heute annähernd 2,3 Millionen Bewohner äußert. Rigorose radikalislamische Vorstellungen wie etwa die Gerichtsbarkeit nach der Scharia konnte sie allerdings nach Protesten nicht durchsetzen. Alle Bestrebungen gingen auf den Aufbau schlagkräftiger militärischer Einheiten, etwa der berühmten Quds-Brigaden. Der seit Langem eska-

lierende Kleinkrieg mit Israel mündete – ohne dass Israel die nicht zu übersehenen Vorbereitungen sonderlich ernst genommen hätte – im Massaker vom 7. Oktober, das der Autor in allen Einzelheiten rekapituliert, und im seitdem erfolgten „Vernichtungskrieg“, so nennt Croitoru Israels Operation im Gazastreifen mit all ihren Folgen für die inzwischen existentiell bedrohten Einwohner.

## Verkannte Gefahr

Die Fronten seien verhärtet, auch durch die Politik von Israels Premier Netanjahu und seiner rechtsgerichteten Regierung, dessen Verhalten der Autor kritisiert. Israel, so hat der Leser mitunter den Eindruck, scheint die Zeit für friedliche Lösungen um Gaza davonzulaufen. Die Hamas hat nicht nur große innerarabische Solidarität wecken können, sondern mit dem Iran und an der Nordgrenze Israels mit der Hisbollah zwei mächtige Verbündete gefunden. Des Autors (Anfang Februar) gezogenes Fazit: die Hamas wird Israel den Gazastreifen „nie wieder“ überlassen. Eine politische Lösung werde es nur geben, wenn die Palästinenser selbst über ihre Zukunft entscheiden können.



**Joseph Croitoru:** „Die Hamas. Herrschaft über Gaza, Krieg gegen Israel“, C.H. Beck Verlag, München 2024, gebunden, 224 Seiten, 18 Euro

## JUDTSCHEN

# Ein Ausflug zum Pastorenhaus

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 300. Geburtstag Kants besuchte eine Gruppe aus der Bundesrepublik das Museum

VON ANDREJ PORTNJAGIN

Am 21. April fuhr unsere Reise-Gruppe von Kant-Verehrern nach Judtschen [Wesjolowka]. Hier hat Immanuel Kant mehrere Jahre Mitte des 18. Jahrhunderts als Lehrer für die Kinder des Pastors Daniel Ernst Andersch (1701–1771) gearbeitet.

Vor einigen Jahren war das Haus unbewohnt und schon länger dem Verfall preisgegeben. Da das Kant-Jahr näher rückte und der 300. Geburtstag gebührend in Ostpreußen gefeiert werden sollte, gab der russische Präsident Geld für die Instandsetzung des Hauses, in dem Kant so lange gelebt hatte. Vor acht Jahren wurde dem Pfarrhaus der Status eines Baudenkmals verliehen. Es wurde auch beschlossen, ein Museum zu schaffen, das dem großen Philosophen gewidmet ist. Am Vorabend des 300. Geburtstags von Immanuel Kant eröffnete das Museum eine neue Dauerausstellung.

Die Ausstellung führte uns in das Zeitalter der Aufklärung und das Bildungssystem des 18. Jahrhunderts ein, gab einen Einblick in die Hauptwerke Kants und präsentierte das Leben und die Geschichte des Dorfes Judtschen. Das Museum zeichnet sich durch moderne Multimedia-Darstellungsmittel aus. In jedem der acht Säle koexistieren traditionelle Museumsausstellungen, sei es altes Geschirr, Uhren, Bücher oder Karten, mit moderner Technologie.

## Neue Dauerausstellung

Als wir unsere Begehung im ersten Raum mit dem Titel „Das Zeitalter der Aufklärung“ begannen, konnten wir etwas über die Denker erfahren, die im 18. Jahrhundert in Frankreich, England, Russland und Deutschland die Ideen der bürgerlichen Freiheiten entwickelten. Ihre Porträts schmücken die Wände des Saals, und ein Multimedia-Bildschirm half uns, jedes einzelne Porträt näher kennenzulernen.

Im nächsten Saal der Weltgeschichte wird der Besucher aufgefordert, einzelne Jahre aus Kants Leben mit den damaligen Ereignissen in der Welt zu vergleichen. Hier erinnert man an die Entdeckungen von Wissenschaftlern des 18. Jahrhunderts, an das Erdbeben von Lissabon und vieles andere mehr.

„Das Zimmer des Pfarrers“ ist einer der stimmungsvollsten Säle des Museums.



Das Haus in Judtschen, in dem Kant gewohnt hat: Blick in die ständige Ausstellung (o.), Besuch der Gruppe anlässlich des 300. Kant-Geburtstags  
Fotos: Screenshot Kafedralnyj sobor (o.), Peter Buchholz (u.)



Hier erklingt Bachs Orgelmusik, und an die Wände werden Fresken projiziert, die zu verschiedenen Zeiten die Kirchen und Kathedralen Ostpreußens schmückten.

In der „Lernstube“ – so heißt der nächste Saal des Museums – kann man sich leicht ein Bild von den Wissenschaften machen, die Kant den Söhnen von Pas-

tor Andersch beigebracht hat. Hier sahen wir Weltkarten des 18. Jahrhunderts, ein Herbarium und eine Sammlung lokaler Mineralien, die er zusammengetragen hat.

Die nächsten beiden Säle – „Küche der Philosophie“ und „Wohnzimmer des Pfarrers“ – zeigten uns das Alltagsleben im 18. Jahrhundert. Neben den kulinarischen

Rezepten Ostpreußens wird vorgeschlagen, die „Rezepte der Weltanschauung“ zu verstehen: wie und wodurch ein bestimmtes Weltbild entsteht.

Der museale Teil der Ausstellung umfasst einen Schrank aus dem 18. Jahrhundert, Zinn- und PorzellanGeschirr sowie Geräte aus dieser Zeit. Hier auf den Bild-

schirmen sind alte Kupferstiche zu sehen, die das alltägliche Leben von damals veranschaulichen. Eine liebevoll-ironische Darstellung des Philosophen, von Friedrich Hagemann gezeichnet – „Kant rührt Senf an“ –, ist in Form einer animierten Projektion an der Wand zu sehen.

In dem Saal „Geschichte der Philosophie“ ist der Besucher zu einem Ausflug in die Geschichte der Philosophie von der Antike bis zur Gegenwart eingeladen. Das Museum stellt dem Gast im wahrsten Sinne des Wortes die Hauptfragen von Kants Werken: „Was kann ich wissen?“, „Was soll ich tun?“, „Was darf ich hoffen?“ und natürlich: „Was ist der Mensch?“

## Ein Neubau für Stipendiaten

Links neben dem Kant-Haus erhob sich ein weiterer Neubau mit Remise, einem Brunnen in der Mitte des Hofes, der gerade gepflastert wurde. Das ist eine neue Begegnungsstätte für junge Künstler, Philosophen und Musiker. Wir wurden auch in das schöne Gebäude eingeladen. Die Empfangshalle ist gediegen mit großen Sofas vor einem offenen Kamin ausgestattet. In der Begegnungsstätte gibt es wunderbare Gästezimmer mit Bad, Künstlerateliers und eine gut ausgestattete Küche.

Das Haus gehört einer Kulturstiftung, gegründet vom Dom zu Königsberg. Nutzen dürfen diese Zimmer begabte Studenten der Kunst, Philosophie und Musik. Sie bekommen ein Stipendium und dürfen dort mehrere Wochen kostenfrei verbringen. Die Angestellten des Hauses kommen alle aus dem Dorf und wurden extra ausgebildet. Wir erfuhren, dass die Begegnungsstätte im Mai eröffnet werden soll. Wir waren eine der ersten Gästegruppen des Hauses.

Die Siedlungshäuser, die vor einigen Jahren noch sehr renovierungsbedürftig waren, sind heute alle repariert und sehen schön aus. Ein mit Platten ausgelegter Weg führt direkt zur Angerapp, wo noch eine Anlegestelle für Boote geschaffen wird. Hier wird dann auch das Boot von Dierk Loyal, der ein Flachboot, wie es seine Vorfahren für das Übersetzen über die Angerapp benutzten, dorthin gebracht hat, eingesetzt werden. Zurzeit liegt es gesichert auf zwei Böcken am Kant-Museum.

Es war eine schöne und sehr lehrreiche Fahrt am Vortag des 300. Geburtstages des großen Denkers.

## LABIAU

# Die Arbeiterrevolte von 1895

Streitigkeiten führten zum Zusammenstoß mit der Polizei – Zwei Tote und ein Verletzter waren das Ergebnis

Am 16. August 1895 kam es dem Bericht des Labiauer Landrates und späteren Mitbegründers der Deutschen Vaterlandspartei im Jahre 1917, Max Rötger, an die Regierung zu Königsberg zufolge zu einem von neun Holzarbeitern herbeigeführten Aufstand. „Statt zu arbeiten feierten und zechten (sie), und auf der wiederholten Aufforderung des Schneidemühlenbesitzers Skalweit sich nach Hause zu begeben, keine Folge gaben, sondern durch Lärmen Unfug verübten“.

In ähnlicher Weise berichtete die Tagespresse wie die „Hagener Zeitung“ vom 21. August 1895. Dagegen schrieben am 24. August deutsche Zeitschriften, dass zwölf Arbeiter der Schneidemühle von Skalweit in Labiau, „wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt und auf dem Hofe des Grundstücks großen Lärm verur-

sacht hatten“. Über den weiteren Ablauf gab es unterschiedliche Berichte. Landrat Rötger schrieb in seinem Bericht: „Skalweit nahm die Hilfe der städtischen Polizei in Anspruch, worauf zwei Polizisten und der hiesige berittene Gendarm Hoffmann nachmittags 6 ½ Uhr auf der Arbeitsstätte erschienen. Die Arbeiter sind dieser Aufforderung nicht nachgekommen, verhöhnten vielmehr die Polizeibeamten und johlten.“

Laut „Hagener Zeitung“ hatten die Arbeiter die Polizisten tätlich angegriffen. Auf jeden Fall kam es zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf Gendarm Hoffmann „nach mehrmaliger vorschriftsmäßiger Aufforderung von seiner Schusswaffe Gebrauch“ machte. Der Arbeiter Hermann Fischer wurde von einer Kugel in den Kopf tödlich getroffen, der Arbeiter Ludwig Wottrich im Becken lebensgefährlich und

der Arbeiter Gustav Witt im rechten Oberschenkel schwer verletzt. Alle drei Arbeiter waren verheiratet und Familienväter. Die beiden Verletzten kamen ins Labiauer Krankenhaus, wo Wottrich kurz darauf seiner Verletzung erlag.

Das Protokoll des nach dem Vorfall suspendierten Gendarmen Hoffmann schilderte, dass einer der Arbeiter „einen Vertreter der Staatsgewalt“ vor die Brust gestoßen habe. Nachdem der Polizist Koslowski auf Hoffmanns Aufforderung, ihm seinen Karabiner zu holen, diesen gebracht hatte, wurden Koslowski und der hinzugekommene Stadtwachtmeister Grimm von den zwei Vorarbeitern und zehn Arbeitern angegriffen. Auf Zuruf Grimms zielte Hoffmann angeblich auf den Arm des Arbeiters Fischer, welcher Grimm festhielt, traf aber dessen Hinterkopf. Nach lautem Gejohle

und neuem Angriff der Arbeiter schoss Hoffmann erneut, diesmal dem Arbeiter Witt in die Beine.

## Verdacht, Sozialdemokraten zu sein

Rötgers abschließende Bemerkung „Alle beteiligten Arbeiter stehen im dringenden Verdacht, Sozialdemokraten zu sein“ und die Meldung der 1. Gendarmerie-Brigade vom Tod des Arbeiters Fischer an Innenminister Ernst von Köller und den Kaiser zeigte Wirkung bei der Reaktion der staatlichen Behörden. Das Innenministerium lobte das Verhalten des Gendarmen Hoffmann als „anerkanntenswert“, während der Kaiser nachfragte, wieso Hoffmann vom Dienst suspendiert und nicht belobt und dekoriert worden sei.

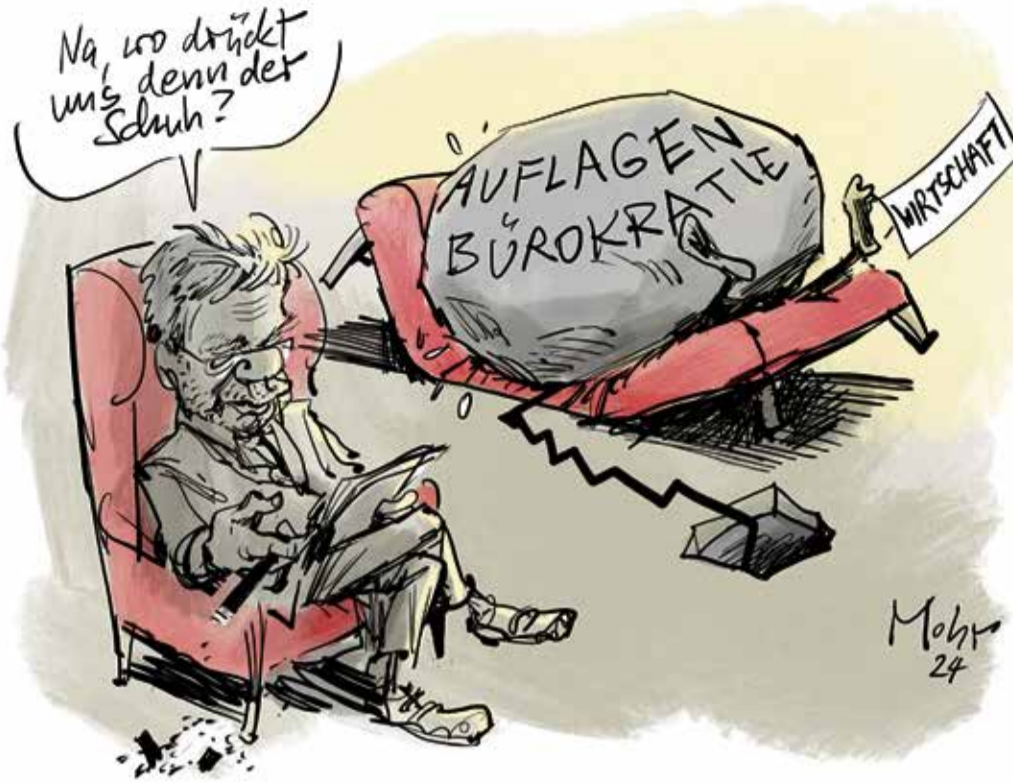
Regierungspräsident Bernhard Tieschowitz von Tieschowa sah in einem

Schreiben vom 4. September 1895 an den Innenminister eine Versetzung Hoffmanns angezeigt, denn wegen der „großen Erregung, welche in Folge des gedachten Vorfalles unter der renitenten und zu groben Ausschreitungen leicht geneigten Schiffer- und Arbeiterbevölkerung der Stadt Labiau herrschte, war anzunehmen, dass, wenn Hoffmann seine Dienstfunktionen weiter in Labiau vornehme, nicht bloß dessen Person, sondern auch die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in der genannten Stadt in erheblichem Grade gefährdet sei“.

Der Chef der Landgendarmerie von Rauch konnte sich „nicht des Eindrucks erwehren, dass durch einen rechtzeitigen und energischen Gebrauch der Hieb- und Stichwaffe der beabsichtigte Erfolg wohl auch hätte erreicht werden können.“ Jürgen Ehmman

## ● AUFGESCHNAPPT

Bereits 108-mal hat die Bundesregierung seit Beginn der Wahlperiode Anzeige erstattet wegen möglicherweise strafrechtlich relevanter Meinungsäußerungen im Netz. Dies geht aus einer Anfrage der fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Joana Cotar hervor, über deren Resultat „Nius.de“ exklusiv berichtet hat. Nancy Faesers (SPD) Innenministerium ist demnach Spitzenreiter mit 51 Anzeigen, gefolgt vom Außenministerium von Annalena Baerbock (Grüne) mit 38. Cotar kommentierte die Antwort gegenüber „Nius.de“: „Bei der Verfolgung von angeblichen Meinungsdelikten im Internet mutiert die Bundesregierung zum Anzeigenhauptmeister. Das zeugt von wenig staatstragender Souveränität.“ Pikant: Laut „Nius.de“ hatte die Bundesregierung eine entsprechende Presseanfrage gegenüber dem Portal mit dem Argument abgewiesen, darüber werde keine Statistik geführt. Wie die detaillierte Auflistung in der Antwort auf die parlamentarische Anfrage von Cotar belegt, kann dies kaum der Wahrheit entsprechen haben. H.H.



Dr. Habecks hilfreiche Fragen

## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Wirtschaftsexperte Thomas Mayer befürchtet, dass die FDP ungeachtet des offensichtlichen Scheiterns der Ampel in der Wirtschaftspolitik an der Koalition festhalten wird, wie er in der „Welt“ (16. Mai) schreibt, denn:

„Der FDP-Führung fehlt eine politische Perspektive. Lieber bleibt sie auf der sinkenden Titanic, als den Sprung ins kalte Wasser zu wagen. Nach dem Untergang werden die FDP-Mitglieder die Ampelzeit mit den Worten des Fußballers Jürgen Wegmann zusammenfassen können: ‚Zuerst hatten wir kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu.‘“

CDU-Veteran Wolfgang Bosbach fordert bei „Nius Life“ (auf „Nius.de“, 15. Mai) eine ehrliche Debatte über Asyl und Einwanderung:

„Vielen Menschen wird das Land fremd. Nicht nur wegen der Bilder, die wir sehen können. Aber es kippen ganze Stadtviertel ... Wir holen Konflikte aus anderen Ländern zu uns ins Land. Konflikte, die hier auch mit Gewalt ausgetragen werden. Die Beschreibung der Probleme führt leider dazu, dass viele in die rechte Ecke einsortiert werden – und das lassen sich immer weniger gefallen.“

Das der Spruch „Alles für Deutschland“ eine zentrale SA-Parole und seit 2006 als solche verboten sei, habe er selbst nicht gewusst, obwohl er seit 30 Jahren zum NS forsche, sagt der Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter und warnt im „Focus“ (16. Mai):

„Manchmal zweifelt man an der Urteilsfähigkeit oder sagen wir vielleicht Weisheit unserer Gerichte. Höcke wird dieser Richterspruch bei seinen Anhängern nicht schaden. Ganz im Gegenteil dürften diese sich in ihrem Misstrauen gegen die Institutionen der Bundesrepublik und insbesondere die Gerichte bestätigt fühlen.“

Selbst in der linken „taz“ (15. Mai) äußert Christian Rath Unwohlsein über den Schuldspruch für Björn Höcke:

„Das Gericht sagte in seiner knappen Urteilsbegründung letztlich nur, dass es Höcke nicht glaubt. Das ist etwas dünn in einer Frage, auf die es in diesem Prozess doch gerade ankam ... Dass eine Verurteilung ohne klare Beweislage in diesem Umfeld das Vertrauen in die Justiz nicht gerade erhöht, liegt auf der Hand. Leider.“

## ● WORT DER WOCHE

„Sie sind von ihrem politischen Aus im nächsten Jahr bedroht und versuchen jetzt, Deutschland in einer Gewaltaktion auf null Umweltverschmutzung zu drillen. Dabei entstehen gewaltige Kollateralschäden.“

Martine Dornier-Tiefenthaler, Juristin und Unternehmerin aus der bekannten Dornier-Familie, in der „Welt“ vom 21. Mai zur Politik der Ampelregierung

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Der Teufel trägt Holzpantinen

Wie die Holländer für Entsetzen sorgen, und warum Reiche keine Angst vor der Reichensteuer haben

VON HANS HECKEL

S o rächt es sich, dass die Europäische Union nach wie vor kein vereinheitlichter Bundesstaat ist, sondern immer noch bloß ein Staatenbund aus 27 rechtlich nach wie vor souveränen Staaten. Sonst hätte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die niederländischen Wahlen doch einfach „rückgängig“ machen können, wie Kanzlerin Merkel 2020 die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten.

Nun aber ist geschehen, was nicht geschehen durfte: Unter Federführung des Gott-sei-bei-uns Geert Wilders wurde in den Niederlanden eine Koalition rechts der Mitte geschmiedet, und die Guten im Rest der EU können nichts machen, außer hilflos Zeter und Mordio zu schreien. Zumal zu allem Überfluss einer der Ihren, die liberale Partei VVD, als zweitgrößter Partner nach Wilders' Truppe in das Bündnis eingetreten ist.

Schnappatmung in Brüssel: Die Fraktionschefin von „Renew Europe“ im EU-Parlament, zu der (wie die VVD) auch die deutsche FDP gehört, kann sich kaum beruhigen. Valérie Hayer fauchte ihre „totale Missbilligung“ zu dem Haager Bündnis heraus und kündigte an, sie werde die Mitglieder ihrer Fraktion am 10. Juni zum Rapport einberufen. Erst am 8. Mai hatte „Renew Europe“ eine Resolution zur „Verteidigung der Demokratie“ mitunterzeichnet, in dem man sich verpflichtete, auf keiner Ebene mit der „extremen Rechten“ zu kooperieren. Als „extrem rechts“ hatte man auch Wilders 20 Jahre lang eingetütet – und jetzt das?

Was sich die neue niederländische Koalition vorgenommen hat, hat es in sich: Allem voran steht ein „Notgesetz“ zur Migration. Da soll mit aller Härte abgeschoben werden, notfalls sogar mit Gewalt. Ein Bearbeitungsstopp für neue Asylanträge ist vorgesehen, Asylbewerber sollen bei der Vergabe von Sozialwohnungen nicht mehr bevorzugt werden, und irreguläre Migranten, die bei Grenzkontrollen an Land aufgegriffen werden, sollen umgehend nach Belgien und Deutschland zurückgeschickt werden.

Die Vizechefin der Unionsfraktion im Bundestag, Andrea Lindholz von der CSU, findet das unsolidarisch, denn so plane die Holland-Regierung „ihre Verschärfungen gezielt auf Kosten der anderen EU-Staaten“. Dabei hätte Deutschland im vergangenen Jahr „fast doppelt so viele Asylanträge“ pro

Kopf der Bevölkerung gehabt wie Holland. Das erklärt allerdings nicht, warum die Zurückweisung der „Irregulären“ nun „unsolidarisch“ sein soll.

Im Grunde gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder, der Asylsucher, der da über die Grenze von Deutschland in die Niederlande will, genießt bei uns schon Asylrecht. Was hat er dann bei den Nachbarn verloren? Wovor flieht er aus Deutschland? Vor Annalena Baerbock? Könnte sein, aber welche EU-Institution erkennt das als Fluchtgrund an? Eben!

Oder aber, die Person ist schon „irregulär“, also regelwidrig in die Bundesrepublik eingedrungen. Dann hätten unsere Stellen gepennt und es fragt sich, warum unsere holländischen Nachbarn das ausbaden sollten, um nicht „unsolidarisch“ dazustehen. Wir werden sehen, wie sich das entwickelt.

Die neue Holland-Koalition hat noch mehr Frechheiten im Köcher: Sie will beispielsweise Immigranten bei der Vergabe von Sozialwohnungen nicht mehr bevorzugen, die Wärmepumpenpflicht abschaffen und die Mittelschicht finanziell entlasten. Letzteres soll durch Einsparungen unter anderem bei der Entwicklungshilfe und bei öffentlichen Rundfunk finanziert werden. Der Teufel trägt Holzpantinen!

## Auf der Suche nach Gegenmitteln

Holland ist ein Alarmsignal. Wie bekommen wir die Wähler von den „Populisten“ nur wieder weg, fragen sich mehr und mehr Politiker. Links der Mitte hat man da ja schon einige gute Ideen. Der Plan ist, die Leute mit Geld zu ködern, Geld, das andere aufzubringen haben. So funktioniert das Grundgerüst der sozialpolitischen Ideen, welche die SPD gerade in Stellung bringt.

Noch weitsichtigere (Zeit)Genossen denken schon weiter als in den engen Bahnen des Nationalstaats und fordern eine globale Lösung des „Umverteilungsproblems“. So treiben die vier links regierten Länder Brasilien, Deutschland, Spanien und Südafrika gerade eine Initiative voran, die sie beim nächsten Treffen der G20 im November der Weltöffentlichkeit entrollen wollen.

Es geht um eine globale Vermögensabgabe. Mit der Abgabe sollen wichtige globale Initiativen bezahlt werden. Und natürlich die Heerscharen von Funktionären, die auf den für die Durchführung der wichtigen Initiativen zu schaffenden Planstellen Platz nehmen sollen. Ursprünglich sollten nur die Vermö-

gen von Milliardären für die Abgabe herangezogen werden. Mittlerweile hat sich der Horizont der Debatte jedoch erweitert. Nun werden bereits alle ins Visier genommen, die mehr als fünf Millionen US-Dollar an Vermögen vorweisen können, fordern weltweit operierende Wohlfahrtsverbände wie Oxfam.

Der eigentliche Clou kommt aber noch: Je höher die Verschuldung eines Staates steigt, desto weiter soll die Vermögensschwelle für die Abgabepflicht nach unten angepasst werden dürfen. Ist das nicht wunderbar?

So entstände das Perpetuum Mobile des sozialistischen Umverteilungsstaates. Die Regierung kann so viel Schulden machen, wie sie will. Je tiefer sie den Staat in die Miesen reitet, desto höher steigt ganz automatisch ihr Anspruch auf das Privatvermögen der Bürger.

Der Trick, um die Leute in diese Falle zu locken, ist so alt wie erfolgversprechend: Erst nimmt man nur die „Suppreichen“ (hier: die Milliardäre) ins Visier. Da lehnt sich der Durchschnittsalocher entspannt zurück: Mich trifft es ja nicht. Dann schraubt man die Schwelle ganz langsam herunter, bis sie in die Mittelschicht reicht. Diesen Kniff kennen wir schon. Das eigentlich Geniale aber ist die feste Verknüpfung mit dem jeweiligen Schuldenstand und damit der grenzenlose Zugang zu den Vermögen der Massen.

Eine heikle Frage bleibt noch: Es sind doch gerade die milliardenschweren „Philantropen“ wie George Soros, die globale linke Initiativen großzügig mit ihrem Geld vorantreiben. Müsstest die hier nicht energisch einschreiten, um nicht selbst zum Opfer eines globalen fiskalischen Raubzugs zu werden?

Gar nicht nötig, denn die haben natürlich Auswege, um dem Netz zu entweichen. Echten „Reichen“, Milliardären zumal, stehen endlos viele Möglichkeiten offen, ihr Vermögen in Stiftungen oder Holdings zu verstauen, wo es aus Gesetzessicht gar kein „Privatvermögen“ in dem eigentlichen Sinne mehr ist. Außerdem treten so einer Räuber-Internationalen ja niemals alle Länder und autonomen Regionen der Welt bei.

Diese entzückenden Karibikinseln etwa, die mehr Bankbriefkästen zählen als Vogelarten, werden sich so einer selbstzerstörerischen Initiative niemals anschließen. Dort sind steuerbedrohte Vermögen schon immer herzlich willkommen gewesen. Die „globale Reichensteuer“ wird also nichts anderes sein als eine neue Mittelschicht-Abzocke.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)